This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UC-NRLF
$B 173 403

[redacted]

[redacted]

Soz. 275

Arbeiter-Bibliothek

I. Heft.

Die „freien“ und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften

nebst einer Darstellung der sozialökonomischen Ursachen u. Ziele der Gewerkschaftsbewegung

1. bis 10. Tausend

HANDELS-
HOCHSCHULE
NÜRNBERG
BIBLIOTHEK

M. Gladbach 1907
Verlag der Westdeutschen
Arbeiter-Zeitung

LOAN STACK

HD 8450
F 73

Erster Abschnitt.

Grundlegung.

1. Kapitel.

Die Bedeutung der industriellen Lohnarbeit in der Gegenwart.

Moderne Gewerkschaftsbewegung und kapitalistische industrielle Entwicklung sind untrennbar miteinander verbunden, die erstere folgt der letzteren auf dem Fuße. Die neuzeitliche Verfassung des Gewerbes hat einen neuen Stand, den dauernd unselbständigen, nach Millionen zählenden industriellen Lohnarbeiterstand geschaffen, der in den Gewerkschaften seine vornehmlichste wirtschaftliche Interessenvertretung erblickt. Man trifft nicht selten die Anschauungen, als handele es sich bei der Lösung der neuzeitlichen Arbeiterfrage in der Hauptsache um Fürsorge für eine Menge armer Leute, für die einzutreten eine Pflicht der Menschlichkeit und christlicher Nächstenliebe sei. Diese Anschauung ist grundfalsch. Es handelt sich nicht um eine Gruppe mehr oder minder armer Leute, auch nicht lediglich oder vornehmlich um Fürsorgetätigkeit, sondern um große Massen von Arbeitern, die in der Volkswirtschaft ein unentbehrliches Glied geworden sind, von deren Tüchtigkeit und Intelligenz nicht zuletzt das Gedeihen der Industrie und damit das Wohl der Gesamtheit abhängt; es handelt sich um das Wohlergehen und um den Kulturfortschritt eines ganzen Standes; ja noch mehr, es handelt sich um die Schaffung neuer Standes-Organisationen und um Eingliederung dieser Organisationen in die bestehende Rechtsordnung.

Wenn wir die Entwicklung des letzten Jahrhunderts überschauen und sehen, wie die Menschheit in der Gütererzeugung von einem Erfolg zum andern geeilt ist, wie immer neue Bedürfnisse entstehen und die Industrie ebenso erfolgreich wie schnell und geschickt diesen Bedürfnissen durch gesteigerte Warenerzeugung entgegenkommt und sie befriedigt, wie sich unser Verkehrswesen entwickelt, welche Bequemlichkeiten bei der Arbeit und im häuslichen Leben geschaffen sind, so ergreift uns Staunen und Bewunderung über die Größe des menschlichen Geistes, der scharfsinnig in die Geheimnisse der Naturkräfte eindringt und sie in den Dienst der produktiven Arbeit stellt; und wir danken Gott, daß er uns befähigte, die Schätze und Kräfte, die in der Natur niedergelegt sind, zu erkennen und mit ihnen das harte Los der arbeitenden Menschheit zu bessern. Darüber kann kein Zweifel mehr bestehen, soviel Mißstände die Wirt-

schaftsentwicklung auch gebracht hat, so ungleich die Güter selbst und der Anteil an den Kulturgütern unter den Volksgenossen auch verteilt sein mögen: der gewaltige Aufschwung unserer Kultur und Zivilisation ist eine gegebene Tatsache, ein Fortschritt, und es handelt sich im wesentlichen darum, die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die dabei mit unterlaufen sind, auszumerzen.

1. Die Bevölkerungsbewegung.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches ist in dem Zeitraum von 1810 bis 1900, also in noch nicht hundert Jahren, um 120 Prozent gewachsen, d. h. auf ungefähr der nämlichen Fläche Erde müssen heute mehr als doppelt soviel Menschen Brot und Arbeit finden als vor hundert Jahren. In einigen Jahrzehnten werden es sogar dreimal soviel sein, wenn das Wachstum der Bevölkerung anhält, wie bisher. Die Bevölkerung Deutschlands vermehrte sich seit 1816 wie folgt:

1816	1820	1830	1840	1850	1860	1870	1880	1890	1900	
24,8	26,3	29,5	32,8	35,4	37,7	40,8	45,2	49,4	56,3	Millionen.

Die Volkszählung von 1900 ergab für das Deutsche Reich 56,3 Millionen Einwohner, 27,7 männliche und 28,6 weibliche, und im Jahre 1906 sind 60 Millionen schon *überschritten*. Die Bevölkerung wächst jährlich im Durchschnitt um 800 000—900 000 Köpfe.

Wie die obige Statistik zeigt, weisen die letzten drei Jahrzehnte die stärkste Bevölkerungsvermehrung auf. In diesen 30 Jahren ist die deutsche Bevölkerung genau soviel gewachsen, wie in den voraufgegangenen 54 Jahren, also in fast doppelt so schnellem Tempo. Von 1871 bis Ende 1905 nahm die deutsche Bevölkerung um 48,1 Proz. zu. Einerseits war dieses gewaltige Wachstum eine *Folge* der industriellen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Eine junge Industrie-Bevölkerung weist oft eine Tendenz nach schnellerer Vermehrung auf, als eine rein agrarische Bevölkerung. Auf der andern Seite ist dieses schnelle Wachstum auch in gewissem Sinne *Ursache* unserer hochindustriellen Entwicklung gewesen. Deutschland mußte industriell werden, ja noch mehr, es mußte von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die Exportindustrie mehr pflegen, um die zunehmenden Bevölkerungsmassen auf seinem Boden ernähren zu können, es mußte diese Entwicklung erst recht durchmachen, wenn neben dem Wachstum der Bevölkerung auch noch eine Steigerung der Lebenshaltung Platz greifen sollte.

Mit dem Wachstum der Bevölkerung ist eine gewaltige Verschiebung in der

Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land

eingetreten. Wohnte früher der größte Teil der Menschen auf dem Lande, so drängt sich jetzt die Bevölkerung immer mehr in Städte zusammen. Es wohnten in Städten (mit 2000 und mehr Einwohnern): 1871: 36,1 Proz., 1875: 39,0 Proz, 1880: 41,4 Proz., 1885: 43,7 Proz.,

1890: 47,0 Proz., 1895: 49,8 Proz., 1900: 54,3 Proz. der Bevölkerung. Von dieser städtischen Bevölkerung wohnten

	1871	1900
in Landstädten (mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern)	4 562 568	6 815 853
in Kleinstädten (mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern)	2 910 187	7 585 495
in Mittelstädten (mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern)	2 958 566	7 111 417
in Großstädten (mit über 100 000 Einwohnern)	3 040 544	9 120 280

Während 1871 noch nicht 7,5 Proz. der Bevölkerung in Großstädten wohnte, waren es 1900 bereits 16,2 Proz. Während die ländliche Bevölkerung in den Jahren 1875—1900 um 1,3 Proz. sich verringerte, hat die städtische im gleichen Zeitraum eine Zunahme von 84 Proz. erfahren. Es hatte Deutschland Wohnplätze mit mehr als 100 000 Einwohnern (Großstädte)

im Jahre 1800 nur 2
„ „ 1850 „ 5
„ „ 1900 schon 33
„ „ 1905 „ 41

Dabei ist zu bemerken, daß heutzutage ganze Regierungsbezirke selbst in an sich kleinen Gemeinden einen städtischen, weil industriellen Charakter annehmen.

Der Grund für das Zusammenströmen der Bevölkerung in den Städten ist oben schon angedeutet. Der Ueberschuß der Bevölkerung auf dem Lande konnte in der Landwirtschaft nicht Brot und Arbeit finden und mußte Unterkunft in der Industrie suchen, welche meist in den Städten ihren Sitz hat. Teils wurde auch durch den Zustrom der Arbeitermassen in die Industriebezirke die Bildung neuer Städte veranlaßt. Deshalb sind die industriereichen Provinzen viel dichter bevölkert als die ländlichen.

Im Jahre 1900 wohnten:

in Ostpreußen auf 36 990 qkm 1 996 626 Menschen.
in Westpreußen „ 25 521 „ 1 563 658 „

Dagegen in den industriellen Provinzen:

Westfalen auf 20 209 qkm 3 187 777 Menschen.
Rheinland „ 26 994 „ 5 759 798 „

In den Industrien Rheinlands und Westfalens waren schon im Jahre 1895 in 572 956 Betrieben rund 2 Millionen Menschen beschäftigt (ohne Dienende und Angehörige). Weit über $^1/_4$ aller Erwerbstätigen arbeitet hier in Großbetrieben von mehr als 200 Personen, während für ganz Deutschland dieser Prozentsatz kaum $^1/_7$ beträgt.*)

Wie sehr die industrielle Bevölkerung gestiegen ist und einen wie großen Teil des gesamten Volkes sie ausmacht, erhellt am deutlichsten aus der

*) Vgl. Morgenroth, Das Wirtschaftsgebiet der rheinisch-westfälischen Großindustrie, Köln 1903. Sowie Eckert, Die Seeinteressen Rheinlands und Westfalens, Teubner, Leipzig 1906.

2. Gruppierung der Bevölkerung nach Gewerbezweigen.

Das Kaiserliche Statistische Amt des Deutschen Reiches hat im Jahre 1895 eine allgemeine Gewerbe- und Berufszählung vorgenommen. Das Resultat dieser Zählung hat die Bedeutung und den Umfang der industriellen und gewerblichen Tätigkeit noch mehr, als bisher bekannt war, hervortreten lassen. Von den 51,7 Millionen Einwohnern, die gezählt wurden, waren 22,9 Millionen Erwerbstätige im Hauptberufe.*) Während bei der vorigen Berufszählung im Jahre 1882 42,52 Proz. der Gesamtbevölkerung ihre Beschäftigung und ihren Unterhalt in der Landwirtschaft fanden, betrug diese Zahl 1895 noch 35,74 Proz. Gewerbe, Handel und Verkehr dagegen beschäftigten und ernährten 1895 50,64 Proz. der Gesamtbevölkerung gegen 45,52 Proz. im Jahre 1882.

Es lebten in den Jahren 1882 resp. 1895:

Berufsabteilungen	überhaupt	als Erwerbstätige im Hauptberuf	als Dienende	als Angehörige
A. Von der Landwirtschaft				
1882	19 225 455	8 236 496	424 913	10 564 046
1895	18 501 307	8 292 692	374 697	9 833 918
B. Von Industrie und Handwerk				
1882	16 058 080	6 396 465	302 561	9 359 054
1895	20 253 241	8 281 220	320 134	11 651 887
C. Von Handel und Verkehr				
1882	4 531 080	1 570 318	295 451	2 665 311
1895	5 966 846	2 338 511	283 977	3 334 358

Die vorstehende Statistik beweist, daß unsere deutsche Landwirtschaft trotz der gewaltigen Steigerung ihrer Produktion an Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten ein wenig eingebüßt hat, daß dagegen die Industrie und der mit ihr eng verbundene Handel und Verkehr die wachsende Größe in der Bevölkerungsstatistik darstellen. Die gesamte Volksvermehrung muß hier ihr Unterkommen finden. Industrie, Handel und Verkehr bilden in wachsendem Maße den an Umfang wichtigsten Teil der deutschen Volkswirtschaft, und man kann hinzufügen, auch von Jahr zu Jahr mehr den Träger der deutschen Steuer- und Wehrkraft.

Ist aber die Industrie ein so wichtiger Faktor in unserm Wirtschaftsleben geworden, so nicht minder

die in der Industrie beschäftigte Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft bildet das Gros der industriellen Bevölkerung und wächst am schnellsten von allen Bevölkerungsklassen.

*) Vergl. Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amte, 1. Teil, 1907 (XI u. 751), Berlin, Heymann, Mk. 7,— (S. 48).

In Gruppe B (Bergbau, Industrie und Handwerk) zählte man Erwerbstätige im Hauptberuf im Jahre 1895:

Selbständige:	2 061 146
Angestellte:	263 745
Arbeiter:	5 955 711

Dazu kommen noch 1 233 047 Arbeiter im Handel und Verkehr. Im Jahre 1882 machten die Arbeiter 64,04 Proz. der Erwerbstätigen in der Industrie aus; 1895 dagegen 71,92 Proz. Im Handel und Verkehr lauten die entsprechenden Zahlen 46,31 Proz. für das Jahr 1882 und 52,73 Proz. für das Jahr 1895. Eine Abnahme der arbeitenden Klassen ist dagegen in der Landwirtschaft zu verzeichnen, wo die Arbeiter 1882 noch 71,41 Proz. hingegen 1895 nur noch 67,86 Proz. der Erwerbstätigen (ohne Dienende und Angehörige) ausmachten. (Statistik des Deutschen Reiches, Band 111, S. 95.)

Anhaltspunkte für die Bedeutung der Lohnarbeiterklasse geben uns auch die Berichte der Unfallversicherung und die Krankenkassen. Die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften und den staatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden betrug 1904 8 686 954, die Mitgliederzahl der Krankenkassen 1904 rund 10,7 Millionen. — Selbst wenn man zu den eigentlichen industriellen Lohnarbeitern nur die in größeren Betrieben beschäftigten Personen rechnen will, so ergibt sich erst recht die ungeheuere Zunahme der industriellen Lohnarbeiter. Nach der amtlichen Betriebszählung waren im Jahre 1895 in industriellen Betrieben mit mehr als 5 Personen insgesamt 4 809 378 Personen beschäftigt, gegen 2 663 259 im Jahre 1882. Zehn Jahre sind seit der letzten Gewerbe- und Berufszählung verflossen, und es steht fest, daß die Entwicklung nach der Richtung der Vermehrung der industriellen Lohnarbeiter angehalten hat.

3. Die Bedeutung der Industrie in der deutschen Volkswirtschaft.

Ist im vorstehenden der Nachweis erbracht, daß der Zuwachs an Bevölkerung in der Industrie Beschäftigung und Unterhalt gewinnt, so ist damit schon die große Bedeutung derselben für die Volksernährung gezeigt. Schon längst reichen die einheimischen Bodenerzeugnisse nicht mehr aus für unsere Bedürfnisse. Wir müssen vom Ausland Brotgetreide sowie sonstige Genußmittel und vor allem Rohstoffe für das Gewerbe, z. B. Baumwolle, beziehen. Wir tauschen dieselben ein gegen Erzeugnisse des deutschen Gewerbefleißes.

Die deutsche Ausfuhr betrug in Milliarden Mark:

in den Jahren	an Nahrungsmitteln	an Fabrikaten
1882/84	0,76	1,95
1905	0,50	3,82

Die Ausfuhr an Nahrungsmitteln ist zurückgegangen, weil die wachsende Bevölkerung deren selber immer mehr bedarf. Die Fabrikatausfuhr dagegen hat, trotzdem sie schon vor 20 Jahren der wichtigste

Posten unseres Außenhandels war, sich noch um $^2/_3$ vermehrt, mit anderen Worten: Deutschland lebt von Jahr zu Jahr mehr von seiner Industrie und zwar speziell von seiner Exportindustrie.

Greifen wir einzelne der bedeutendsten Industriezweige heraus:*)

Textilindustrie.

1895: 945 200 Erwerbstätige; mit Angehörigen 1 899 900 Menschen.
1904: (geschätzt) 1,2 Millionen Erwerbstätige; mit Angehörigen 2,25 Millionen Menschen. Durchschnittlicher Jahreszuwachs 2 Proz.
Gesamterzeugung 1897: 2750 Millionen Mark.
Fabrikaten-Ausfuhr 1898: 700 Millionen; 1904: 1050 Millionen Mark.

Metallindustrie, Maschinen- und Instrumentenbau.

1895: Erwerbstätige 1,25 Mill.; mit Angehörigen 3,19 Mill. Menschen.
1904: (geschätzt) „ 1,95 „ „ „ 4,9 „ „
Durchschnittlicher Jahreszuwachs 6,2 Proz.
1897: Gesamtproduktion (schätzungsweise) 2,5 Milliarden Mark.
Ausfuhr 1898 für 500 Millionen; 1904 für 1000 Millionen Mark.

Chemische Industrie.

1895: Erwerbstätige 131 600; mit Angehörigen 289 500 Menschen.
1904: (geschätzt) „ 206 000; „ „ 585 000 „
Durchschnittlicher Jahreszuwachs 6,3 Proz.
Gesamterzeugung 1897 für 950 Millionen Mark.
Ausfuhr 1898 für 250 Millionen; 1904 für 450 Millionen Mark.

Leder- und Kautschukindustrie.

1895: Erwerbstätige 168 350; mit Angehörigen 429 300
1904: (geschätzt) „ 220 000; „ „ 560 000
Durchschnittlicher Jahreszuwachs 2,6 Proz.
1898: Gesamtproduktion 415 Millionen Mark.
Fabrikaten-Ausfuhr 1898: für 225 Mill.; 1904 für 300 Mill. Mark.

Glas- und Steinindustrie.

1895: Erwerbtätige 501 300; mit Angehörigen 1,32 Millionen.
1897: Gesamtproduktion 229 Millionen Mark.
Fabrikaten-Ausfuhr 1898 für 100 Mill.; 1904 für 170 Mill. Mark.

Papierindustrie.

1895: Erwerbstätige 135 850; mit Angehörigen 306 500
1904: (geschätzt) „ 183 000; „ „ 412 000
Durchschnittlicher Jahreszuwachs 4 Proz.
1897: Gesamtproduktion 280 Millionen Mark.
Ausfuhr 1898 für 80 Millionen; 1904 für 156 Millionen Mark.

Die steigende Ausfuhr von Fertigfabrikaten bringt naturgemäß eine erhöhte Beschäftigung für alle diejenigen Industriezweige mit sich, welche die Rohstoffe, die Brenn- und Baumaterialien, sowie die Halbfabrikate liefern. Auch Handel und Verkehr verdanken diesem industriellen Aufschwung ihre bekannte Ausbreitung.

*) Die folgenden Zahlen sind entnommen der beachtenswerten Schrift von Dr. W. Zimmermann, Arbeiter und Flotte, Berlin 1906. S. 71 ff.

Die deutsche Eisenindustrie produzierte:

	Roheisen	Stahl
1880	2,7 Millionen Tonnen	0,6 Millionen Tonnen.
1900	8,5 „ „	6,6 „ „

In der Weltkonkurrenz ist Deutschland mit der Roheisenerzeugung an die dritte Stelle gerückt und wird von Großbritannien nur wenig übertroffen. In der Stahlproduktion stehen wir an der zweiten Stelle und haben England beträchtlich überflügelt.

Die deutsche Bergwerksindustrie förderte an Kohlen und Erz 1871 in 3395 Betrieben mit 277,878 Personen 51 Millionen Tonnen im Werte von 437,6 Millionen Mark. 1900 in 2470 Betrieben mit 573,078 Personen 174 Millionen Tonnen im Werte von 1263 Millionen Mark.

Wollen wir auch in Zukunft die stets wachsende Bevölkerung auf heimischem Boden ernähren und dadurch das Volksganze, die Nation im Wettbewerb der Völker erhalten und stärken, so muß Industrie und Handel in gleichem Schritt wie bisher sich weiter entwickeln. Die deutsche Industrie, die mehr als andere mit der Weiterverarbeitung von Halbfabrikaten befaßt ist, kann aber nur dann den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte bestehen, wenn sie einen tüchtigen leistungsfähigen Arbeiterstand hat. Diese Eigenschaft erlangt der Arbeiterstand aber wiederum nur, wenn er durch gute Löhne, angemessene kurze Arbeitszeiten, Schutz von Gesundheit und Leben, in der Liebe zu seinem Berufe und in der Arbeitsfreudigkeit gestärkt wird. Staat und Gesellschaft, das ganze nationale Wirtschaftsleben können demnach in Zukunft nur gedeihen, wenn für den Arbeiterstand befriedigende Verhältnisse geschaffen werden. Schon aus diesem Grunde verdient die Organisation der Arbeiter Achtung, Anerkennung und Pflege.

Die beschriebene Entwicklung des Gewerbes dank der Ausnutzung aller technischen Fortschritte war nur möglich im Rahmen einer kapitalistisch betriebenen Großindustrie. Nur in den Anfangsstadien dieser Großindustrie war das Privatkapital groß und mächtig genug, um solche Unternehmungen zu schaffen; bald mußte es durch das gesellschaftlich zusammengebrachte Kapital ergänzt und abgelöst werden. An Stelle des Privatunternehmers trat die Aktienusw. Gesellschaft. Und selbst derartige Träger der Großunternehmung blieben vereinzelt dem ewigen Auf und Ab des Wirtschaftslebens und seiner wilden Konkurrenz gegenüber nicht stark genug. Es erfolgten die Zusammenschlüsse der Unternehmungen in einem Gewerbe, anfangs in losen, später in immer festeren Formen, bis zuletzt vor allem in der schweren Kohlen- und Eisenindustrie die bekannten mächtigen Unternehmer-Organisationen entstanden, die meist als Kartelle bezeichnet werden, Wirtschafts-Organisationen von weittragendster Bedeutung, die eine geradezu unheimliche Macht auf allen Gebieten auch hinsichtlich der Entwicklung des Staatslebens zu entfalten in der Lage sind.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging auf der einen Seite, wie wir sahen, die Zunahme der industriellen Lohnarbeiter-

schaft und ihre Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben, auf der andern Seite aber brachte diese Entwicklung auch einen steigenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, sie steigerte die Notwendigkeit der Organisation für die Arbeiter. Die kartellierte Großindustrie ist es, die sich am längsten gegen die Anerkennung der Arbeiter und ihrer Organisationen als gleichberechtigten Kontrahenten beim Arbeitsvertrag sträubt und in Konfliktsfällen die Arbeiterschaft bisher geradezu herausgefordert hat.

4. Der Einfluß der Volksbildung auf die Arbeiterbewegung.

Nur ein geistig geweckte Volk kann die beschriebenen Erfolge auf dem Gebiete der gewerblichen Tätigkeit erzielen. Daher ist es nicht Zufall, wenn mit dem wirtschaftlichen Fortschritt auch die Fürsorge für geistige Bildung im Volke gleichen Schritt gehalten hat. Das eine ist eben ohne das andere nicht möglich. In unserm deutschen Vaterlande gab es im Jahre 1904: 59 348 öffentliche Volksschulen mit 8 924 779 Schülern, an deren Unterricht 144 540 Lehrer und Lehrerinnen tätig waren. Auf jede Lehrkraft entfielen damals durchschnittlich 61 Schüler. Die Gesamtaufwendungen für die öffentlichen Schulen betragen jährlich rund 419 Millionen M., auf jedes Schulkind entfallen 47 M. Daneben bestehen noch 614 Privatschulen mit 39 799 Schülern. Da jedes Kind 8 Jahre die Schule besuchen muß, so wendet die deutsche Volkswirtschaft für Volksschulbildung eines jeden Einwohners 376 M. auf.

Die Volksschulbildung wird ergänzt durch die Fortbildungsschulen, deren in Deutschland nach Gewerbeschulrat Kerschensteiner mehr als 15 000 (eingerechnet 7500 bayrische Feiertagsschulen) bestehen sollen. In Preußen gab es im Jahre 1902 1684 gewerbliche Innungs- und Vereinsfortbildungsschulen mit 203 250 Schülern.

Im Königreich Preußen stieg die Zahl der Volksschulen in dem Zeitraum von 1822 bis 1901 von 20 440 mit 1,4 Millionen Schulkindern auf 36 756 mit 5,6 Millionen Schulkindern.

Daneben gibt es eine Menge Bildungsanstalten für gewerblichen und technischen Unterricht. Der technische Fortschritt im Gewerbe, neue Organisationsformen in den verschiedenen Berufen, fortschreitende Spezialisierung auf gewissen gewerblichen Gebieten, der ganze moderne Konkurrenzkampf machen derartige Bildungsbestrebungen von Jahr zu Jahr notwendiger.

Die Grundlage von Wissen und Kenntnissen, welche die Volksschule jedem deutschen Bürger, auch dem ärmsten und niedrigsten, vermittelt, regt das Vorwärtsstreben auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete an. Die Zahl der Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nimmt einen unermeßlichen Umfang an.

Es liegt sehr nahe, daß dieser Einfluß der Volksbildung bei den Arbeitern sich ganz besonders nach der sozialpolitischen Seite geltend macht. Der Arbeiter von heute ist nicht mehr der unwissende Mensch

früherer Zeiten. Aus seinen eigenen Reihen gehen talentierte und kenntnisreiche Männer hervor, welche sehr wohl in der Lage sind, die Interessen ihres Standes mit Geschick und Nachdruck zu vertreten. Und was noch mehr bedeutet: Diese geistig entwickelte Arbeiterschaft mußte auch in ihrer Gesamtheit notwendig zur Kenntnis der Verschiebungen und gegenwärtigen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben kommen; es konnte nicht ausbleiben, daß sie die für ihre Lage ausschlaggebenden Faktoren kennen lernte. Auf der Grundlage dieser Einsicht wurde das Bestreben nach Abhilfe erst rege und gleichzeitig wuchs auch das Bewußtsein seiner Stärke im Proletariat. Es darf endlich nicht außer Acht gelassen werden, daß erhöhte Bildung naturgemäß die Anforderungen an die Lebenshaltung steigert. So wurde die moderne Arbeiterbewegung zur unabweisbaren Notwendigkeit im Gange der Entwicklung.

2. Kapitel.

Die Lage der gewerblichen Arbeiter.

Die zunächst liegende Frage, welche sich uns sofort aufdrängt, nachdem wir soeben kurz die Bedeutung der Industrie und des Lohnarbeiterstandes für unser nationales Wirtschaftsleben dargestellt haben, ist: Wie hat sich die Lage des Arbeiterstandes in dieser großen Epoche wirtschaftlicher Umwälzung in Deutschland gestaltet? Diese Frage ist Gegenstand zahlreicher Untersuchungen und Erörterungen von Sozialpolitikern und Nationalökonomen gewesen. Alle haben — allerdings mit verschiedenen Abweichungen — anerkannt, daß die Lohnarbeiter im allgemeinen nicht in dem Maße an dem Aufschwung und den Erfolgen der Kultur und des Wirtschaftslebens teilgenommen haben, wie man dies billigerweise verlangen kann. Der Siegeslauf des Kapitals und der Industrie ist begleitet gewesen von Elendsbildern erschreckendster Art, die sich um so schärfer von dem Gesamtbilde unserer Kulturentwicklung abheben, als sich Kapital und Besitz und damit Macht und Herrschaft fast plötzlich und in ungeahntem Maße bei manchen steigerten, die ebenfalls dem Bürgertum, oft sogar dem bescheidenen Bürgertum entstammten. Die Gegensätze verschärften sich infolge des Egoismus vieler Mitglieder der besitzenden Klassen und in gleichem Maße wuchsen die Unzufriedenheit und der politische Radikalismus bei den Arbeitern.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Epoche der wirtschaftlichen Umwälzung begleitet war von einer starken, dem Christentum abgewandten Geistesströmung, welche ganz besonders im arbeitenden Volke die religiös-sittlichen Grundlagen um so sicherer erschüttern mußte, als die Träger der materialistischen Weltanschauung meist zu den wohlhabenden Klassen gehörten, deren Egoismus die Arbeiter ihren eigenen Notstand zuschrieben. So ist es erklärlich,

daß falsche Anschauungen, insbesondere die Lehren der Sozialdemokratie, in so großem Umfange unter der Arbeiterschaft Boden faßten.

Es kann ruhig zugestanden werden, daß dem Arbeiterstand die Erfolge der Wirtschaftsentwicklung teilweise zugute gekommen sind. In den letzten 20 Jahren sind sowohl durch die soziale Gesetzgebung, als auch durch die Selbsthilfe der Arbeiter die Verhältnisse in mancher Beziehung gebessert worden. Die Frage kann aber hier nicht allein lauten: „Ist es absolut besser geworden für den Arbeiterstand?"; sie muß vielmehr heißen: „Wie gestaltet sich die Lage des Arbeiterstandes im Verhältnis zu unserer gesamten Kulturentwicklung?" und da gibt es nur eine Antwort: Sie ist nach vielen Richtungen hin unbefriedigend. In seiner Schrift „Warum treiben wir Sozialreform"*) schreibt Freiherr von Berlepsch, Staatsminister a. D., Vorsitzender der Gesellschaft für Soziale Reform auf Seite 12:

> „Wer die Augen nicht absichtlich vor fremder Not verschließt, wie das leider oft genug geschieht, um sich die Freude am eigenen Wohlbefinden nicht zu stören, der muß anerkennen, daß ein großer Teil der Lohnarbeiterschaft in unzureichenden materiellen Verhältnissen, ein nicht unerheblicher Teil in Not und Elend lebt, im vollsten Sinne des Wortes, in der täglichen Sorge um die Beschaffung des Unentbehrlichen an Nahrung, Kleidung, Wohnung für sich und die Seinen. Und wie immer, folgt auch hier dem materiellen Elend das moralische."

Und weiter auf Seite 18:

> „So müssen wir anerkennen, daß die Lage eines großen Teils der Lohnarbeiter so unbefriedigend ist, daß schon das Mitleid uns bewegen müßte, Maßnahmen, die auf Besserung dieser Lage abzielen, zu fordern. In der Tat ist auch das Mitleid das Moment, welches die nicht zum Proletariat gehörigen Klassen der Bevölkerung, insbesondere das gebildete Bürgertum, am stärksten bewegt, wenn es sich mit der sozialen Reform beschäftigt, und so war es von jeher, insbesondere bei dem ersten Erwachen einer energischen Reaktion gegen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft in England zur Zeit der Männer, die mit glühendem Enthusiasmus und hinreißender Beredsamkeit sich des Elends der Arbeiter annahmen und die besitzende und gebildete Klasse an ihre Pflicht mahnten, zur Zeit Carlyles und seiner Gesinnungsgenossen. Aber mehr und mehr machten sich noch andere Faktoren geltend, die schon damals nicht fehlten, heute aber in weit stärkerem Maße und in weiteren Kreisen zur Geltung kommen und in der Praxis wenigstens zur völligen Ueberwindung der Lehre vom „laisser faire und laisser aller" auf dem Gebiete der Sozialpolitik geführt haben: das Gerechtigkeitsgefühl und die politische Einsicht."

---

*) „Warum treiben wir Sozialreform?" Heft 11 der Gesellschaft für soziale Reform. Preis 30 Pfg. Fischer, Jena. (1. Auflage 1903). Die Broschüre ist allen, welche sich über die gegenwärtige Lage des Arbeiterstandes orientieren wollen, dringend zu empfehlen.

Und Seite 29:

„Wenn wir uns noch einmal die Lage der gewerblichen Lohnarbeiter in der jetzigen Zeit zusammenfassend vergegenwärtigen, so kommen wir zu dem Resultat, daß zwar eine fortschreitende Besserung außer Zweifel steht, daß aber noch immer ein erheblicher Teil der Arbeiter in Not und Elend lebt, daß ein großer Teil nur ein Einkommen hat, das zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse gerade hinreicht, daß es nur ein verhältnismäßig kleiner Teil ist, dem sein Einkommen einen Anteil an den Freuden des Lebens, an den Segnungen einer fortschreitenden Kultur und Bildung gewährt, daß sie sämtlich unter dem Damoklesschwert drohender Arbeitslosigkeit leben. Zwischen diesem Teil der Lohnarbeiterschaft und den übrigen Bevölkerungsteilen unseres Vaterlandes ist eine tiefe Kluft entstanden, die ein gegenseitiges Verstehen fast unmöglich macht, und erst im letzten Jahrzehnt sind hin und wieder einge Brücken geschlagen worden, auf denen eine Wiederannäherung möglich wird. Kein Zweifel, der innere Frieden in unserem Vaterlande ist auf das ernsteste erschüttert und gefährdet.

So urteilt ein Mann, der nicht Arbeiter ist, aber ein scharfes Verständnis für die Not es Arbeiterstandes hat und selbst eifrig und opferwillig an der Vedrbesserung ihrer Lage mitarbeitet.

Die Hauptübel, über welche der Arbeiterstand mit Recht klagt, sind:

1. Unzureichende Löhne und unzureichende Lebenshaltung.

Die Arbeiter empfinden es besonders bitter, daß die Löhne sehr oft in keinem Verhältnis stehen zu den großen Gewinnen, welche die Unternehmer ziehen. Es gibt leider keine zuverlässige Lohnstatistik in Deutschland, wie überhaupt die ganze Lage des Arbeiterstandes statistisch nicht genügend erfaßt ist. Die Berichte der Unfallberufsgenossenschaften bieten kein zuverlässiges Material. Mit allgemeinen Durchschnittsziffern ist wenig anzufangen, zumal, wenn der Kreis der Versicherten ständigen Verschiebungen unterliegt, wie das bei vielen Unfallberufsgenossenschaften der Fall ist. Man kann deshalb aus diesen Statistiken nicht einmal sichere Schlüsse auf die Steigerung der Löhne von Jahr zu Jahr ziehen. Für 1902 betrug der Jahreslohn pro Kopf der Unfall-Versicherten 804,20 M. für Vollarbeiter 907,40 M.

Ein bemerkenswertes Beispiel der Lohnentwicklung gibt die Firma Krupp. Einer Lohntabelle, welche in dem Jahresbericht für 1902 der Handelskammer für den Kreis Essen veröffentlicht ist, entnehmen wir die folgenden Ziffern. Der durchschnittliche Tagelohn auf der Kruppschen Gußstahlfabrik betrug:

Jahr	Tagelohn	Jahr	Tagelohn
1853	1,33	1880	3,19
1855	1,68	1885	3,64
1860	2,06	1890	3,95
1865	2,37	1895	4,10
1870	3,08	1900	4,78
1875	3,89	1902	4,62

Gerade aus dieser Tabelle ist ersichtlich, wie erbärmlich geringe Löhne selbst in diesem größten Eisenwerk Deutschlands für so schwere und gefährliche Arbeit, wie es die Hüttenarbeit ist, im Anfange gezahlt wurden. Und doch hatte das Kruppsche Werk von jeher bei den Arbeitern den Ruf, daß man „ein schön Stück Geld bei Krupp verdienen könne". Wie mag es da in anderen Betrieben ausgesehen haben.

Bischof Ketteler gibt in seinem 1864 erschienenen Buche: „Arbeiterfrage und Christentum" eine Anzahl Belege für die jammervollen Lohnverhältnisse der damaligen Zeit. Ueber die Löhne im Oberschlesischen Bergbau im Jahre 1855 macht er folgende Mitteilungen:

In Oberschlesien war 1855 der Tagelohn:

„I. In den Königlichen Gruben 1. im Gallmei-Revier für einen Häuer höchstens 11 Sgr. (Silbergroschen), für einen Schlepper 7—8 Sgr., für einen Zieher 7 Sgr. 2. Im Kohlen-Revier höchstens für einen Häuer 16—18 Sgr., für einen Schlepper 13—14 Sgr., für einen Zieher 10—11 Sgr. Dazu kam damals noch die Teuerungszulage von 2 Sgr. für den Häuer, 1½ Sgr. für den Schlepper, 1 Sgr. für den Zieher.

II. In Privatgrubenwerken gewöhnlich für einen Häuer 7½ Sgr., für einen Schlepper 6 Sgr., für einen Zieher 5 Sgr.

Diese Löhne standen mit dem Preise der Nahrungsmittel im grellsten Mißverhältnisse und der Arbeiter verdiente oft nicht einmal so viel, um mit seiner Familie notdürftig existieren zu können. Bei Auszahlung der Löhnung, welche alle 4—6 Wochen geschieht, haben die Arbeiter meist schon so viel im voraus erhalten, daß viele dabei ganz leer ausgehen, anderen nur ½ oder 1 Taler verbleibt, womit dann 4 Wochen Haus gehalten werden soll. (Näheres in einer eingehenden Schilderung der Verhältnisse der dortigen Grubenarbeiter in den Mitteilungen des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen zu Berlin, neue Folge 5. Heft S. 453 ff. Berlin 1855)."

Soweit Ketteler. Nach der amtlichen Statistik betrug der Verdienst der unterirdisch beschäftigten Bergleute Oberschlesiens im 4. Quartal 1905, also in einer überaus günstigen Konjunktur, pro Schicht 3,53 M.

Noch heute gelten die oberschlesischen Bergleute als die am schlechtesten gelohnten, aber gegen die Zustände von vor 50 Jahren haben sie sich um das Doppelte verbessert. Freilich mögen damals Lebensmittel usw. billiger gewesen sein. Aber die vernichtende Kritik, die Ketteler selbst an diesen Löhnen übt, ist darum doch berechtigt.

Ein genauer Vergleich der früheren und jetzigen Arbeitslöhne ließe sich erst dann anstellen, wenn die jeweilige Kaufkraft des Geldes festzustellen wäre, was aber wegen Mangel an genügenden statistischen Unterlagen nicht angeht. Daß in mancher Beziehung eine Verteuerung der Lebensbedürfnisse eingetreten ist, läßt sich beispielsweise bei den Wohnungen feststellen. Ketteler gibt in seinen Arbeiterhaushaltsbudgets die Preise der Wohnungen für Altona mit 14 Taler (42 Mark), für Bremen 20 Taler (60 Mark), für Lübeck 10 Taler (30 Mark), für Frankfurt 36 Taler (108 Mark) an. Heute dürften diese Preise das 4- bis 6fache betragen.

Sind nun auch in den Hauptindustriezweigen, insbesondere während der Hochkonjunktur, die Hunger- und Jammerlöhne überwunden, so stehen die Löhne vielfach doch in keinem Verhältnis

zu dem hohen Gewinn, den die Unternehmungen ihren Besitzern abwerfen. Einen Beweis hierfür liefert uns der Kohlenbergbau im Ruhrrevier.

Von dem Jahre 1894 bis zu dem Jahre 1900 sind die Löhne der Ruhrbergleute 30—40 Proz. gestiegen. Bedeutend höher aber ist die Steigerung der Dividende der Grubenbesitzer.

Die Steigerung der Unternehmergewinne zeigt die Zusammenstellung folgender neun Zechengesellschaften (nach den offiziellen Berichten dieser Gesellschaften), welche dem Rh.-Westf.-Kohlensyndikat angehören und nahezu 40 Proz. der Gesamtförderung dieses Syndikats liefern. Dieselben verteilten folgende Dividenden:

	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
	%	%	%	%	%	%	%
Konkordia . . .	5½	7½	13	19	19	21	29
Konsolidation .	8	12	15	18	22	25	31
Dahlbusch . . .	9½	10	11½	12	11½	11½	13½
Gelsenkirchener Bergw.-Ges.	6	7	7½	9	10	10	13
Harpener Bergw.-Ges.	5	6	8	9	10	11	12
Hibernia	5½	7½	9	12	12	12	15
König Wilhelm, Konvert.-Aktien	5	5	12	15	15	20	15
König Wilhelm, Prior.-Aktien	10	10	17	20	20	25	20
Nordstern . . .	4	7	10	14	14	16	20

Mögen auch die Aktien ihre Besitzer zum Teil im Laufe der Jahre wechseln, viele bleiben doch in denselben Händen und schließlich kann der Gewinnst des augenblicklichen Inhabers des Papiers auch nicht allein entscheidend sein. Obige Zahlen beweisen, die großen Abschreibungen mit in Betracht gezogen, die immense Rentabilität des Ruhrbergbaues und seine stetig und enorm wachsenden Reingewinne. Mögen diese nun auf Kosten der Kohlenverbraucher oder der Arbeiter erzielt worden sein, jedenfalls stehen die Arbeitslöhne und ihre Steigerung zu diesen Gewinnen in keinem Verhältnis.

Noch klarer wird uns dies, wenn wir die Betriebsergebnisse der staatlichen Gruben-, Hütten- und Salinenwerke des Königreichs Preußen, wie sie aus den dem Abgeordnetenhause im Jahre 1902 vorgelegten Nachweisungen ersichtlich sind, in Augenschein nehmen.

Nach Abzug aller Unkosten für Gezähe und Kassenbeiträge betrug der Lohn:

	1900	1901
der unterirdisch beschäftigten Bergleute	3,85 M.	3,79 M.
der sonstigen Arbeiter	3,15 „	3,13 „
der Durchschnitt aller Arbeiter . .	3,47 „	3,48 „
durchschnittlich verfahrene Schichten .	2,82 „	2,84 „
reiner Verdienst pro Kalendertag . .	2,68 „	2,67 „
durchschnittlicher Jahresverdienst . .	977 „	978 „

Ein arges Mißverhältnis zeigt ein Vergleich der Arbeitslöhne mit dem Wert der Förderung und den erzielten Ueberschüssen. In dem Zeitraum von 1894 bis 1901 stieg der Erlös pro Tonne Kohlen von 8,81 M. auf 12,67 M., das ist eine Steigerung von 41,54 Proz. Der Durchschnitts-Jahresarbeitsverdienst eines Arbeiters in den Saargruben stieg von 1000 M. auf 1044 M. Das ist eine Steigerung von 4,4 Proz. Der Reinüberschuß der Staatswerke pro Kopf und Arbeiter stieg in diesen Jahren von 263 M. auf 551 M., also mehr 288 M. oder 109,8 Proz.

Die Verhältnisse in der Kohlen- und Eisenindustrie können allerdings nicht verallgemeinert werden. Nicht in allen Gewerben werden so hohe Dividenden erzielt, dafür fanden sich aber auch in der Montan- und Eisenindustrie die höchst gelohnten Arbeiter, während z. B. in der Textil- und Tabakindustrie die Löhne die Hälfte dessen betragen, was der Durchschnitts-Berg- und Metallarbeiter verdient.

Es betrug z. B. der Durchschnitts- bezw. anrechnungsfähige Lohn 1905

bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft . . . . . 1189.50 M.
„ „ Rh.-Westfälischen Hütten- u. Walzwerksberufsgenossenschaft 1413.60 „
„ „ Sächs. Textilberufsgenossenschaft . . . . . 683.— „
„ „ Steinbruchsberufsgenossenschaft . . . . . 355,10 „

Der ortsübliche Tagelohn, wie er von den Gemeinden zum Zwecke der Versicherungsgesetzgebung festgesetzt wird, betrug in den nachfolgenden großen Städten nach einer Zusammenstellung von Richard Calver:

	1884	1892	1898	1902		1884	1892	1898	1902
Berlin	2.40	2.70	2.70	2.90	Elberfeld . . .	2.40	2.40	2.40	2.70
Aachen	2.—	2.10	2.10	2.40	Frankfurt a. M.	2.50	2.50	2.50	3.10
Altona	2.50	3.—	3.—	3.00	Halle	2.10	2.20	2.20	2.45
Barmen . . .	2.40	2.40	2.30	2.70	Hamburg . . .	2.50	3.—	3.—	3.—
Bremen . . .	2.50	3.—	3.—	3.50	Hannover . . .	2.—	2.40	2.40	2.70
Breslau . . .	1.60	2.—	2.—	2.40	Köln	2.50	2.50	2.50	2.50
Charlottenburg .	2.—	2.50	2.50	2.90	Königsberg . .	1.70	2.50	2.—	2.30
Danzig	1.80	1.80	1.80	2.50	Krefeld	2.40	2.40	2.40	2.60
Dortmund . . .	2.—	2.—	2.—	2.75	Magdeburg . .	2.—	2.—	2.—	2.50
Düsseldorf. . .	2.40	2.40	2.40	3.—	Stettin	2.—	2.25	2.25	2.50

Die genannten Städte sind alle große Industrie- und Handelsplätze. Wenn bei diesen nur in 5 Fällen der ortsübliche Tagelohn sich auf 3 Mark und darüber erhebt, so ist damit schon angedeutet, wie es in den Kleinstädten aussieht. Auch diese Tabelle zeigt ja eine erhebliche Steigerung der Löhne. Was sind aber 3 oder auch 3.50 Mark Tagelohn in Städten wie Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt mit ihren fast unerschwinglichen Wohnungsmieten und hohen Lebensmittelpreisen?

Schließlich gibt uns die Einkommensteuerstatistik für das Königreich Preußen einen — wenn auch nicht ganz zuverlässigen — Maßstab für die Einkommensverhältnisse der Arbeiter und unteren Volksklassen. Nach dem preußischen statistischen Jahrbuch für 1906 waren in Preußen zur Einkommensteuer, also mit mehr

als 900 Mark Einkommen 4 672 429 physische Zensiten (Einzelpersonen) veranlagt, die mit ihren Angehörigen 14 604 477 Personen darstellten. Da Preußen in demselben Jahre 36 829 724 Einwohner zählte, so beträgt die Summe preußischer Staatsangehörigen, welche von einem Einkommen von 900 Mark und weniger leben rund 22 Millionen Menschen, beinahe $^2/_3$ der Gesamtheit.

Auch die Höhe des Lohnes unterliegt vielen Schwankungen. Jedes größere Angebot von Arbeitskräften drückt die Löhne herunter, und in guten Wirtschaftsperioden steigen dieselben nur langsam, oft erst nach langen erbitterten Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital und Verteuerung der Lebensmittel, höhere Steuern usw. gleichen manche Lohnerhöhung wieder aus.

Es ist somit mit Sicherheit zu behaupten, daß ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung trotz harter Arbeit ein *Einkommen* hat, welches demselben nur eine verhältnismäßig *dürftige Lebenshaltung gestattet*.

2. Das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter von dem Unternehmer.

Hat die materielle Besserstellung des Arbeiterstandes nicht gleichen Schritt gehalten mit unserer gesamten Kultur- und Wirtschaftsentwicklung, so wird dies von den Arbeitern um so bitterer empfunden, als dem einzelnen Arbeiter fast jede Möglichkeit abgeschnitten ist, selbst mitbestimmend bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuwirken. Das moderne Arbeitsverhältnis hat den Lohnarbeiter in eine harte Abhängigkeit von Arbeitgebern und Kapitalbesitzern gebracht. Das „*Spiel der freien Kräfte*", dieser Wirtschaftsgrundsatz des liberalen Manchestertums, der für den Arbeiterstand in der völligen Freiheit des Arbeitsvertrages gesetzlich zum Ausdruck gekommen ist, hat den wirtschaftlich schwachen einzelnen Arbeiter der Willkür des Kapitals überantwortet.

Glücklicherweise kommt dieses nicht immer so streng zum Ausdruck, sonst wäre der Zustand unerträglich. Aber der Gedanke, daß von einem einzelnen Arbeitgeber, wie z. B. der Firma Krupp, viele tausende Arbeiter mit ihren Familien abhängig sind, daß ein einziges Machtwort von ihm bei rückläufiger Konjunktur tausende Arbeiterfamilien der Arbeitslosigkeit und damit dem sicheren Elend überantworten kann, ohne irgend einen Konflikt mit den Gesetzen herbeizuführen, macht den Atem stocken.

Ein fast sklavisches *Abhängigkeitsverhältnis* der isoliert dastehenden Arbeiter vom Kapital wirkt auch *demoralisierend* auf den Arbeiter. Wie kann sich bei ihm Arbeitsfreudigkeit, Vorwärtsstreben und Intelligenz entwickeln, wenn er stets in dem drückenden Gefühle lebt, daß von all seinem Streben in erster Reihe das Kapital den Nutzen einsteckt und ihm nur soviel überläßt, als es für gut findet? Wie kann man verlangen, daß er die Arbeitsbedingungen als gerecht und gut anerkennen soll, selbst wenn sie es wirklich wären, wenn man ihm jede Mitwirkung und *Mitbestimmung* bei Festsetzung derselben

verweigert? Wo aber der Arbeiter sich widerspruchslos und apatisch in dieses Verhältnis findet, da sehen wir auch seine Widerstandskraft gegen die Leidenschaft schwinden, falls nicht ernste tiefe Religiösität ihm über die Klippe hinweghilft. Aus diesem Zustand die Arbeiterklasse zu befreien, ihr ihre „Menschenrechte" wieder zu verschaffen, das ist eine der wichtigsten und bedeutsamsten Aufgaben unserer Zeit.

Die Hilfe muß hier vor allem durch die Arbeiter selbst kommen, indem sie das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit durch die Organisation der Arbeiter ins Gleichgewicht zu bringen suchen.

3. Die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter.

Wirtschaftliche Krisen, Absatzstockungen auf dem Warenmarkt, haben Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzungen zur Folge. Manche technischen Neuerungen, welche die Produktivität der Arbeit erhöhen, machen wenigstens vorübergehend eine Anzahl Arbeitskräfte überflüssig. Krankheit, Unfall, Invalidität unterbrechen die Erwerbstätigkeit und falls nicht, wie es bei uns in Deutschland glücklicherweise der Fall ist, durch Versicherungen für diese Zeit Unterstützungen gesichert sind, verfällt der Arbeiter der bittersten Not, denn seine ganze Lebensweise ist auf einen fortdauernden Verdienst eingerichtet. Er lebt gewissermaßen von der Hand in den Mund, froh, mit dem Lohne von einer Woche zur andern zu kommen.

4. Allgemeine Mißstände.

Selbst wenn man auf Grund der obigen Darlegungen annehmen will, daß für einen großen Teil der Berufsarbeiter die Arbeitsverhältnisse erträglich, und für einen kleinen Teil von Spezialarbeitern vielleicht gut sind, so gibt es daneben noch manche andere bedauerlichen Mißstände. Als solche gelten vor allem die zu lange Arbeitszeit. Die Erhebungen des statistischen Amtes des deutschen Reiches stellen z. B. fest, daß im Fleischergewerbe 45,9 Proz. der Gehilfen eine tägliche Arbeitszeit (ohne Pausen) von 10—12 Stunden, 38 Proz. eine solche von mehr als 12—14 Stunden haben. Im Fuhrwerksbetrieb wurde eine Arbeitszeit (einschließlich Pausen) von 12—14 Stunden für 48 Proz.; von 14—16 Stunden für 32 Proz.; von 16—18 Stunden für 10 Proz. des befragten Personals festgestellt. In der Großindustrie ist zwar der Zehnstundentag zum Teil durchgeführt, anderseits gibt es jedoch nicht nur 11—12stündige Arbeitszeiten, sowohl in einem Teil der Textilindustrie, wie auch in Metall- und Hüttenwerken, sondern fast alle Werke mit ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb haben ohne Rücksicht auf die anstrengende Arbeit die 12 Stundenschicht. Der Arbeiter verlangt aber mit Recht eine Verkürzung der Arbeitszeit, damit er sich nicht nur wieder erholen kann, sondern auch Zeit gewinnt, der Fortbildung und seinen Familienpflichten obzuliegen.

Ein Krebsschaden unserer industriellen Entwicklung ist die bedeutend stärkere Vermehrung der weiblichen Arbeits-

kräfte gegenüber den männlichen. Schon im Jahre 1895 waren 1,6 Millionen Arbeiterinnen im Gewerbe und in Handel und Verkehr beschäftigt. Vom Jahre 1882—1895 hatte sich ihre Zahl mehr als verdoppelt! Auch die Anzahl der in der Industrie beschäftigten verheirateten Frauen ist bedauerlicherweise eine wachsende Größe. Tausende von diesen gewerblich tätigen Frauen und Mädchen arbeiten gleich schwer und gleich lange wie die Männer und drücken deren Löhne.

Die moderne Industriearbeit gefährdet mehr als der alte handwerksmäßige Betrieb Gesundheit und Leben der Arbeiter. Nach den Nachweisungen der Unfallberufsgenossenschaften wurden im Jahre 1904 allein bei der gewerblichen Unfallversicherung 65 205 Unfallverletzte erstmalig entschädigt. Davon waren getötet 4976, und dauernd völlig erwerbsunfähig 603. Seit Bestehen der Unfallversicherung hat die Unfallhäufigkeit folgende Entwicklung genommen:

Auf 1000 versicherte Personen kamen Unfälle	1886	1889	1892	1895	1898	1901	1902
Ueberhaupt	2,80	4,71	5,64	6,24	7,10	8,67	8,06
Mit tötlichem Ausgang	0,70	0,71	0,65	0,67	0,73	0,72	0,64
Mit völliger, dauernder Erwerbsunfähigkeit	0,44	0,49	0,30	0,15	0,08	0,09	0,09
Mit teilweiser dauernder Erwerbsunfähigkeit	1,09	2,70	3,55	3,57	3,54	3,80	3,76
Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	0,57	0,80	1,14	1,85	2,75	3,46	3,58

Die Unfälle sind leider fortgesetzt gestiegen; in einzelnen Gewerben ist ihre Zahl erschrecklich groß, z. B. entfielen 1904 auf 1000 Vollarbeiter (Vollarbeiter = 300 Arbeitstage im Jahr) im Bergbau: 15,5; in der Eisenindustrie: 11,3; in den Steinbrüchen: 14,8; in der Holzindustrie: 12,7; im Baugewerbe: 11,7; in Spedition und Fuhrwesen: 14,3 entschädigungspflichtige Unfälle.

Die einseitige Industriearbeit fördert die Berufskrankheiten. Ganz besonders fordert die Tuberkulose (Lungenschwindsucht) unter den Arbeitern die meisten Opfer; sie ist zu einer Volksseuche geworden, schlimmer wie Cholera und Pocken. Im Jahre 1899 erkrankten nach einer dem deutschen Reichstag vorgelegten Denkschrift 226 000 Personen in Deutschland an Lungentuberkulose. Die Zahl der Todesfälle infolge Tuberkulose beträgt durchschnittlich pro 100 000 Einwohner 242, steigt aber in den Industriebezirken von Düsseldorf auf 335, Köln 352. Von 1000 Rentenempfängern der Invalidenversicherung sind 56 erwerbsunfähig infolge Tuberkulose und von diesen 56 entfallen auf die Landwirtschaft, Gärtnerei usw. 21, auf die Industrie 35. Bei den Steinhauern sterben 89 Proz. an Lungenschwindsucht. Nicht mit Unrecht hat die

Lungenschwindsucht den Namen „Proletarierkrankheit“ erhalten. Mangelhafte Ernährung, schlechte Luft in den Arbeitsräumen, Staubentwicklung bei der Berufsarbeit, schlechte dumpfe Wohnungen sind der Nährboden für diese entsetzliche Krankheit.

Wie es mit der Wohnungsfrage in Arbeiterkreisen bestellt ist, ist hinlänglich bekannt. Je mehr die Bevölkerung durch Konzentration von Handel und Industrie in den Großstädten und Industriebezirken zusammengedrängt wird, um so schlechter, ungesunder und teurer werden die Wohnungen. Der größte Teil der Arbeiter ist nicht in der Lage, eine Wohnung zu bezahlen, die ihm ein gemütliches Heim bietet, in der er nach vollbrachter Arbeit sich körperlich und geistig erholen könnte. Ebensowenig können in diesen Wohnungen Religion und Sittlichkeit gedeihen. Je größer und zahlreicher die Familie ist, um so ungenügender wird die Wohnung, um so weniger wird die Trennung der Geschlechter in den Schlafräumen möglich.

* * *

So zeigt uns das glänzende Kulturbild eine häßliche Kehrseite und treffend schreibt Professor Brentano in seiner Abwehrschrift gegen die Zuchthausvorlage:

„Mit Riesenschritten ist unser Reichtum gewachsen, und die Nationen, welche bisher die wirtschaftlich führenden waren, fühlen mit Schrecken in ihrem Nacken den heißen Atem unseres Wettbewerbes. Und in all diesem Glück, diesem Segen, diesem bei uns noch nicht dagewesenen Reichtum hören wir (von den Befürwortern der „Zuchthausvorlage“) Klage darüber, daß die Millionen Arbeiter, deren treuer und redlicher Mithilfe wir alle diese Fortschritte zu danken haben, die, mit deren Arbeit jene glänzenden Städte erbaut sind, um welche andere Nationen uns staunend beneiden, die, welche jeden Morgen dieses blühenden Landes mit ihrem Schweiße gedüngt haben, die, ohne deren Mitarbeit weder jene Waren, die den deutschen Namen in den entferntesten Weltteilen bekannt gemacht, noch auch die Schiffe, die sie dorthin getragen haben, möglich gewesen wären — die, welche so unerläßlich dazu mitgewirkt, daß dieses Land ein Gedanke von Macht und Herrlichkeit für alle Zeiten und für die ganze Welt geworden ist, daß diese Millionen eben dieser Macht und Herrlichkeit gefährlich seien, weil sie einen ihrer Mitwirkung entsprechenden Anteil an den steigenden Ergebnissen des gemeinsamen Schaffens verlangen. Wir hören, daß die Millionen Arbeiter, welche so wesentlich und unentbehrlich waren, daß wir diese überwältigenden Fortschritte im Frieden gemacht haben und welche bereit sein müssen und bereit sind, ihr Gut und Blut zur Verteidigung desselben im Kriege herzugeben, unter eine Ausnahmegesetzgebung (Zuchthausvorlage) gestellt werden sollen, welche ihnen das Recht versagt, gleich allen anderen

Staatsbürgern im Ringen um den bestmöglichsten Preis für die „Ware" Arbeit, von deren Verkauf sie zu leben genötigt sind, ihr Interesse zu wahren.

Jeder rechtlich Denkende und nicht vom Eigennutz Voreingenommene muß demgegenüber offen bekennen, daß die Arbeiter ein natürliches Recht darauf haben, Anteil zu nehmen an dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Hebung des Wohlstandes, der daraus für die besitzende Klasse gefolgt ist. Insbesondere hat der Arbeiter, welcher Familienvater ist, als Mensch wie als Christ die Pflicht für sein und seiner Familie besseres Fortkommen zu sorgen. Wirtschaftliches Elend bringt eben nur zu leicht sittliches Elend mit sich. Darum ist es nicht nur Recht, sondern Pflicht der Arbeiter, ihre Lage aufzubessern. Der Wege zu diesem Ziele sind viele. An dieser Stelle interessiert uns lediglich die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zur Besserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse.

3. Kapitel.

Ursachen und Wesen der Gewerkschaften im allgemeinen.

Soviel ist auf Grund des bisher Gesagten klar: die Gewerkschaften sind keine willkürlichen Gründungen einiger „ehrgeizigen oder streitsüchtigen Agitatoren", wie sehr oft von Gegnern derselben behauptet wird, sondern eine notwendige und natürliche Folgeerscheinung unserer modernen Wirtschaftsentwicklung. Erst wenn man letztere genau, besonders mit ihren Folgen für die Arbeiterklasse erfaßt, wird man verstehen, warum die tüchtigsten und intelligentesten Arbeiter Gewerkschaften geschaffen haben und mit so großer Aufopferung und Liebe in denselben tätig sind. Erläutern wir deshalb in Kürze die Folgerungen der in den vorhergehenden Kapiteln beschriebenen Entwicklung und erklären damit in zusammenfassender Form zugleich

1. die Ursachen der Gewerkschaftsbewegung.

Der industrielle Lohnarbeiter, d. h. der Arbeiter, der zur Beschaffung seines Lebensunterhaltes dauernd auf Arbeit gegen Lohn im Dienste eines gewerblichen Unternehmers angewiesen ist, ist ein notwendiges Glied unserer neuzeitlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die modernen Betriebsformen haben zur Voraussetzung, daß sich Tausende Menschen als Arbeitskräfte in ihren Dienst stellen, die auf geschäftliche Selbständigkeit verzichten, um dauernd als abhängige Lohnarbeiter kapitalistischen Unternehmungen zu dienen. Diese Erscheinung beobachten wir nicht nur in den modernen Riesenbetrieben der schweren (Kohlen- und Metall-) Industrie, sondern überall da, wo in der Gütererzeugung Massenproduktion stattfindet und mechanische Kräfte, kostspielige technische

Hilfsmittel, spezifizierte Arbeitsteilung u. s. f. zur Anwendung gelangen. Bis tief in die handwerksmäßige Gütererzeugung hinein ist der dauernd unselbständige Lohnarbeiter — hier der gelernte — ein notwendiges Glied des Betriebes.

Die Interessen und Lebensbedingungen des modernen Lohnarbeiters sind deshalb ganz andere als die des Handwerksgesellen der Zunftzeit und auch noch der heutigen Handwerksgesellen, soweit dieselben das Handwerk erlernen, nicht um als Lohnarbeiter in demselben dauernd zu dienen, sondern später selbständige Handwerksmeister zu werden. Es hat sich hier im Laufe der Zeit eine grundstürzende Aenderung vollzogen.

Im handwerksmäßigen Betriebe gehörte der Geselle zum Hausstand des Meisters. Er fand hier Wohnung, Nahrung und familiäre Fürsorge für sein leibliches und geistiges Wohl. Er gehörte zum „Stand" und fühlte sich „zünftig". Die Werkstätte befand sich im Hause des Meisters, sodaß sich mit Recht der Geselle zum Hausstand des Meisters zählte. Nicht immer mag das Verhältnis so schön und idyllisch gewesen sein, als wie es oft geschildert wird, aber der Regel nach war für den Gesellen auskömmlich gesorgt.

Mit dem Aufkommen kapitalistischer Wirtschaftsepochen und der fabrikmäßigen Herstellung von Waren kommt ein ganz anderes neues Arbeitsverhältnis auf. Die Fabrik kann wegen ihrer räumlichen Ausdehnung nicht im Hause des Unternehmers sein. Es greift die Trennung der Arbeit vom häuslichen Herd Platz. Der Fabrikant kann auch nicht die Gehilfen und Arbeiter, die er beschäftigt, in seinen Haushalt aufnehmen, dafür sind ihrer zuviel. Der Arbeiter muß auswärts wohnen und als Entschädigung gibt ihm der Fabrikant einen höheren Lohn. Das familiäre Verhältnis fällt fort und Fabrikant und Lohnarbeiter stehen sich viel fremder gegenüber, als Geselle und Meister im Handwerkshaushalt. Man spricht nicht mehr vom „Meister und Gesellen", sondern vom „Unternehmer und Arbeiter".

Ja, noch mehr, es entwickelt sich ein gewisser Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Der Fabrikarbeiter ist sehr daran interessiert, daß er einen ordentlichen Lohn bekommt, da dieser das einzige Existenzmittel für ihn ist. Der Unternehmer hat das umgekehrte Interesse, er sucht für möglichst wenig Lohn viel Arbeit von den Gehilfen zu verlangen. In diesem Kampf der Interessen ist der einzelne Arbeiter gegenüber dem Kapital machtlos; nur die organisierte Arbeiterschaft kann sich da Geltung verschaffen.

Fühlten Meister und Gesellen im Handwerk sich als Standesgenossen, die beide auf die Erhaltung der Standesehre ängstlich bedacht waren, so entstehen beim Fabrikunternehmen bald tiefe Standesunterschiede. Der Unternehmer ist ein vermögender Mann, der gesellschaftlich hoch über seinen Arbeitern steht.

Ein wichtiges sittliches Moment muß bei dieser Veränderung erwähnt werden. In der Handwerkerfamilie hatte der Geselle auch einen sittlichen Halt. Das Festhalten an der standesmäßigen Zucht und Sitte, sowie Religiösität zeichnete die Handwerkerfamilie der alten Zeit aus. Im Fabrikbetriebe fällt diese Art „Standeszucht" fort. Außerhalb der Arbeitszeit kümmert sich der Fabrikant fast gar nicht um seine Arbeiter, und kann es auch nicht, da ja die Arbeiter nicht bei ihm im Hause wohnen. Die Freiheit wurde besonders manchen jüngeren Arbeitern zum Verhängnis und trug viel zur sittlichen Verwilderung bei.

Dazu kommt das Vorurteil der selbständigen Bürger gegen die Lohnarbeiter überhaupt: Der Handwerksgeselle, welcher sich der Fabrik zugewandt hatte, galt lange Zeit als deklassiert (erniedrigt) und mit Geringschätzung und Mitleid blickten die zünftigen Meister und Gesellen auf ihn herab. Diese Anschauung ist heute durchweg überwunden, aber man findet sie auch in unseren Tagen noch in ländlichen Bezirken vertreten. Da dem Arbeiter die Aussicht versperrt wurde, selbständig zu werden, war ihm ein Ideal genommen, das sonst den Handwerksgesellen antrieb, ein der Standesehre würdiges Leben zu führen. Mit dem Schwinden des Standesbewußtseins beim Fabrikarbeiter fiel ein starkes Mittel zur Selbstzucht. Das schon in jungen Jahren verdiente bare Geld verleitete zu leichtfertigen Ausgaben, da für die Sparsamkeit das Hauptziel und Ideal, selbständiger Meister oder Unternehmer zu werden, immer mehr bei ihm schwand. Die Freiheit und Ungebundenheit außerhalb der Fabrik war außerdem etwas zu jener Zeit Ungewohntes und sehr viele machten, da Standesvereinigungen keinen Halt boten, von dieser Freiheit keinen guten Gebrauch.

Der sich selbst überlassene noch junge Arbeiterstand hatte natürlich wenig Widerstandskraft gegen die ungebührliche Ausnützung seiner Arbeitskraft. Geringe Löhne, lange Arbeitszeiten, Mangel aller hygienischen Vorschriften und Einrichtungen zum Schutze von Leben und Gesundheit waren die bedauerlichen Begleiterscheinungen der gewerblichen Umwälzungen. Alle Schwankungen der anfangs noch wenig gefestigten Industrie, alle Krisen auf dem Warenmarkt, die technischen Umwälzungen durch Einführung sinnreicher, menschliche Arbeit sparender Maschinen trafen die Arbeiter in Form von Arbeitslosigkeit oder Lohndruck am allerhärtesten. Der Arbeiter sah die Produktivität der Arbeit steigen, er sah den außergewöhnlich schnell steigenden Reichtum der Besitzenden, aber er fühlte gleicherzeit, daß der Erfolg der glänzenden Kultur- und Wirtschaftsentwicklung ihm und seinem Stande nur in geringfügigem Maße zugute kam. Es ist deshalb nicht zu verwundern, sondern sehr erklärlich, daß aus dem allgemeinen Empfinden des Unbefriedigtseins der Drang nach Abhilfe entstand, der sich einerseits in politischem Radikalismus — Sozialdemokratie

— anderseits in dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß zum Zwecke freier Selbsthilfe äußerte.

Dieser Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften war um so notwendiger, als mit den alten Wirtschaftsverhältnissen auch die alte, zum Schutze der Arbeit aufgestellte Rechtsordnung zusammengebrochen war. Zu Zeiten des Klein- und Mittelbetriebes, und zu Zeiten des Vorherrschens der Handarbeit im Gewerbe, hatten die gewerblichen Organisationen (Zünfte) und später die Staatsregierungen das Lehrlingswesen geregelt, das Verhältnis der Lehrlinge und Gesellen zu den Meistern resp. Unternehmern geordnet, Lohntaxen aufgestellt usw. Die neue Wirtschaftsordnung und die zugleich mit ihr sich einbürgernde liberale Wirtschaftslehre warf alle diese Schranken, die so wie sie waren, sich auch als unhaltbar erwiesen, über den Haufen. Die Festsetzung des Arbeitsverhältnisses wurde Gegenstand freier Uebereinkunft.

Damit war der sog. „freie Arbeitsvertrag" geschaffen. Aber die Freiheit dieses Vertrages stand solange bloß auf dem Papier, als der einzelne Arbeiter infolge seiner wirtschaftlichen Schwäche gegenüber dem Kapital auf die Gestaltung des Vertrages keinen oder nur einen äußerst geringen Einfluß ausüben konnte. Erst eine koalierte Arbeiterschaft eines Gewerbes war in der Lage, den Forderungen der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages Nachdruck zu verleihen und „Verträge" im eigentlichen Sinne des Wortes zustande zu bringen.

Uebrigens hatten die Arbeiter für ihre gewerkschaftlichen Organisationen gewisse Vorbilder in den „Gesellenladen" oder „Gesellenbruderschaften", noch mehr in den zentralisierten Gesellenverbänden der Zunftzeit. Natürlich waren deren Zwecke und Ziele andere, als die der heutigen Gewerkschaften.

Eine Aufgabe dieser Gesellenverbände hat sich fast unmittelbar auf unsere heutigen Gewerkschaften übertragen; das ist die Unterstützung auf der Reise und der Arbeitsnachweis. In dem Maße wie die Meister in der Zunft sich gegen Zuzug abschlossen und dadurch in Gegensatz zu ihren Gesellen gerieten, übernahmen die Gesellenbruderschaften selbst zum Teil die Fürsorge für die wandernden Gesellen, indem sie über ganz Deutschland sich erstreckende Gesellenverbände errichteten, mit denen Arbeitsnachweise verbunden waren. So stand auch bei den ersten Fachvereinen und Gewerkschaften, welche sich bei uns in Deutschland bildeten, z. B. bei den Buchdruckern, Tabakarbeitern, Hutmachern, Schneidern, die Wanderunterstützung im Vordergrunde des Vereinszweckes; damit verband sich der Arbeitsnachweis, wenn auch in primitiver Form.

Wir sind in Deutschland über die ersten Kinderkrankheiten der Industrieentwicklung hinweg. Der Arbeiterstand ist nicht mehr sich selbst überlassen. Der Staat ist demselben durch gesetzliche, öffentlich-rechtliche Fürsorge (Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzgesetze)

durch Gewährung des Koalationsrechtes usw. zu Hilfe gekommen. Die Lage der Arbeiter hat sich deshalb gegen früher erheblich gebessert. Und mit dieser Besserung hat sich die Energie und Tatkraft in der Arbeiterschaft gesteigert, Fortschritte, die auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung zugute gekommen sind.

2. Wesen und Zweck der Gewerkschaften

ergibt sich nunmehr klar aus dem Gesagten. Hinsichtlich der Zwecksetzung der Gewerkschaften hat man zwischen den nächsten und den entfernteren Zwecken derselben zu unterscheiden, oder anders ausgedrückt zwischen dem, was die Gewerkschaft unmittelbar und dem, was sie erst mittelbar erstrebt. Ferner ist wohl zu unterscheiden zwischen dem, was der Gewerkschaft eigentlicher Zweck und dem, was ihr Mittel zum Zweck ist.

Faßt man die eigentlichen nächsten und unmittelbar erstrebten Zwecke der Gewerkschaft ins Auge, so sind die Gewerkschaften Vereinigungen von Lohnarbeitern derselben (oder verwandter) Gewerbe zur Aufrechterhaltung oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Als solche erstreben die Gewerkschaften

1. Die Regelung des Angebotes von Arbeitskräften durch Ordnung des Lehrlingswesens, Arbeitsnachweis, Reise- und Arbeitslosenunterstützung.

Diesen Zweck setzten sich die englischen Gewerkschaften in ihrer Jugendzeit, unter dem Einfluß der damals (in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts) herrschenden liberalen Wirtschaftslehre, welche die Löhne ebenso wie das gesamte Wirtschaftsleben allein vom „freien Spiel der Kräfte" abhängen lassen wollte. Diesem „freien Spiel der Kräfte" glaubten die Arbeiter zuerst durch Regelung des Angebots von Arbeitskräften zu ihren Gunsten Einhalt tun zu können. Erst später fand man auch andere bessere Mittel. In der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist diese Regelung des Angebots von Arbeitskräften stets von untergeordneter Bedeutung gewesen.

2. Besser als durch die Regelung des Angebots von Arbeitskräften können die Gewerkschaften den Arbeitsvertrag zu ihren Gunsten gestalten durch den Abschluß korporativer Arbeitsverträge auf dem Boden der Gleichberechtigung von Arbeitern und Unternehmern, wobei der Inhalt der Arbeitsverträge nicht durch den einzelnen Arbeiter und Unternehmer, sondern auf Grund einer Verständigung zwischen der Organisation der Arbeiter und einzelnen Unternehmern oder Unternehmerorganisationen festgesetzt wird.

In Punkt 2 ist der Hauptzweck der Gewerkschaften bezeichnet. Dieser Zweck wird erreicht, wenn die in Gewerkschaften organisierten Arbeiter entweder durch ihre Sekretäre oder gewisse Arbeiterausschüsse, oder Lohnkommissionen, oder Einigungsämter auf Grund friedlicher Verhandlungen oder eines Streiks Arbeitsverträge, speziell Tarifverträge für einzelne Betriebe, oder für einen Distrikt oder für ein Gewerbe im ganzen Lande abschließen, welche die Arbeitszeit, die Löhne, die Art der Lohnzahlung, die

Kündigung, die Maßregeln zum Schutz von Leben und Gesundheit usw. regeln. Dieser Hauptzweck der Gewerkschaften läßt sich kurz charakterisieren als Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber den Unternehmern beim Abschluß des Arbeitsvertrages.

Die Gewerkschaften setzen sich aber auch weitere Aufgaben, die weniger Zweck derselben als vielmehr Mittel zum Zweck sind.*) Als solche sind zu nennen:

3. Der Ausbau des Arbeiterrechtes, welches die unveräußerliche Grundlage für die Existenz und eine gedeihliche Wirksamkeit der Gewerkschaften bildet; sie erstreben deshalb insbesondere die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine in einer dem Wesen der gewerkschaftlichen Arbeit entsprechenden Form, ein freiheitliches Koalitionsrecht, das ihrer Bewegung Luft und Licht gönnt, sowie eine Vereinheitlichung und günstige Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechtes, endlich die Schaffung eines Tarifrechtes.

4. Die Förderung der gesetzlichen Sozialreform als notwendige Ergänzung der Tätigkeit der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß ihre Organisation stets nur einen Bruchteil der gewerblichen Lohnarbeiter umfassen wird. Sie haben aber ein großes Interesse daran, daß auch für die draußen stehenden, meist schlechter gelohnten und weniger gelernten Arbeitskräfte gewisse Minimalbedingungen der Arbeit festgelegt werden. Dadurch wird die Konkurrenz der „Arbeiter-Reservearmee" eingeschränkt und auch für diese Kategorie von Arbeitern der erste Schritt vorwärts auf dem Wege zur Organisation getan. Endlich wird der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit dadurch gekrönt, daß gewisse Teilerfolge der Gewerkschaften durch die staatliche Gesetzgebung zum Gemeingut der betreffenden Arbeiterklasse gemacht werden.

5. Die Einrichtung von Unterstützungskassen. Neben den bereits oben genannten Kasseneinrichtungen, die zum Teil auch Unterstützungszwecken dienen, kommen hier noch in Betracht Hilfeleistungen in Krankheits-, Sterbe- und anderen Notfällen.

6. Maßnahmen zur Förderung der geistigen und sittlichen Hebung der Arbeiter, als da sind soziale Kurse, Errichtung sozialer Bibliotheken, Kampf gegen den Alkohol-Mißbrauch usw.

Da letztgenannte Bestrebungen (3—6), den Gewerkschaften nur Mittel zum Zwecke sind, so werden dieselben auch nicht unbeschränkt, sondern nur im Rahmen der Hauptzwecke verfolgt. Die Unterstützungskassen werden nicht oder wenigstens nicht alle getrennt von der Hauptkasse errichtet. — Die Bildungsbestrebungen sind nicht allgemeiner Art. Die Gewerkschaften wollen diejenigen Kenntnisse vermitteln oder fördern, welche speziell zu einer ersprießlichen Gewerkschaftsarbeit an sich, oder zu eventuellen Kämpfen mit Gegnern der Gewerkschaften erforderlich sind. Die Gewerkschaften wissen sehr wohl, daß ihre Bildungsarbeit auch in den Zielen nur eine beschränkte sein kann, und begrüßen auf diesem Gebiete die Mitarbeit anderer Organisationen, welche hier noch intensiver als die Gewerkschaften arbeiten können. — Die politische Betätigung der Gewerkschaften umfaßt nicht das ganze

*) Diese Aufgaben sind zum Teil vorübergehende, zeitweilige, die durch die augenblickliche Lage bedingt sind, z. B. durch den Mangel an öffentlich rechtlicher Anerkennung der Gewerkschaften.

Gebiet der Politik, und muß sich in einem Rahmen bewegen, der auch verschiedenen parteipolitischen Richtungen innerhalb der Arbeiterschaft das Mittun ermöglicht. Das erfordert das allgemeine Arbeiter- und Berufsinteresse.

Die genannten Zwecke erstreben die Gewerkschaften unmittelbar. Sie sind sich aber sehr wohl bewußt, daß damit die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung nicht in ihrem ganzen Umfang erfaßt wird. In dem Maße vielmehr wie die Gewerkschaften bei Erstrebung der bisher bezeichneten Ziele Schritt vor Schritt wachsende Erfolge erzielen, wird eine Sprosse nach der andern der Leiter eingefügt, auf welcher der gesamte durch die neuzeitliche Großindustrie geschaffene Lohnarbeiterstand zu einer höheren Stufe der Kultur emporsteigt. Die Gewerkschaft sorgt zunächst, wie wir oben feststellten, für die materielle Besserstellung der Arbeiter, welche die teilweise Vorbedingung einer geistig-sittlichen und gesellschaftlichen Aufwärtsbewegung bildet. Indem die Gewerkschaftsbewegung neben anderen Organisationen auch diese fördert, macht sie nach und nach die Arbeiterschaft anderen Ständen ebenbürtig und erkämpft ihr die Gleichberechtigung mit den anderen Ständen in der bestehenden Gesellschaftsordnung. Nicht von selbst, nicht rein zufällig, nicht als notwendige Konsequenz wird dieses Ziel von der Gewerkschaftsbewegung erreicht, nein sie erstrebt es bewußt, sie erstrebt es in der Ueberzeugung, daß es eine notwendige Kulturforderung darstellt.

Die Gewerkschaft stellt sich demnach im wesentlichen dar als eine Vereinigung der Arbeiter eines Berufes zu ganz bestimmten, abgegrenzten, wirtschaftlichen Zwecken. Sie soll die Bedingungen der Arbeitsverträge regulieren; sie steht demnach auf gleicher Stufe mit ähnlichen wirtschaftlichen Vereinigungen anderer Stände, mit dem Bauernverein, den Verkaufsgenossenschaften der Bauern und Handwerker, Syndikaten der Unternehmer usw. Wie diese Vereinigungen die Interessen ihrer Mitglieder beim Absatz der von diesen feilzubietenden Waren vertreten, so sollen die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter bei der Verwertung ihrer „Ware" Arbeitskraft wahrnehmen. Dabei handelt es sich noch um viel wichtigere Dinge, als bei dem Verkauf toter Waren. Beim Arbeitsvertrag trägt der Arbeiter seine Haut zu Markte, dabei stehen also persönliche, familiäre, gesundheitliche und geistig-sittliche Güter auf dem Spiele. Hier ist demnach eine wirksame Interessen-Vertretung doppelt notwendig.

Die Berechtigung und Notwendigkeit, das Wesen und die Ziele der gewerkschaftlichen Organisation sind damit in Kürze gekennzeichnet. Sehen wir nunmehr zu, wie sich in Deutschland diese gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter entwickelt und betätigt hat.*)

*) Wir beschränken uns dabei in diesem Heft auf die Geschichte der „freien" und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und bringen die Darstellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in dem folgenden Hefte dieser Arbeiterbibliothek.

Zweiter Abschnitt.

Die „freien“ (sozialdemokratischen) und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

4. Kapitel.

Die Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Die Tatsache der gewerkschaftlichen Organisation ist in allen industriellen Kulturländern gegeben, anders aber steht es mit den Formen der gewerkschaftlichen Verbände. Diese sind je nach dem Charakter des Volkes und der betreffenden Volkswirtschaft, nach den Zeitumständen, unter denen die Gewerkschaftsbewegung entstand und sich entwickelte, nach geschichtlichen Ueberlieferungen, nach politischen Konstellationen und dergl. in den einzelnen Ländern grundverschieden. Gewerkschaftliche Reinkulturen, d. h. Gewerkschaften, die nur nach den Erfordernissen des Wirtschaftslebens konstruiert sind und diesen Erfordernissen nach allen Seiten genügen, sind wohl kaum zu finden; Unternehmerorganisationen wohl, Gewerkschaften nicht. Die Unternehmer sind an Zahl geringer, sind in ihrer Allgemeinheit in wirtschaftlichen Standesfragen weitblickender, haben verhältnismäßig größeren politischen Einfluß und können diesen Einfluß ohne viel Aufhebens auf den verschiedensten Wegen geltend machen; vor allem aber haben sie als Klasse die ihnen gebührende Stellung in der Gesellschaft längst sich erobert. Das alles befähigt sie mehr als die Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Vereinigungen von Nebenzwecken abzusehen, höhere religiöse oder politische Interessen ihrer Mitglieder praktisch zu respektieren und dadurch ihre Organisationen um so vollkommener nach der wirtschaftlichen Seite zu gestalten. Anders die Arbeiter! In ihren Kreisen hat der eine häufig vor der Weltanschauung, der religiösen und politischen Ueberzeugung des andern nicht die nötige Achtung, es mangelt in dieser Hinsicht in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter der richtige Takt. Bei den Arbeitern fehlen noch in weitem Maße die geistigen Vorbedingungen zu einem wirtschaftlich vollkommenen Gewerkschaftsleben; die Einsicht in die Entwicklungsgesetze des Wirtschaftslebens, die moralische Kraft zu gewerkschaftlicher Kleinarbeit muß erst in die Massen hineingetragen werden. Dabei ist der Appell an irgendwelche Ideale, die Anknüpfung an Beweggründe, die nicht lediglich materieller, ökonomischer

Natur sind, wie kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne usw., je nach dem Volkscharakter bis zu einem gewissen Grade ein unumgängliches Erfordernis, wenigstens für die Zeit der Volkserziehung zur Gewerkschaftsbewegung. Der Engländer war „Kaufmann" genug, um lediglich aus materiellen Gründen sich gewerkschaftliche Organisationen zu schaffen, für den Deutschen waren derartige Gründe allein nicht durchschlagend. Gleichwohl haben selbst die englischen Arbeiter in den Gewerkschaften sich nicht ausschließlich von ökonomischen Gesichtspunkten leiten lassen. So ist beispielsweise die Beschaffenheit des englischen Freiheitsgeistes, des englischen Individualismus schuld an dem Mangel an Zentralisation, der die englische Gewerkschaftsbewegung bis auf den heutigen Tag in mancher Hinsicht schädlich beeinflußt.

Dazu kommt, daß die Arbeiter gegen alte Standesvorurteile, gegen überlebte Wirtschaftsforderungen und veraltete Staatsgesetze, gegen einen reaktionären und kleinlichen Bureaukratismus sich erst die Anerkennung ihrer Mündigkeit und damit die Einordnung in die bestehende Gesellschaftsordnung als selbständiger gleichberechtigter Stand neben der Aristokratie und Bourgeoisie, d. h. neben dem Geburtsadel und dem Vorrang des Kapitals erkämpfen müssen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein Mittel dieses Kampfes, und darum kann sie wenigstens zeitweilig gewisser politischer Nebenzwecke nicht entraten. Sie läuft daher auch allzu leicht Gefahr, daß diese zeitweiligen Nebenzwecke ihre Hauptaufgaben in den Hintergrund drängen. So ist es erklärlich, daß die Gewerkschaftsbewegung von mannigfachen geistig-religiösen, politischen und gesellschaftlichen Faktoren in ihrer Entwicklung beeinflußt wird, und nur im Zusammenhang mit all diesen Faktoren ist die Gewerkschaftsbewegung eines bestimmten Landes richtig zu erfassen. Damit sind wir zunächst vor die Frage gestellt: Unter welchen wirtschaftlichen, politischen, geistig sittlichen und gesellschaftlichen Zeitverhältnissen ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung entstanden?

1. Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung im Revolutionsjahr 1848.

In Deutschland ging eine politisch und religiös radikale Arbeiterbewegung mit revolutionären und antireligiösen Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung voraus; die erstere ward vom Ausland nach Deutschland übertragen, als hier das Gewerbe für eine neuzeitliche Gewerkschaftsbewegung noch gar nicht reif war.

Gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts war die deutsche Volkswirtschaft noch vorwiegend auf der Landwirtschaft aufgebaut, das Gewerbe stand im Dienste der letzteren und war meist Kleingewerbe. Im Jahre 1846 kamen in Preußen 10 Gewerbetreibende erst auf 122 Einwohner, im Jahre 1895 schon auf 65. Vor dem Jahre 1847 stand im Ruhrgebiet noch kein einziger Hochofen; Eisenindustrie, Spinnerei und andere frühzeitig modernisierte Gewerbe wiesen damals in Deutschland nur Kleinbetriebe mit alten Arbeitsmethoden auf. Unsere Hauptbahnen, unsere modernen Bergwerke, die Banken,

die Aktiengesellschaften erstanden erst in den fünfziger Jahren. In diese fällt die erste „Gründerzeit" in Deutschland.

Schon vor der großindustriellen Entwicklung des deutschen Gewerbes faßte die Sozialdemokratie in Deutschland Fuß. Die bürgerliche Revolution des Jahres 1848 war begleitet von der ersten Aussaat sozialistischer Ideen und von den ersten Versuchen mit sozialistischen politischen Organisationen. Von Brüssel aus sandte Karl Marx im Jahre 1848 das bekannte kommunistische Manifest ins Land; von Paris aus, wo der Kommunistenbund seinen Sitz aufgeschlagen hatte, wo auch Engels damals (1847) zeitweilig sich aufhielt, wurden die Ideen des internationalen Kommunistenbundes nach Deutschland, speziell nach Berlin, verpflanzt. Die deutschen Handwerksgesellen trieb die Wanderlust nach Paris, dem „Sitz der Intelligenz, dem Pulsschlag der Mode und modernen Entwicklung", und jene jungen Leute, die als zünftige Handwerksgesellen, zum Teil als ehemalige Führer zünftiger Handwerker-(Gesellen-)Vereine, nach Paris gingen, kamen als Kommunisten oder Sozialisten zurück. So unter anderen der Schriftsetzer Stephan Born, unter dessen Führung am 19. 4. 1848 das Berliner Zentralkomitee für Arbeiter, die erste sozialistische Organisation auf deutschem Boden gegründet wurde. An allen Orten sollten Arbeitervereine und aus Vertretern der einzelnen „Gewerke" Lokalkomitees mit Unterordnung unter die Berliner Zentralstelle sich bilden. Am 23. 8. 1848 hielt Born in Berlin den ersten allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß ab, auf dem sowohl allgemeine Arbeitervereine wie auch eine beträchtliche Zahl lokaler Fachvereine vertreten waren. Das von Born redigierte Organ des Zentralkomitees „Das Volk" hatte die Aufgabe:

„Das Bürgertum einerseits zu unterstützen im Kampfe gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von Gottes Gnaden, dem kleinen Gewerbetreibenden wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Kapitals und der freien Konkurrenz und immer voran zu schreiten, wo es gilt, dem Volke ein irgend noch vorenthaltenes politisches Recht zu erkämpfen . . . ." (Dr. Quarck, Die Arbeiterverbrüderung 1848/49 XI.)

Auf Grund eines Beschlusses des Berliner Kongresses siedelte das Zentralkomitee im September 1848 nach Leipzig über und gab dort zweimal wöchentlich als neues Organ „Die Verbrüderung", Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter, heraus. „Das Volk" ging, wie alle damals erschienenen radikalen Blätter, nach stark vierteljährigem Bestehen ein. Klarer als im „Volk" verkündete Born in der „Verbrüderung" die Ideen des ersten deutschen Sozialismus.

„An die Stelle der Produktionsweise durch Kapital und Lohnarbeit setzen wir die der freien Arbeit in der Assoziation (Verbindung) . . ." Treten die Arbeiter erst gemeinsam als Klasse mit ihren Forderungen hervor, alle nach einem und demselben Plane, so erzittert die Erde unter ihrem Schritt, so ist die letzte Stunde des Despotismus gekommen. Deshalb arbeiten wir in diesem Augenblicke daran, die Arbeiter zu verbinden . . . Wir wollen in diesem Augenblicke keineswegs schon innerhalb der Assoziation mit gemein-

schaftlichen Mitteln arbeiten lassen (in Produktivgenossenschaften!), unsere Absicht ist es hiermit noch zu warten, und zu diesem Zwecke solange die nötigen Geldmittel aufzubringen, bis sie zu einer solchen Höhe gelangt sind, daß die Arbeiter dann in bestimmter Voraussicht der Erfolge ihre Tätigkeit mit gemeinschaftlicher Benutzung ihres aufgehäuften Kapitals beginnen können . . . , es ist der Plan gefaßt, daß jedes zur Organisation der Arbeiter gehörende Mitglied aufgefordert werde, in bestimmten Terminen einen Teil seines Einkommens zu einer Assoziationskasse zu geben . . . Erst wenn das Kapital die Höhe erlangt hat, daß es zur größeren Betreibung des betreffenden Geschäftes der Beitragenden hinreicht, erst dann wird es zu diesem Zwecke angewendet." (Dr. Quarck a. a. O. S. 20.)

Neben dem Zentralkomitee in Leipzig, das vornehmlich auf Norddeutschland fußte, gab es noch ein zweites Zentralkomitee für die süddeutschen Arbeiter in Frankfurt, dessen geistiger Führer Professor Winkelblech war, der Vertreter des von dem Frankfurter Komitee angenommenen Föderativsystems. Nach diesem System sollte zwar jeder in der Wahl seines Geschäftes frei sein, der Staat aber solle die Ausdehnung des Geschäftes nach den Erfahrungen mit der einträglichsten Produktion bestimmen. Niemand solle mehr als bis zu einer gesetzlich bestimmten Grenze erwerben dürfen. Was er darüber besitze, müsse er an eine Nationalbank abgeben, die ihm Zinsen geben solle und das Geld an die Arbeitsunternehmer zu verleihen hätte.

Auf einem Kongreß in Heidelberg (28. und 29. Januar 1849) kamen beide Organisationen zusammen. Born siegte in der Diskussion über Winkelblech, und die beiden Richtungen einigten sich unter der Führung des Leipziger Zentralkomitees. An den verschiedensten Orten fanden Arbeiter-Kongresse für einzelne Landesteile statt, um das Assoziationsprogramm zur Durchführung zu bringen. Das Zentralkomitee setzte sogar eine Liste in Umlauf, in der die Bewilligung von 10 Millionen Thaler für die Assoziationen aus preußischen Staatsmitteln gefordert wurde. Neben dem Gedanken der Assoziation behandelte „Die Verbrüderung" politische Fragen, sie brachte Zeitbetrachtungen über die bestehenden politischen Parteien, über die Verfassungsfragen, über das Wahlrecht u. s. f. Aber ein klares positives politisches Programm war nicht vorhanden. Noch weniger wurde die Gewerkschaftsidee von dem Zentralkomitee erfaßt und ihren damaligen Ansätzen (Buchdrucker-, Berliner Seidenwirker- und Kattundrucker-Bewegung usw.) entsprechende Förderung zuteil. Weil ein klares politisches Programm noch nicht vorhanden war, weil man sich vornehmlich auf die Kritik des bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Elendes der Arbeiter beschränkte, trat auch die Stellung der Führer zur Religion nicht offen zutage, wenngleich gelegentliche Wendungen gegen „die Diener Gottes", die „den Himmel versprechen, weil sie die Erde genommen haben" und dergl. dem tiefer Blickenden zeigen konnten, wohin der Weg ging. Verse wie:

„Tuch von zahm' und wilden Böcken,
Schwarz' und weißen Pfaffenröcken,
Jüngst von Weihrauch noch umdampft
Morgen wird es eingestampft"

blieben der Masse der Arbeiter unbekannt. Daß sich unter diesen Umständen auch Arbeiter, die nicht religionsfeindlich dachten, in jener Zeit der sozialistischen Bewegung anschlossen, ist nicht verwunderlich, aber groß war darum die Gesamtzahl der Anhänger jener Bewegung noch keineswegs.

Bekanntlich endete die bürgerliche Revolution vom Jahre 1848 nicht mit einem vollen Erfolg. Die konservative Richtung erhielt bald Oberwasser und die Majorität in den Parlamenten. Die Folge davon war unter anderem auch die Ausweisung der sozialistischen Führer und der baldige Zusammenbruch (1850) des Zentralkomitees und der Arbeiterverbrüderung. Schon vorher, am 19. 5. 1849, war die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung", von Karl Marx in Köln redigiert, erschienen. Auf Anregung der preußischen Bevollmächtigten auf dem deutschen Bundestag beschloß dieser im Jahre 1854: alle Vereine, die kommunistische oder sozialistische Ziele verfolgen, zu unterdrücken.

2. Das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren.

Auf den wirtschaftlichen Niedergang am Ende der vierziger folgte ein großer Aufschwung des deutschen Erwerbslebens in den fünfziger Jahren. Insbesondere begann die Hochfinanz und die Großindustrie sich in diesem Jahrzehnt emporzuarbeiten. Diese Entwicklung stieß aber auf eine Reihe von Hindernissen, welche der schrankenlosen Entfaltung des Kapitals drückende Fesseln anlegten. Die Ausübung des Gewerbes war noch beschränkt durch Zunftgesetze. Die Bevölkerung war in der Wahl ihres Wohnsitzes und ihres Gewerbes nicht völlig frei, desgleichen nicht in der Eheschließung. Es herrschten noch verschiedene Maß- und Gewichts-Systeme. Der Mangel an politischer Einheit der deutschen Bundesstaaten erschwerte den Verkehr im Inlande und machte den Weltverkehr diplomatisch und militärisch schutzlos. Die technische, wirtschaftliche und politische Entwicklung forderte demnach gebieterisch die Einigung Deutschlands und eine andere freiheitlicher gestaltete Gewerbeordnung.

Die deutsche Intelligenz und das kapitalkräftige Bürgertum organisierten zur Erreichung dieser Ziele eine politische Bewegung, die grundsätzlich auf dem durch Adam Smith propagierten liberalen Wirtschafts- und Staatssystem fußte. Träger dieser Bewegung war die altliberale Partei, welche schon vor dem Jahre 1850 die Verfassung in den einzelnen Bundesstaaten durchgesetzt hatte und der von ihren Anhängern im Jahre 1859 gegründete „Nationalverein". In der gleichen Richtung arbeitete speziell in Preußen die durch den

preußischen Verfassungskonflikt der sechziger Jahre groß gewordene regierungsfeindliche Fortschrittspartei. Die liberalen Parteien bedurften, um mit ihren Forderungen durchzudringen, der Unterstützung der Arbeitermassen. Zu diesem Zwecke wurden auch arbeiterfreundliche Forderungen in das Programm dieser Parteien aufgenommen, vor allem die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für das Parlament des neu zu gründenden deutschen Reiches und freies Koalitionsrecht. Außerdem wurden von liberaler Seite Arbeiterorganisationen, sogenannte Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine gegründet. Sogar eine Arbeiterzeitung im Sinne der liberalen Parteien wurde herausgegeben. Wie Pilze schossen zu Anfang der sechziger Jahre diese Arbeiterbildungsvereine empor, besonders in Süd- und Mitteldeutschland. Die Gründung von Konsumvereinen durch Schulze-Delitzsch diente nebenher denselben Zwecken. Aber in Berlin und Leipzig war die Erinnerung an die Bestrebungen des Jahres 1848 noch wach. Die Berliner Arbeiterbildungsvereine kamen zu Bezirkstagen zusammen und beschlossen im Jahre 1862 die Einsetzung eines Arbeiterkomitees, das die Einberufung eines Arbeiter-Kongresses nach Leipzig für Januar 1863 vorbereiten sollte. Die Führer der Fortschrittspartei und des Nationalvereins zeigten wenig Entgegenkommen gegenüber derartigen Plänen. Sie widerstrebten einer politischen Sonder-Organisation der Arbeiter, wollten auf der andern Seite aber auch nicht volle Gleichberechtigung für die Arbeiter im politischen Leben und in ihren Reihen aufkommen lassen. Der Nationalverein lehnte beispielsweise den von den Arbeitern gestellten Antrag, den Jahresbeitrag auch in Monatsraten zu erheben, damit die Arbeiter leichter Mitglied werden könnten, ab. Das Komitee wandte sich infolgedessen an Ferdinand Lassalle, der schon im Jahre 1846 mit Karl Marx an der „Neuen Rheinischen Zeitung" in Köln tätig gewesen war und sich durch mehrere radikale Reden und Schriften gegen die konservative Regierung hervorgetan hatte. Lassalles „Offenes Antwortschreiben" vom 1. März 1863 erörterte die soziale Lage der Arbeiter und Mittel zur Besserung. Lassalle vertrat in diesem Antwortschreiben das bekannte eherne Lohngesetz, er lehnte zur Beseitigung desselben die Selbsthilfe nach dem Programm der Fortschrittspartei ab und forderte für die zu errichtenden Produktivgenossenschaften der Arbeiter Staatskredit. Zur Durchführung dieser Forderung empfahl er die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter und deshalb die Absage der Arbeiter an die liberale Fortschrittspartei. Das Schreiben wurde die Veranlassung zur Gründung des sozialdemokratischen, Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Mai 1863). Organ der lassalleanischen Gruppe wurde „Der Sozialdemokrat".

Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein stellte zwar die erste Organisation der sozialdemokratischen Partei dar, er war aber eine

spezifisch deutsche nationale Gründung. Die meisten Anhänger zählte Lassalle in Norddeutschland, in Preußen. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein lehnte es ab, in die internationale sozialistische (kommunistische) Bewegung aufzugehen. Daher geriet er in Konflikte mit den Anhängern der letztern. In Schlesien, Sachsen und am Rhein bestanden einige kleine Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation. Ein alter Achtundvierziger, Philipp Becker, gab von der Schweiz aus ein Organ für die deutsche Sektionsgruppe der Internationalen, „den Vorboten", heraus. Infolge einiger Kongresse der Internationalen Arbeiterassoziation 1866—1868 in der Schweiz und in Belgien, die sich unter anderem mit der Frage der Streiks und der gewerkschaftlichen Organisation befaßten, vermehrten sich die Anhänger der Internationalen auch in Deutschland, vor allem in Süd- und Mitteldeutschland.

Auch die von der Fortschrittspartei geleiteten Bildungsvereine hatten sich zu einem Verbande zusammengeschlossen und hielten von 1863—1867 vier Vereinstage ab. Auf dem vierten, zu Gera, im Jahre 1867 wurde ein Vorort bestimmt, ein geschäftsführender Ausschuß eingesetzt und August Bebel zum Vorsitzenden dieses Ausschusses gewählt. Letzterer wurde von Liebknecht für die internationale Sozialdemokratie gewonnen, und auf sein Betreiben trennten sich auf dem fünften Vereinstage zu Nürnberg im Jahre 1868 37 Vereine mit etwa 6000 Mitgliedern von dem der Fortschrittspartei angeschlossenen Verbande deutscher Arbeitervereine. Die Anhänger Bebels gaben sich darauf im Jahre 1869 zu Eisenach ihr Programm auf der Grundlage der Internationalen Arbeiterassoziation*) und konstruierten sich als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (Eisenacher), im Gegensatz zu Lassalle und seinem Anhang, die man als „Bismärcker" verspottete und befeindete. Organ dieser Gruppe wurde „Der Volksstaat".

Sonach waren die Arbeiter in der Hauptsache, soweit sie überhaupt sich um das soziale und politische Leben bekümmerten, am Ende der sechziger Jahre in drei politische Lager geschieden. Die großen Massen gingen noch mit der Fortschrittspartei. Die zweite Richtung, der sozial-

*) Die Internationale Arbeiterassoziation wurde auf Grund vorausgegangener sozialistischer und kommunistischer Organisationsbestrebungen, auch in Anknüpfung an politische und soziale internationale Sympathiekundgebungen im Jahre 1864 zu London definitiv begründet. Der geistige Führer der Bewegung wurde Carl Marx, dessen kommunistisches Manifest vom Jahre 1848 der J. A. die Richtung gab. Auf den Kongressen zu Brüssel 1868 und zu Basel 1869 wurde die völlige Beseitigung des Privateigentums und die internationale Arbeiterverbrüderung und Arbeiterpolitik programmatisch festgelegt. In Deutschland hat die J. A. es auf 1000 unmittelbare Anhänger gebracht. Nationale Sektionen bestanden außerdem in Frankreich, England, Amerika, Spanien und Italien. Ueber diesen stand der internationale Generalrat. Dem Bunde gehörten Kommunisten, Sozialisten und Anarchisten an. Die Verschiedenheit der Anschauungen führte seine baldige Auflösung (1876) herbei.

demokratische nationale Allgemeine deutsche Arbeiterverein, zählte im Jahre 1868 in 82 Orten 7274 Mitglieder, die dritte Richtung, die Anhänger Bebels, zählten in 72 Orten 6480 Vereinsmitglieder.

3. Die lokalen Arbeiterfachvereine.

Das deutsche Gewerbe befand sich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in einem großen Gärungsprozeß. Es vollzog sich in einem Gewerbezweige nach dem andern der Uebergang von der alten zur neuen Technik, vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb. Die in den Städten errichteten Zünfte mußten nach und nach ihre Abschließungspolitik gegen das Land und seine neu erstandene, mit besseren technischen Hilfsmitteln arbeitende Industrie aufgeben. Zünfte und Zunftgesetze wurden aufgehoben und die Gewerbefreiheit nach und nach in den verschiedenen Ländern, Städten und Gewerbszweigen eingeführt. Diese Entwicklung hatte auch Folgen für die alten Organisationen der Lohnarbeiter. Die ehemaligen zünftigen Gesellenladen bildeten sich in lokale Fachvereine um, die selbständig und unabhänzig von den Meistern waren. Die freien Arbeiter außerhalb der Städte und der Zünfte hatten bereits eigene Kassen und Bruderschaften gegründet, die nach zeitweiligen Kämpfen zum Teil mit den Ueberresten der alten zünftigen Gesellenladen verschmolzen wurden. Auch völlige Neugründungen genau nach Art der englischen Gewerkvereine erstanden für einzelne Berufe, letztere speziell in den Hafenstädten. Zwar führten schon diese lokalen Fachvereine manchen Kampf um die Rechte und Interessen ihrer Mitglieder. Aber den vollen Gewerkschaftsgedanken hatten sie noch nicht erfaßt. Ihre Statuten enthalten noch viele Anklänge an die alten Bruderschaften, sie stellen manchmal das Unterstützungswesen in den Vordergrund, andere legten mehr Wert auf das Genossenschaftswesen (Konsum- und Produktivgenossenschaften); in anderen Fällen spielte die Regelung des Zuzuges zum Gewerbe eine große Rolle. Allen diesen lokalen Fachvereinen fehlte die Einsicht in die Notwendigkeit der Zentralisation und einheitlicher Machtentfaltung zugunsten der Arbeit gegenüber dem Kapital. Nur einzelne Fachvereine kamen in ihrer Ausbreitung und in ihren Tendenzen der Idee der modernen Gewerkschaft schon damals nahe. So der von Fritzsche im Jahre 1865 gegründete Tabakarbeiter-Verband, der 1866 ins Leben tretende Buchdrucker-Verband und der 1867 gegründete Allgemeine deutsche Schneiderverein. Im übrigen enthielten die lokalen Fachvereine alle sehr gesunde Keime für eine den Forderungen der Neuzeit entsprechende Gewerkschaftsbewegung. Leider wurden diese Keime nicht im Rahmen des Wirtschaftslebens entwickelt, sondern fielen dem politischen Wirrwarr in Deutschland zum Opfer.

Ziehen wir aus dem Gesagten unsere Schlüsse zur richtigen Beurteilung der sich im Anschluß an die hier geschilderte Lage bald darauf entwickelnden deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ehe noch das deutsche Gewerbe für gewerkschaftliche Organisationen reif war, hatte die Sozialdemokratie als parteipolitische Bewegung sich bereits der Arbeiter

HANDELS-
HOCHSCHULE
NÜRNBERG

bemächtigt. Der bürgerlichen Intelligenz, welche sich der Arbeiterbewegung annahm, schwebten ebenfalls politische Ziele vor. Auf politischem Gebiete fanden sich damals tüchtige Führer und geschickte Organisatoren und Agitatoren, weniger auf gewerkschaftlichem Gebiete. Kein Wunder also, daß die aus dem Zwang der wirtschaftlichen Entwicklung heraus geborene deutsche Gewerkschaftsbewegung sofort bei ihrer ersten Entstehung in das politische Fahrwasser gelenkt wurde. Dieser Uebelstand wurde dadurch noch verschlimmert, daß Deutschland sich in jener Zeit in einer Epoche politischer Gärung befand. Das deutsche Reich war noch erst im Werden, die Volksvertretungen mußten sich erst einarbeiten, das Verhältnis von Regierung und Volksvertretung zueinander war noch nicht genügend geklärt, der feste Boden für gemeinsames Arbeiten noch nicht gefunden. Es wäre wunderbar gewesen, wenn diese politischen Wirren nicht auch auf die gleichzeitig beginnende Arbeiterbewegung unheilvoll eingewirkt hätten.

Charakteristisch für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung war auch das religiöse Denken und Fühlen derjenigen Arbeiterschaft, welche zunächst die Führung in der Bewegung übernahm. Leipzig, Berlin, Hamburg, alles Städte, welche unter ihren Arbeitern schon starke freireligiöse, antikirchliche, sogar antireligiöse Strömungen zu verzeichnen hatten, empfanden zunächst die Pulsschläge des neuen wirtschaftlichen und politischen Lebens. Andere Orte, ganze Bezirke, welche heute hochindustriell sind, standen damals noch im Zeichen handwerksmäßigen Kleinbetriebes oder waren von Hausindustriellen bewohnt, die sich mehr als Handwerker, denn als Arbeiter fühlten. Für Massenbewegungen, wie die moderne Gewerkschaftsbewegung ist, war in diesen Bezirken der Boden noch nicht vorhanden. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß die freie Gewerkschaftsbewegung nicht bloß einen politischen, sozialistischen, sondern bald auch einen mehr oder minder antikirchlichen und antireligiösen Charakter annehmen konnte.

5. Kapitel.

Die Gründung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1868.

Ansätze gewerkschaftlicher Organisationen, auch einzelne wirkliche moderne Interessenvertretungen der Lohnarbeiter waren, wie wir sahen, schon vor dem Jahre 1868 vorhanden. Gleichwohl kann man dieses Jahr als das Geburtsjahr der deutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichnen; denn in diesem Jahre wurde die gewerkschaftliche Organisation in großem Stile für die Gesamtheit der Arbeiter von mehreren Seiten in die Wege geleitet. Im Jahre 1868 wurde dem Reichstage des norddeutschen Bundes der Entwurf einer neuen Gewerbeordnung vorgelegt, in dem unter anderem den gewerblichen Arbeitern das Koalitionsrecht eingeräumt wurde. Alle damals vorhandenen Parteien, die Konservativen,

die liberalen Fortschrittler, die katholischen Abgeordneten des Westens, traten für die Gewährung des Koalitionsrechtes ein. Seine Annahme stand außer Zweifel und erfolgte auch wirklich im Jahre 1869.

1. Die Gewerkschaftsgründungen der Lassallianer.

Infolge der beschriebenen rechtlichen Aenderung war ein Aufschwung der bereits vorhandenen lokalen Fachvereine zu erwarten und die Führer der politischen Bewegung, sowohl im Lager der Sozialdemokratie wie im Lager der liberalen Fortschrittspartei, mußten mit dieser Tatsache rechnen. Der Jurist Dr. von Schweitzer, Nachfolger von Lassalle im Präsidium des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, trat deshalb auf der Generalversammlung dieses Vereins zu Hamburg, am 23. August 1868, für einen Antrag Fritzsche ein, „Berufs-Organisationen der Arbeiter in teilweiser Anlehnung an die englischen Trade-Unions" ins Leben zu rufen. Die Generalversammlung war in ihrer großen Majorität dem Antrag abgeneigt, einerseits, weil man in den Gewerkschaften und in den gewerkschaftlichen Bestrebungen ein unangebrachtes Paktieren mit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erblickte, anderseits, weil man glaubte, mit der politischen Agitation schneller zum Ziele zu gelangen. Wie wenig Bedeutung man der Gewerkschaftsbewegung beilegte, bewies der Inhalt des Generalversammlungsbeschlusses in der vorliegenden Angelegenheit:

I. „Die Generalversammlung erkennt in den englischen Trade-Unions langjährige und treue Vorkämpfer der Arbeitersache, welche auf Grund einer starken Organisation die sozialistische Erkenntnis verbreiten, daß die Rechte der Arbeit gegen die Uebergriffe des Kapitals mit allen Kräften, insbesondere durch die Vertretung der Arbeiter in den gesetzgebenden Gewalten, zu erstreben und zu suchen sind.

II. Die Streiks sind kein Mittel, die Grundlage der heutigen Produktion zu ändern und somit die Lage der Arbeiterklasse durchgreifend zu verbessern, allein sie sind ein Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, die Bevormundung zu durchbrechen und unter Voraussetzung richtiger Organisation einzelne soziale Mißstände drückender Art . . . . . aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen."

Diese Stellungnahme entsprach ganz und gar der herrschenden Meinung der sozialdemokratischen Politiker über Streiks und Gewerkschaften. Sie sahen in diesen nur ein „geschichtlich notwendiges Uebergangsstadium zur vollen Herrschaft der sozialistischen oder kommunistischen Bewegung." (Bringmann Bd. I S. 115.) Auf die Frage: „Haben die Arbeiter durch die Arbeitsniederlegung in der Regel Vorteil?", antwortete der Sozialdemokrat, das Organ des Lassalleanischen Arbeitervereins mit „nein" und begründete das folgendermaßen:

„Wenn zur Erhöhung des Arbeitslohnes eine Arbeitseinstellung unternommen wird, so ist 1. meistens der Sieg vollständig auf Seiten des Kapitals, da dieses länger ausdauern kann; 2. selbst wenn die Arbeiter gesiegt haben, wird in vielen Fällen die kleine Lohnerhöhung durch die gebrachten Opfer überwogen werden; und endlich 3. jede also errungene Lohnerhöhung ist immer eine unsichere, die jeden Augenblick durch ungünstige Verhältnisse rück-

gängig gemacht werden kann. Für den „Sozialdemokrat" stand die Frage so: „Da Streiks da sind und unfehlbar auch fürder kommen werden, sollen wir die Organisation derselben andern überlassen, oder dieselbe in die Hand nehmen?" Er entschied sich für letzteres in der Hoffnung, dadurch das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern und sie für die Sozialdemokratie zu erziehen. „Das Hauptbestreben der Arbeiter" sollte immer „die Verwirklichung des sozialdemokratischen Prinzips" sein. (Vergleiche Bringmann, I Seite 119—122, 318.)

Diese Stellungnahme der Generalversammlung brachte von Schweitzer nicht von seinem Vorhaben ab. Was die Generalversammlung ablehnte, unternahm er nunmehr mit Fritzsche auf seinen Kopf. Beide erließen einen Aufruf an die Arbeiter- und Arbeiterfachvereine zur Beschickung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses in Berlin, der sich mit der Gewerkschaftsfrage befassen sollte. Als Ziel des Kongresses bezeichnete der Aufruf: „Die umfassende frei begründete Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands durch und in sich selbst zum Zwecke gemeinsamen Fortschreitens der Arbeitseinstellungen." Der Kongreß sollte am 26. Sept. 1868 zusammentreten. Ebenso wie das Vorgehen des Arbeiterkomitees im Jahre 1863, fand auch dieses Vorgehen nicht den Beifall der Fortschrittspartei. Auf dieser Seite wollte man keine ausgesprochene Interessen-Vertretung der Arbeit gegenüber dem Kapital und glaubte, soweit man überhaupt sozialpolitisch dachte, schon damals an die Möglichkeit allgemeiner friedlicher Verständigung zwischen Kapital und Arbeit auf dem Boden des freien Arbeitsvertrages. Zwar waren die sozialgesinnten Führer der Fortschrittspartei einer gewerkschaftlichen Organisation nicht abgeneigt, hatten eine solche vielleicht schon eher als die Sozialdemokratie angestrebt. Einer derselben, Dr. Max Hirsch, hatte bei Gelegenheit von Studien, die er in England über das dortige Genossenschaftswesen machte, die englischen Gewerkvereine kennen gelernt und sich insbesondere für ihr Unterstützungs- und Schiedsgerichtswesen interessiert. Dr. Hirsch versuchte nunmehr hauptsächlich in der Richtung des Unterstützungswesens auch in Deutschland Gewerkschaften nach englischem Muster einzurichten. Schon vor der Tagung des oben erwähnten Arbeiterkongresses trat Dr. Hirsch in dem der Fortschrittspartei ergebenen Verein der Berliner Maschinenbauer auf und nahm gegen die Pläne von Schweitzers Stellung, insbesondere betonte er, daß das Eingreifen einer Partei, welche die Selbsthilfe verwirft, die Bewegung notwendig von vornherein vergiften müsse, und daß die englischen Gewerkvereine ganz andere Zwecke verfolgten, als Fritzsche und von Schweitzer die Arbeiter glauben machten. Warum die letztgenannten trotzdem ihre Sache nicht fallen ließen, ist, so führte Dr. Hirsch in der Berliner Volkszeitung aus, Einsichtigen leicht erklärlich.

„Der allgemeine deutsche Arbeiterverein" — von Lassalle begründet mit der ausgesprochenen Absicht, die gesamte deutsche Arbeiterschaft, Hunderttausende, ja Millionen zu umfassen — ist kläglich gescheitert. Unter den unfähigen Nachfolgern Lassalles zerrissen, mißbraucht und seinen ursprünglichen Ideen entfremdet, hat der Verein es nur auf wenige tausend Mit-

glieder in ganz Deutschland gebracht und die kürzlich erfolgte polizeiliche Auflösung — die wir selbstverständlich beklagen und mißbilligen — dürfte den Führern selbst nicht unwillkommen gewesen sein. Der allgemeine deutsche Arbeiterverein und das angebetete allgemeine Wahlrecht als Agitationsmittel hatten sich überlebt — den Führern mußte zur Erhaltung ihres Einflusses alles daran liegen, sich einen neuen Wirkungskreis zu eröffnen. Das Mittel fand sich, wenn auch mit Hintansetzung aller Prinzipien in den Gewerkvereinen. In den sozialistisch verbitterten und cäsaristisch organisierten und zentralisierten Gewerkvereinen soll der allgemeine deutsche Arbeiterverein mit hundertfacher Anzahl und Stärke auferstehen, die Herren von Schweitzer und Fritzsche natürlich an der Spitze!" (Mitgeteilt bei Bringmann I 334.)

Mit andern Freunden, unter anderen mit Schulze-Delitzsch und dem Verleger der „Berliner Volkszeitung" Franz Duncker, sowie mit seinem Anhang aus dem Maschinenbauerverein besuchte Dr. Hirsch den durch von Schweitzer einberufenen Kongreß, um dort für seine Ideen Stimmung zu machen. Der Kongreß war gut beschickt. 206 Delegierte aus 110 Orten waren anwesend, welche angeblich 142 000 Arbeiter vertraten. Das Präsidium führte von Schweitzer. Gleich zu Beginn des Kongresses machten die Anhänger der Fortschrittspartei Opposition, drangen aber damit nicht durch und mußten den Kongreß verlassen. Das Programm von Schweitzers wurde nunmehr zum Beschluß erhoben. Es wurde die Bildung von sogenannten Arbeiterschaften nach Berufsgruppen vorgesehen. Diese Arbeiterschaften sollten sich als zentrale Verbände über ganz Deutschland erstrecken. Ihre Vorstände sollten Delegierte nach Berlin zu einem sogenannten Gewerkschaftsbund entsenden, an dessen Spitze ein dreiköpfiges Präsidium treten sollte, das mit der Leitung des allgemeinen Arbeitervereins in Personalunion sich befand.

Es konstituierten sich sofort die Gewerkschaften der Berg- und Hüttenarbeiter, Metallarbeiter, Färber, Weber, Schuhmacher, Bäcker, Schneider, Holzarbeiter, Maurer und Zimmerer. Nicht einfügen in die Organisation wollte sich der bestehende Buchdruckerverband, weshalb sich seine Mitglieder den Schimpfnamen „Aristokraten" zuzogen.

2. Die Gründung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Die Anhänger der Fortschrittspartei unter Führung des Herrn Dr. Max Hirsch gingen nunmehr auf einer Berliner Arbeiterversammlung am 28. September 1868 mit einer Gegengründung vor. Auf dieser Versammlung wurde die Parole ausgegeben: „Wiederherstellung des von Schweitzer vollständig verzerrten Systems der englischen Berufsorganisation in seiner Reinheit, Ersatz der auf cäsaristischer (diktatorischer) Grundlage in der ausschließlichen Absicht der Erweckung und Schürung des Klassenkampfes errichteten Schweitzerschen Gewerkschaften durch Gewerkvereine, welche die Harmonie der Interessen des Kapitals und der Arbeit in den Vordergrund stellen und zu allmählicher friedlicher Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter führen sollten." (Schmöle I 11—12.) Die von Dr. Hirsch vorgelegten Grundzüge zur Konstituierung von Gewerkvereinen wurden angenommen und eine

Kommission mit Dr. Hirsch an der Spitze mit der Ausarbeitung eines Musterstatuts betraut. Die Grundlage der Organisation sollten lokale Ortsvereine bilden. Die lokalen Ortsvereine sollten in nationale Gewerkvereine zusammengefaßt werden. An die Spitze eines jeden Gewerkvereins wurde ein auf der alle drei bis fünf Jahre tagenden Generalversammlung zu wählender Generalrat gestellt. Die sämtlichen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wurden 1869 zu einem Verbande der deutschen Gewerkvereine H.-D. vereinigt. An die Spitze dieses Verbandes trat der sogenannte Zentralrat, dessen Anwalt Dr. Max Hirsch wurde. Als Organ des Verbandes erschien in Berlin der „Gewerkverein". Die Seele des Verbandes war und blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1905 Dr. Hirsch.

3. Die Gewerksgenossenschaften im Anschluß an die Internationale sozialistische Arbeiterassoziation.

Auch die süd- und mitteldeutschen der Internationalen angeschlossenen Sozialdemokraten waren angesichts der Tätigkeit von Schweitzers und Dr. Hirschs nicht müßig geblieben. Auf dem Vereinstage zu Nürnberg, auf dem sie sich von der Fortschrittspartei und ihren Bildungsvereinen trennten, sprachen sie sich gleichzeitig für die Gründung von Gewerkschaften aus. Im Verfolg dieses Beschlusses arbeitete das deutsche Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterassoziation eine Denkschrift über die Gestaltung von Gewerkschaftsorganisationen aus. In der höchst unklaren Denkschrift hieß es unter anderm:

„Die Gewerkschaften, die Grundbestandteile der Parteiorganisation bildend, (!) haben stetsfort, indem sie sich mit ihren Fachgenossen aller Länder über ihre speziellen Berufsinteressen verständigen, besondere Zentralsitze gründen, eine internationale Tendenz zu befolgen, dabei jedoch stets ihre Bestrebungen mit den Zwecken der allgemeinen internationalen Regenerationspartei in Uebereinstimmung zu bringen." (Bringmann I 361.)

Diese Denkschrift wurde dem konstituierenden Kongresse der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Eisenach, 7.—9. August 1869, unterbreitet. Derselbe sprach sich für die Gründung von „Gewerksgenossenschaften auf internationaler Grundlage" aus. Die lokalen Gewerksgenossenschaften und die der Internationalen angeschlossenen politischen Arbeitervereine wurden in ein Kartellverhältnis zueinander gebracht. Organ dieser Gewerkschaften wurde das sozialdemokratische Parteiblatt dieser Gruppe „Der Volksstaat". Man sprach sich in Eisenach zwar für eine Einigung der deutschen Gewerkschaften aus, verlangte aber, daß die Lassalleanische Gruppe sich vorher von dem Präsidium von Schweitzers lossage.

So war denn die deutsche Gewerkschaftsbewegung gleich bei ihrer Entstehung in drei Richtungen gespalten, die alle von der Politik ungünstig beeinflußt wurden; in den beiden sozialdemokratischen Richtungen spielte die Politik sogar die Hauptrolle zum Schaden der gewerkschaftlichen Interessen.

6. Kapitel.

Das erste Jahrzehnt deutscher Gewerkschaftsbewegung bis zum Erlaß des Sozialisten-Gesetzes (1868—1878).

1. Die Entwicklung der von Schweitzerschen Arbeiterschaften bis zum Jahre 1875.

Die auf dem Berliner Arbeiterkongreß gegründeten Arbeiterschaften standen vorläufig nur auf dem Papier. Sie waren von oben herab dekretiert, nicht von unten herauf aufgebaut worden. Der Berliner Kongreß sollte auch nur ein Provisorium schaffen. In der Folgezeit wollte man mit dem Ausbau der Arbeiterschaften vorgehen und dann sollte auf einer Generalversammlung in Kassel im Jahre 1869 die Konsolidierung erfolgen. Statt dessen kam es aber zu einer Krisis in dem Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbande. In dem „Sozialdemokrat" wurde von Parteileuten, die Gegner der Gewerkschaftsbewegung waren, gegen die Arbeiterschaften und von Schweitzer polemisiert. Nach dem Tode Lassalles hatten sich einzelne Absplitterungen vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein vollzogen. Darunter eine der gewerkschaftlichen Selbsthilfe durchaus feindliche Richtung. Mit dieser wollte von Schweitzer sich wieder einigen. Auch damit weckte er Gegnerschaften und neue Zwistigkeiten. In kleinlicher und gehässiger Form wurden persönliche Streitigkeiten ausgetragen, welche in dem Organ der Eisenacher der Oeffentlichkeit unterbreitet wurden. Frühere Anhänger der Arbeiterschaften gingen deshalb zu den Eisenachern über. Infolgedessen versuchte von Schweitzer auf einer Generalversammlung der Arbeiterschaften zu Berlin im Januar 1870 eine straffere Organisaion und eine engere Verbindung der Arbeiterschaften herbeizuführen. Er beantragte die sofortige Verschmelzung der Arbeiterschaften zu einem „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverband", dessen Vorstand wiederum in Personalunion mit dem Vorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins verbunden sein sollte. Trotzdem nur 13000 Stimmen für diesen Antrag und 9000 dagegen abgegeben wurden, hielt man an dem Plane fest und verfaßte ein diesbezügliches Statut. (Siehe Bringmann I 366.) Viele Führer der Arbeiterschaften erklärten sich gegen den Beschluß und entfalteten eine eifrige Agitation für Gründung selbständiger Gewerkschaften. Der dadurch hervorgerufene Riß innerhalb mancher Lassalleanischer Gewerkschaften kam natürlich den Anhängern der internationalen Gewerksgenossenschaften zugute. Es gab heftige Auseinandersetzungen innerhalb derselben Berufe und derselben Städte. In den sozialdemokratischen Zeitungen der verschiedenen Richtungen wurden zum Teil recht persönliche Kämpfe geführt und in den Versammlungen standen sich Sozialdemokraten der einen und der andern Richtung scharf gegenüber. Die Zerfahrenheit wurde so groß, daß auf der im Mai 1872 tagenden Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiterunterstützungsverbandes in Berlin nur

8337 Mitglieder durch 18 Delegierte vertreten waren. Trotzdem war das gewerkschaftliche Streben nicht erloschen. Hier und da fanden sogar wieder neue Anschlüsse an den Allgemeinen deutschen Arbeiterunterstützungsverband statt, die Streiks drängten zu diesem Anschluß. Das teilweise Wiederaufleben der Bewegung veranlaßte die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wiederum den Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Bewegung zu betonen. Die Generalversammlung des genannten Vereins vom Jahre 1873 beschloß in diesem Sinne:

„Die deutsche Korporativbewegung findet ihren Halt ganz allein durch die Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, und es ist deshalb Pflicht der Korporativvereine und ihrer Vorstände, zu veranlassen, daß die Mitglieder derselben auch Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins werden . . . ."

Man gestand zwar den Gewerkschaften zu, daß sie eine „momentane Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes durch Verkürzung der Arbeitszeit und Aufbesserung der Löhne erreichten." Diese Verbesserung sei jedoch nur möglich durch eine gute Zentralisation sämtlicher Gewerkschaften, die ihren Stützpunkt finden sollte in der Herstellung einer alle Gewerkschaften umfassenden *Zentralkasse*. Als solche wurde durch die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die bereits bestehende Hauptkasse des Allgemeinen Unterstützungsverbandes empfohlen. Dieser sollten sich die Gewerkschaften durch Zahlung bestimmter Beiträge (10 Pfg. pro Kopf und *pro Monat*) anschließen. Dafür sollten sie das Recht auf Unterstützung bei Arbeitseinstellungen erlangen: Anspruch auf Reise- oder andere Unterstützungsgelder sollten nur diejenigen Gewerkschaften haben, die in den Allgemeinen Arbeiterunterstützungsverband aufgegangen waren, und *allwöchentlich* 10 Pfg. in die Hauptkasse bezahlten. Unter diesen Bedingungen hoffte man, den Beitritt jeder Gewerkschaft möglich gemacht zu haben. Schon war auch ein spezielles Gewerkschaftsorgan, „*Der Pionier*, Organ der sozialistischen Gewerkschaften", ins Leben gerufen, dessen erste Nummer am 1. August 1874 erschien, als infolge der feindlichen Haltung der Berliner Polizei der Unterstützungsverband aufgelöst werden mußte.

2. Die Internationalen Gewerksgenossenschaften bis zum Jahre 1875.

Die der Internationalen angegliederten *Gewerksgenossenschaften* waren *parteipolitische Konkurrenzgründungen* gegen die Bestrebungen der Lassalleaner auf dem gleichen Gebiet. Ernstgemeinte Zuneigung zur Gewerkschaftsbewegung gab's in den Reihen der Eisenacher und in der Redaktion des „Volksstaat" noch weniger als bei den Lassalleanern und in den Spalten des „Sozialdemokrat". Die Bezeichnung „Genossenschaften" war im Grunde genommen eine Irreführung der Arbeiter. Manche verbanden damit die Idee, als erstrebe die Gewerksgenossenschaft analog dem lassalleanischen Programm die Errichtung von Produktivgenossenschaften. Auf der andern Seite war

der lokale Aufbau der Gewerksgenossenschaft an und für sich für das Anfangsstadium gesunder als die vorzeitige und übertriebene von Schweitzersche Zentralisation. Trotzdem kamen aber auch die Gewerksgenossenschaften auf keinen grünen Zweig. Sie litten grade wie die Lassalleanischen Gründungen unter den Kinderkrankheiten der Bewegung: die Kassen reichten nicht hin, um die Unterstützungsansprüche zu befriedigen, leichtfertige Streiks wurden unternommen ohne die nötigen Mittel, die lokale Zersplitterung hatte sowohl für die Kassenverwaltung wie für die Streiks naturgemäß auch ihre Schattenseiten.

Es fehlte vor allem aber an der energischen, zielbewußten Förderung einer selbständigen Gewerkschafts-Idee und -Bewegung. Auf dem Kongreß der (Eisenacher) sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart 1870 sprach sich der Schreiner York — der beste Gewerkschaftler unter den Eisenachern — in einem Referat über die Gewerksgenossenschaften wie folgt aus:

„Im Kampfe werden sie die Kraftlosigkeit ihrer Bestrebungen einsehen; indem sie kämpfen, werden sie in vollen Zügen das „Gift" der Sozialdemokratie einsaugen und dann wird der Ruf gehört und befolgt werden: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!"

In der Diskussion mußte York die Arbeitseinstellungen in Schutz nehmen und verteidigte sie „als eine vortreffliche Lehrschule des Arbeiters im Sozialismus". Kein Wunder, daß die ganz Radikalen im „Volksstaat" der Gewerksgenossenschaften gradezu spotteten: „Einen Wert haben diese Koalitionen für die mit Recht rein politischen Bestrebungen der heutigen Sozialdemokratie nur, insofern sie den indifferenten Arbeitermassen den Begriff der Zusammengehörigkeit vermitteln, soweit sie den Arbeiterstand auf dem Niveau seiner Lebenshaltung festhalten und schließlich durch die Unaufhörlichkeit ihres Kampfes und die Geringfügigkeit seiner Erfolge die eigene Unfähigkeit nachweisen." (Bringmann s. 188.)

Trotz all dieser Fehler lebte die Idee der gewerkschaftlichen Organisation doch weiter. York war es, der ihr noch für damalige Verhältnisse möglichst gerecht zu werden suchte. Die ersten Mißerfolge im Kassenwesen und in den Lohn- und Arbeitskämpfen legten ebenso wie bei den Lassalleanern ebenso auch wie bei den englischen Gewerkschaften den Gedanken der Gründung *größerer, einheitlicher Kassen* nahe. Anstatt den lokalen Unterbau zu stärken, erst die nötigen Fonds zu sammeln, höhere Beiträge, Karenzzeiten u. s. f. einzuführen, versuchte man es mit einer verfrühten und zu weit gehenden Zentralisation. Diesen Ideengängen verfielen auch die Eisenacher, so sehr sie auch über den „*Gewerkschaftsbrei*" der Lassalleaner in ihren Kundgebungen bisher gespottet haben mochten. York befürwortete eine „*Gewerkschafts-Union*" und ein *eigenes, selbständiges Gewerkschaftsorgan*, unabhängig vom „Volksstaat". Mit ersterem Vorschlag drang er trotz wiederholter Versuche nicht durch; ebensowenig mit dem zweiten. Bebel agitierte dagegen, und alles, was erreicht wurde, war eine von Bebel vorgeschlagene besondere Beilage zum „Volksstaat". Es läßt sich nicht ver-

kennen: die Gründungen der Lassalleaner haben in den ersten Jahren der deutschen Gewerkschaftsbewegung mehr Leben entwickelt, als die gewerkschaftlichen Gründungen der Eisenacher.

3. Die Einigung der Lassalleanischen Arbeiterschaften mit der Eisenacher Richtung (1875).

Die Kämpfe innerhalb der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften boten ein betrübendes Bild ganz besonders an denjenigen Orten, wo beide Richtungen vertreten waren. Gegenseitig sprengte man die Versammlungen und unterdrückte die freie Meinungsäußerung der Gegner; in den beiden Organen riß eine Partei die andere herunter. Wenn hier und da Lohnbewegungen und Streiks die feindlichen Brüder vorübergehend zusammenbrachten, so dauerte der Friede der kombinierten Versammlungen in der Regel nicht lange; irgend ein heißblütiger Redner zerstörte ihn oft noch während des gemeinsamen Lohnkampfes. So konnte es auf die Dauer nicht weiter gehen. Die Bewegung ging eher zurück wie vorwärts. Die erhofften Produktivgenossenschaften entstanden nicht. Wo die Kleinmeister in Verbindung mit den Arbeitern gegen das zum großen Teil jüdische Unternehmertum genossenschaftliche Gründungen versuchten, scheiterten diese Bestrebungen an der Teilnahmslosigkeit der größeren kapitalkräftigen Meister; der erwünschte Staatskredit zur Gründung von Produktivgenossenschaften blieb natürlich erst recht aus, mit Anträgen an den Staat, die französischen Milliarden zum Teil den Arbeitern zur Gründung von Produktivgenossenschaften zu überweisen, machte man sich lächerlich; viele Arbeiter erkannten selbst die Aussichtslosigkeit derartiger Bestrebungen. Die letztgenannten Umstände waren den Lassalleanern, die sich in den Wahn hineingelebt hatten, auf Grund ihres Programms sei im Handumdrehen Rettung zu schaffen, am ungünstigsten und trugen neben anderen zum Teil oben erwähnten Umständen zu deren Schwächung wesentlich bei. Diese Entwicklung der Dinge machte zu einer Einigung geneigt. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Gotha 1875 wurde diese Einigung sowohl zwischen den politischen wie zwischen den gewerkschaftlichen Gruppen tatsächlich herbeigeführt. Nachdem die Vorstände der beiden Gewerksschaftsrichtungen im Frühjahr 1875 eine Vorbesprechung in dieser Sache gehalten, wurde folgender Aufruf erlassen:

Die Unterzeichneten fordern die Vorstände zur Teilnahme an der am 28. Mai 1875 in Gotha (im Anschluß an den sozialdemokratischen Parteitag d. V.) stattfindenden Gewerkschaftskonferenz auf . . . Die Delegierten müssen jedoch schon am 27. Mai, abends in Gotha eintreffen, woselbst sie von den dortigen Parteigenossen — erkenntlich an roten Schleifen — empfangen werden.

Die Konferenz hat den Zweck, für die deutsche Gewerkschaftsbewegung allgemeine Organisations- und Zentralisationssatzungen . . . . aufzustellen, durch welche eine Einigung der einer Berufsklasse angehörenden, aber augenblicklich in zwei Organisationen geteilten Arbeiter ermöglicht werden kann. Auch soll die Konferenz sich mit der Ausarbeitung einer Kongreßvorlage beschäftigen, durch welche eine Zentralverbindung sämtlicher Gewerkschaften . . .

hergestellt werden kann, und soll die Zeit festsetzen, in welcher dieser Kongreß stattfinden soll ....

Mit sozialdemokratischem Gruß N. N. N. N.

Die gut beschickte Konferenz beschloß auf Antrag Fritzsche und Tölcke:

„Sofern in einem Geschäftszweige mehrere gewerkschaftliche Organisationen, lokale Fachvereine usw. bestehen, ist es Pflicht derselben, sich zu einigen resp. der etwa bestehenden zentralisierten Organisation ihres Gewerks sich anzuschließen. Zu diesem Zwecke empfiehlt die Konferenz den Gewerkschaften, bei welchen verschiedene Organisationen bestehen, baldmöglichst einen gemeinsamen Spezialkongreß behufs der Vereinigung einzuberufen, soweit solches nicht schon geschehen ist."

Für die Vorbereitung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses wurde eine Kommission von 5 Mitgliedern mit dem Sitze in Berlin eingesetzt. Das Unterstützungswesen wurde weniger als Gewerkschaftsaufgabe empfohlen, vielmehr der Hauptwert auf die Sammlung von Streikfonds gelegt.

Ueber den Vorschlag, ein einheitliches gewerkschaftliches Organ für alle Verbände zu schaffen, konnte man sich nicht einigen. Man nahm Abstand von einer derartigen Gründung, weil man damit die Gewerkschaftler, welche schon ein eignes Fachorgan besaßen, verletzt haben würde.

Bemerkenswert ist die Stellungnahme des Kongresses zur sozialdemokratischen Partei. Diesbezüglich wurde beschlossen:

„Obgleich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht vermögend sind, die Lage der Arbeiter durchgreifend und auf die Dauer zu verbessern, so sind sie doch immerhin geeignet, die materielle Lage derselben zeitweise zu heben, die Bildung zu fördern und sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen ...."

„Die Konferenz erklärt: Es ist Pflicht der Gewerkschaftsgenossen, aus den Gewerkschaftsorganisationen die Politik ferne zu halten, dagegen sich der „sozialistischen Arbeiterpartei" Deutschlands anzuschließen, weil nur diese die politische und wirtschaftliche Stellung der Arbeiter in vollem Maße zu einer menschenwürdigen zu machen vermag."

Diese Beschlüsse waren von weittragender Bedeutung. Die einzelne Gewerkschaft wurde nunmehr zum Träger der Fortentwicklung gemacht. Innerhalb desselben Berufes wurde die Zentralisation als das prinzipiell richtige anerkannt; freilich war bis zur Durchführung dieses Grundsatzes noch ein weiter Weg. Daneben wurde auch eine gewisse Einheitlichkeit in der Bewegung erstrebt, die richtige Formel dafür allerdings noch nicht gefunden. Endlich wurde der organisatorische Aufbau der Gewerkschaft formell von der sozialdemokratischen Parteiorganisation geschieden. Daß es sich nur um eine formelle und nicht um eine tatsächliche und völlige Verselbständigung gehandelt hat, zeigen obige Beschlüsse deutlich. Nach wie vor wurden die Gewerkschaften als Rekrutenschulen für die sozialdemokratische Partei angesehen und behandelt. Wie man auch über die neben der Partei bestehende Gewerkschaft dachte, ist am treffendsten von Fritzsche, freilich schon in den sechziger Jahren, im „Botschafter", dem Organ des Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeitervereins, ausgesprochen worden:

„Die Organisation der Arbeiter eines jeden Geschäftszweiges für sich ist ein Bedingnis für die Gründung und Haltung des künftigen sozialdemokratischen Staates. Die Sozialdemokratie erstrebt die Organisation der Arbeiter; eine solche Organisation ist nur möglich, wenn sich die Gesellschaft nach den Produktionszweigen gliedert, um die für jedes notwendige Produkt verfügbaren Kräfte abschätzen und je nach Bedürfnis der Gesamtheit vermehren oder vermindern zu können und mit möglichster Ersparnis von Zeit und Arbeitsinstrumenten produzieren zu können . . . Die Ausbildung und Schulung der Glieder der einzelnen Geschäftszweige schon innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Ordnung ist eine Notwendigkeit, sie ist eine Lebensfrage für den zukünftigen Staat. Unsere korporative Vereinigung ist die Schule für unsere Korporation (Zukunftsstaat! d. V.) in dieser Hinsicht, mithin hat sie ihre volle Berechtigung neben der politischen Organisation der Arbeiter, wenn sie zumal, wie dies bei uns der Fall ist, diese politische Organisation nicht behindert, vielmehr indirekt fördert." (Klüß „Die älteste deutsche Gewerkschaft" S. 8 f.)

Diese Einigungsbestrebungen verschafften der Gewerkschaftsbewegung, welche zu Beginn der siebziger Jahre, teils infolge der oben beschriebenen Wirren im eigenen Lager, teils auch infolge äußerer Umstände: Krieg, Hochkonjunktur der Gründerjahre, Mangel an Einsicht unter den Arbeitermassen, zurückgegangen war, wieder neuen Aufschwung. 1877 bestanden in Deutschland 30 zentralisierte Gewerkschaften mit 49 055 Mitgliedern und 15 Fachorganen. Alle gewährten Streikgelder, die meisten auch Reiseunterstützung, ein bezeichnendes Ueberbleibsel der zünftigen Organisationsperiode, weniger wurde Sterbegeld oder gar Kranken- und Invalidengeld bezahlt. Der Beitritt zu einzelnen oder allen Unterstützungskassen war damals noch bei den meisten Gewerkschaften fakultativ. Neben einem Eintrittsgeld in Höhe von 10 Pfg. bis 4. M. erhob etwa die Hälfte der Verbände damals noch Monatsbeiträge von 10—60 Pfg., die andern zahlten damals schon Wochenbeiträge von 10—40 Pfg.

Die in obiger Statistik vom Jahre 1877 geführten Gewerkschaften gaben mit Ausnahme der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter, welche den „Vorwärts" zum Verbandsorgan erkoren hatten, gewerkschaftliche Fachblätter heraus, entweder speziell für ihren Beruf oder gemeinsam mit anderen Berufen. Die größte Mehrzahl der Verbände hatte ihren Sitz in Hamburg, Berlin, Leipzig oder Dresden. In den größeren Städten, wo die Gewerkschaften vornehmlich oder fast ausschließlich damals Fuß gefaßt hatten, war das religiöse Denken und Fühlen in den Arbeiterkreisen, welche infolge der wirtschaftlichen Entwicklung zunächst von der Gewerkschaftsbewegung erfaßt wurden, in jener Zeit schon geschwunden oder wenigstens im Absterben begriffen. Auf den großen Werkstätten dortselbst wurde bis Sonntag Mittag gearbeitet, häufig dann auch erst ausgelöhnt, die größeren Meister, erst recht die eigentlichen Unternehmer, bekümmerten sich um religiöse Bedürfnisse ihrer Arbeiter nicht, waren in der Mehrzahl auch selbst religiös indifferent. Bis in die Gründerjahre nach dem siebziger Krieg verdienten die Arbeiter (resp. Gesellen) überaus wenig, die Kost war schmal, man war froh, wenn man trotz langem Arbeitstag, trotz Nacht- und Sonntagsarbeit sich den notwendigsten

Unterhalt und halbwegs anständige Kleidung verschaffen konnte. Zum Verzehr blieb nicht viel übrig. Die wenigen dazu verfügbaren Groschen wurden Sonntags abends in Kneipen verzehrt, wo etwas Tingel-Tangel geboten wurde, wer eine edlere Erholung suchte, wandte 5 Sgr. auf für einen Besuch des Theaters. Zeitungen wurden nur von wenigen Arbeitern gehalten. Das Bildungsniveau stand infolgedessen in jener Zeit im Arbeiterstande noch sehr tief und unter diesem Mangel mußte auch die gewerkschaftliche Organisation leiden.

7. Kapitel

Die Gewerkschaften unter dem Sozialistengesetz (1878—1890).

1. Das Sozialistengesetz und seine nächsten Folgen für die Gewerkschaften.

Schon seit dem wirtschaftlichen Niedergang, welcher der Gründerperiode bald nach den ersten siebziger Jahren folgte, war die Polizei gegen die sozialdemokratische Partei, sowohl wie gegen die Gewerkschaften an verschiedenen Orten vorgegangen. Vor allem hatten die Streiks, welche von den regierenden Kreisen als eine Art Revolution angesehen wurden, zu diesem Vorgehen Anlaß geboten. Diese äußeren repressiven Maßnahmen wurden gekrönt durch das am 21. Oktober 1878 erlassene Sozialistengesetz. Nach dem Wortlaut dieses Gesetzes lag der Landespolizeibehörde ob, „Vereine und Verbindungen jeder Art, welche durch sozialdemokratische oder kommunistische und sozialistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, zu verbieten; desgleichen Vereine und Verbindungen, in welchen solche Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten."

Insbesondere der letzte Teil dieser Gesetzesbestimmung war eigens auf die Zertrümmerung der Gewerkschaftsbewegung zugeschnitten. Später wurde das Gesetz noch ergänzt durch den sogenannten Puttkamerschen Streikerlaß (11. April 1886). Dieser Erlaß forderte die Polizei auf, tatkräftig der Streikbewegung entgegenzutreten. Ausführliche diesbezügliche Anweisungen über Ausweisung der Führer, über die Behandlung des Preß- und Versammlungswesens wurden darin gegeben. „Im Fall eines durch Arbeitseinstellung veranlaßten Aufruhrs" sollte sogar der Belagerungszustand verhängt werden.

Somit wurde durch das Sozialistengesetz nicht bloß die sozialdemokratische Partei, sondern auch die mit ihr zusammenhängende Gewerkschaftsbewegung und überhaupt die gesamte Arbeiterbewegung schwer getroffen. In Zeit von zwei Monaten nach dem Erlaß des Gesetzes waren schon 16 Zentralverbände aufgelöst. Die Krankenkassen wurden behördlich geschlossen, die Fachblätter verboten, die Kassen mit Beschlag

belegt, manche Gewerkschaften schritten aus freien Stücken zur Auflösung, damit ihre Kassen der Konfiskation durch die Polizei entgingen. Im Jahre 1883 waren von den älteren zentralisierten Gewerkschaften nur noch vier unbedeutende vorhanden. Das ganze Gewerkschaftsleben ruhte unter den ersten Schlägen des Sozialistengesetzes. Die Polizei witterte überall Umsturzbestrebungen.

2. Das Wiederaufleben der Gewerkschaftsbewegung unter dem Sozialistengesetz.

Die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen ließen sich natürlich durch staatliche Zwangsmittel nicht dauernd unterdrücken. So sehen wir sie denn noch während der Geltung des Sozialistengesetzes wieder aufleben. An Anlässen dazu fehlte es nicht, und die bisherige gewerkschaftliche Praxis zeigte auch Mittel und Wege, um den Schlingen des Sozialistengesetzes zu entgehen. Die aufsteigende Konjunktur nach dem Jahre 1880 machte den Mangel jeglicher Organisation unter den Arbeitern unangenehm fühlbar. In der öffentlichen Meinung vollzog sich bald ein Umschwung. Man fing an, die Arbeiterbewegung auch auf bürgerlicher Seite mehr, als das bisher geschehen war, zu verstehen und zu würdigen. Selbst Fürst Bismarck, der Vater des Sozialistengesetzes, forderte die Arbeiter öffentlich auf, in Petitionen ihre Klagen vorzubringen. Das Hilfskassengesetz vom Jahre 1875 hatte den Hilfskassen einen festen Rechtsboden verschafft, und die Versicherungsgesetzgebung der achtziger Jahre ließ die freien Hilfskassen bestehen. An diese Dinge konnte die Gewerkschaftsbewegung anknüpfen, und die Führer der Sozialdemokratie benutzten diese Anknüpfungspunkte geschickt, um dadurch ihren politischen Einfluß im Volke zu erhalten und weiter auszubauen. In öffentlichen Versammlungen wurden von den Führern der Sozialdemokratie die sozialistischen Nebengedanken vorsichtig verschleiert. Der frühere Redakteur des „Volksstaat", Liebknecht, hielt beispielsweise in Chemnitz 1884 eine Rede, in der er sogar die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation im Interesse der Regierung bewies und vor dem Zusammenhang der Gewerkschaften mit den politischen Bewegungen warnte! Unter sich bezeichneten die sozialdemokratischen Parteiführer die Gewerkschaften nach wie vor als „Palliativmittel" und förderten sie im Interesse der Partei. In gleichem Verhältnis mit der Zahl der in die Gewerkschaften aufgenommenen Parteigenossen wachse — so sagte man sich — die Aussicht auf leichte Beiseiteschiebung etwa vorhandener anders denkender Führer und auf die ausschließliche Richtung der Gewerkschaften in sozialdemokratischem Sinne. Außerdem gelte es, alle Hebel in Bewegung zu setzen, wolle man der schweren Gefahr ausweichen, welche der sozialdemokratischen Sache aus dem seitens der Reichsregierung eingeschlagenen sozialpolitischen Kurse zu erwachsen drohe. (Schmöle I 94).

Ein Mittel zur Neubelebung der Fachorganisation war die Gründung von Fachblättern, welche sich äußerlich dagegen verwahrten, Politik

zu treiben, die aber verblümt doch die Bestrebungen der alten Gewerkschaftspresse verfolgten. Ein anderes Mittel boten die freien Hilfskassen, für welche man im Gegensatz zu den Zwangskassen agitierte. Die freien Hilfskassen wurden nach Berufen errichtet und schufen so neue Berufsverbände, die ähnlich wie die ursprünglichen Gewerkschaften an das Unterstützungswesen anknüpften. Auf sie paßt das Wort Legiens: „Die Verbände bezeichneten sich als Unterstützungsverbände und vermieden äußerlich (!) aufs sorgfältigste, auch nur den Schein zu erwecken, daß zwischen ihnen und der sozialdemokratischen Partei eine Solidarität bestehe." (Legien, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung: Verlag der sozialistischen Monatshefte Seite 6.)

Seit dem Jahre 1880 wagten sich vereinzelt auch wiederum förmliche Fachvereine hervor, die aber ein öffentliches Auftreten anfangs möglichst vermieden. Seit 1885 wurden die Arbeitseinstellungen auch wieder häufiger und langwieriger und führten zu einer weitern Festigung des Klassenbewußtseins der Arbeiter. Der oben erwähnte Puttkamersche Streikerlaß war die Folge dieser Entwicklung, aber das bereits überlebte Sozialistengesetz konnte durch denselben keine neue Kraft erhalten. Es war bereits ein Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten, und die Anwendung des Sozialistengesetzes auf die neuen Organisationsformen der Kassen und selbständigen Fachvereine ergab große praktische Schwierigkeiten. Als daher das Sozialistengesetz im Jahre 1890 fiel, war die Zahl der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder keineswegs kleiner geworden. Es bestanden damals 53 Zentralverbände der freien Gewerkschaften mit 227 000, daneben noch lose lokale Organisationen mit etwa 73 000 Mitgliedern. Man zählte also beim Falle des Sozialistengesetzes rund 300 000 in den „freien" Gewerkschaften organisierte Arbeiter. Die Gewerkschaftsbewegung an und für sich hatte demnach das Sozialistengesetz nicht unterdrücken können, wohl aber ist es daran schuld gewesen, daß in der Arbeiterschaft der Radikalismus zunahm und die deutsche Gewerkschaftsbewegung in enger Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei verblieb.

8. Kapitel

Die Entwicklung der „freien" Gewerkschaften nach der Beseitigung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890.

1. Die äußere Entwicklung.

Nach Abschaffung des Sozialistengesetzes beginnt sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu konsolidieren. Auch diese Periode ist zunächst noch mit Kämpfen um die richtige Form der Organisation ausgefüllt. Man hatte aber in den voraufgegangenen Jahren soviel gelernt, und die Praxis war mittlerweile soweit Herr der Theorie geworden, daß die nunmehr noch zu lösenden Organisationsfragen innerhalb der „freien" Gewerkschaften keine Zersplitterungen mehr verursachten und sich auch

nicht ohne Ende hinzogen, sondern baldige Klärung fanden. Infolge der Klärung erstarkte dann die Bewegung. Schon am 16. November 1890 war in Berlin eine „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" eingesetzt worden. Diese hatte unter anderm die Aufgabe, möglichst bald einen Gewerkschaftskongreß einzuberufen und eine Vorlage für die Organisation der deutschen Gewerkschaften auszuarbeiten. Am 25. April 1891 wurde der von der Kommission ausgearbeitete Organisationsplan veröffentlicht. Die Diskussion darüber nahm in kurzer Zeit eine Form an, die es notwendig machte, in einer Zusammenkunft der Leiter der Zentralverbände die Meinungen zu klären. Diese Zusammenkunft fand statt im Herbst 1891 zu Halberstadt. Die Mehrzahl trat dem Vorschlag der Generalkommission bei. Von verschiedenen Seiten wurden dagegen abweichende Vorschläge gemacht. Alle diese Vorschläge sollten dem ersten Gewerkschaftskongreß zur Entscheidung vorgelegt werden.

Der 1. Kongreß der freien Gewerkschaften tagte zu Halberstadt 1892. Dem Kongreß lagen in der Hauptsache drei Resolutionen über die Organisationsform zur Beratung und Abstimmung vor. Die Generalkommission und in Uebereinstimmung mit ihr die Konferenz der Vorsitzenden der Zentralverbände vom Jahre 1891 in Halberstadt empfahl „als Grundlage der Organisation die in Verbänden zentralisierten Berufsorganisationen". Jeder dieser Zentralvereine (Verbände) sollte in allen Orten, wo eine genügende Anzahl Berufsgenossen vorhanden wäre, Zahlstellen errichten. Die Verbindung der einzelnen Zentralvereine sollte durch eine auf jedem Gewerkschaftskongreß zu wählende Generalkommission herbeigeführt werden. Diese Resolution wollte in Anbetracht der organisatorischen Schwierigkeiten insbesondere auch in Anbetracht eines gewissen Kastengeistes, der noch innerhalb der Arbeiterschaft bestand, die Möglichkeit offen halten, daß die verschiedenen Branchen innerhalb einer Industrie sich selbständig organisierten. Entgegen diesem Antrag lag eine zweite Resolution der Metallarbeiter vor mit folgendem Wortlaut:

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Arbeiter nicht imstande sind, durch die gewerkschaftliche Organisation ihre Lage durchgreifend und auf die Dauer zu verbessern, ist sich der Kongreß dennoch bewußt, daß die gewerkschaftliche Organisation den Arbeitern ein Mittel bietet, ihre materielle Lage zeitweise zu heben, ihre Aufklärung zu fördern und sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen. Als die zweckmäßigste Form der Organisation erachtet der Kongreß die Zentralisation und zwar in der Weise, daß die Arbeiter der sachverwandten Berufszweige in großen, unter einheitlicher Leitung stehenden Verbänden (Industrieverbänden) sich vereinigen. Um ein einheitliches, planmäßiges Vorgehen dieser Organisationen zu ermöglichen ..... wird ein Gewerkschaftsrat mit einem Exekutivausschuß eingesetzt."

An dritter Stelle beantragen die Lokalorganisierten, die Bewegungsfreiheit der einzelnen Berufsgenossen in keiner Weise zu beeinträchtigen, ganz einerlei, ob dieselben sich in Verbänden oder auf Grund

eines Vertrauensmännersystems organisieren wollten. Sie waren der Meinung, daß die vereinsgesetzlichen Bestimmungen der einzelnen Staaten ein großer Hemmschuh für die Zentralisation seien und empfahlen deshalb lokale Organisationen, die durch Vertrauensmänner in Verbindung miteinander treten sollten. Nach ihrer Meinung sollte die Aufklärung des klassenbewußten Proletariates nicht einseitig geschehen, sondern sowohl nach politischer wie nach wirtschaftlicher Richtung hin gefördert werden. Diese Gruppe verlangte demnach vom Kongreß, daß er jede Form der Arbeiterorganisation als zu Recht bestehend anerkenne und in keiner Weise eine Diktatur ausübe. Diese Gruppe umschloß die radikalste sozialistische Richtung.

Man beschloß im Sinne eines von den Holzarbeitern gestellten Vermittlungsantrages zwischen den Vorschlägen der Generalkommission und denen des Metallarbeiterverbandes, man erklärte sich für die Annäherung der Verbände verwandter Berufe durch Kartellverträge, welche eine Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, einheitliche Behandlung der auf Reisen befindlichen Mitglieder, eine Zentralisation der Arbeitsnachweise und ein gemeinsames Organ ermöglichen sollten. Im übrigen aber sollte die Frage, ob die spätere Vereinigung der Branchenorganisationen in Unionen oder Industrieverbänden stattzufinden habe, der weitern Entwicklung auf Grund der Kartellverträge überlassen bleiben. Der Kongreß erklärte ferner, daß die Zentralorganisation die richtige Grundlage der Gewerkschaftsorganisation sei und forderte die Lokalorganisierten auf, sich den Zentralverbänden anzuschließen. Die Lokalorganisierten reichten daraufhin eine Protestresolution ein und verließen den Kongreß. Im ganzen beteiligten sich am Kongreß 208 Delegierte, die 303 519 Arbeiter vertraten.

Der 2. Kongreß zu Berlin (1896) beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage der Beibehaltung der Generalkommission. Dieselbe war Gegenstand schwerer Angriffe gewesen. Teils glaubten einzelne Organisationen von ihr keinen Nutzen zu haben und hielten die für die Generalkommission zu zahlenden Beiträge für überflüssig; teils war man der Meinung, die Generalkommission gefährde die Selbständigkeit der einzelnen Verbände und — das war für viele die Hauptsache — man sah in ihr eine Konkurrenz gegenüber dem Parteivorstand, zumal, nachdem die Generalkommission angefangen hatte, sich auch mit sozialpolitischen Fragen zu befassen. Endlich herrschte auch über die Aufgaben der Generalkommission sehr wenig Klarheit. Der Kongreß kam zu folgendem Resultat:

„Der Gewerkschaftskongreß wählt einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Gewerkschaftsausschuß, welcher den Namen „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" erhält. Zur Unterstützung desselben wird von den Zentralvorständen der Gewerkschaften, die regelmäßig Beiträge an den Ausschuß zahlen, und den dazu berechtigten Lokalorganisationen je ein Vertreter ernannt. Die Zuziehung dieser Vertreter zu den Beratungen des Ausschusses hat nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, zu erfolgen.

Am Anfang einer Geschäftsperiode des Ausschusses sind in einer gemeinsamen Sitzung eine Geschäftsordnung für den Ausschuß, die Verteilung der Aemter und eventuelle Besoldungen und Remunerationen festzusetzen.

Die Aufgaben des Gewerkschaftsausschusses sind:

1. Die gewerkschaftliche Agitation, namentlich in denjenigen Gegenden Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern und den Zusammenschluß der kleinen Verbände und Lokalorganisationen zu Industrie-Verbänden anzustreben.

2. Die von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistiken, soweit sie allgemeines Interesse haben, zusammenzustellen und solche über Stärke, Leistungen und Entwicklung der Gewerkschaften, sowie solche über sämtliche Streiks selbständig aufzunehmen.

3. Ein Blatt herauszugeben und den Vorständen der Zentralvereine in genügender Zahl zur Versendung an deren Zahlstellen, sowie den Gewerkschaftskartellen und Agitationskommissionen zuzusenden, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die nötigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat. Kurze Publikationen sind der Arbeiterpresse zur Veröffentlichung direkt zuzusenden.

4. Pflege der internationalen Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder.

5. Die allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresse einzuberufen und die hierzu nötigen Vorarbeiten zu erledigen.

Diese Kongresse sind nach Bedürfnis, mindestens jedoch alle drei Jahre, einzuberufen. Auf Antrag der Hälfte der bei der Generalkommission beteiligten Gewerkschaften ist die Generalkommission verpflichtet, einen Kongreß einzuberufen . . . . .

Jede Gewerkschaft hat vierteljährlich an den Gewerkschaftsausschuß einen Beitrag von 3 Pfg. pro Kopf ihrer Mitglieder zu zahlen."

Der Kongreß war beschickt von 139 Delegierten, die 271 141 Arbeiter vertraten.

Der 3. Kongreß zu Frankfurt 1899 konnte von einem beträchtlichen Aufschwung der Bewegung berichten. Es waren 130 Delegierte anwesend, die 495 138 organisierte Arbeiter vertraten. Hatten die Gewerkschaften unter der Krise in der ersten Hälfte der neunziger Jahre schwer zu leiden gehabt, so hatte doch diese Zeit den Vorteil der Konsolidierung der Organisation geboten, auf Grund der Arbeiten der beiden vorhergehenden Kongresse konnte nunmehr die Bewegung auch äußerlich erstarken. Die gute Geschäftsperiode, nicht zuletzt auch Angriffe von seiten der Regierung und der Unternehmer gegen das Koalitionsrecht taten das ihrige, um diese Entwicklung zu fördern.

Die Organisation der Generalkommission erfuhr auf dem Frankfurter Kongreß eine kleine Aenderung. Einzelne der auf dem Berliner Kongreß festgesetzten Aufgaben der G. K. wurden erweitert und näher präzisiert. Die Zahl der vom Kongreß zu wählenden Mitglieder der G. K. wurde von 5 auf 7 erhöht

Ausführlicher befaßte sich der Kongreß mit den Rechten der bereits in Halberstadt empfohlenen Ortskartelle (Verbindungen der an einem

Orte vorhandenen Zahlstellen verschiedener Verbände), insbesondere mit deren Rechten bei Streiks. Man beschloß:

„Die Gewerkschafts-Kartelle haben die gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen ihres Ortes zu vertreten, wie Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens, der Statistik, Bibliotheken, Errichtung von Arbeitersekretariaten usw. Sie haben die Arbeiterinteressen gegenüber den Behörden: Gewerbeinspektion, Gemeindeverwaltung usw. und bei Wahlen zu Gewerbegerichten und Versicherungsanstalten zu wahren. Sie haben weiter im Einverständnis mit den betreffenden Organisationsleitungen die Agitation unter den Berufen, deren Organisationen aus eigener Kraft dazu nicht imstande sind, zu unterstützen. Die Beschlußfassung über Streiks ist ausschließlich Aufgabe der Vorstände der Zentralverbände . . . ."

Der 4. Kongreß zu Stuttgart im Jahre 1902 war von 155 Delegierten besucht, die 681 118 Arbeiter vertraten. Er beschäftigte sich zunächst mit einem Streit zwischen dem Buchdruckerverband und der Leipziger Buchdruckergewerkschaft.

Der Widerstand einer Gruppe radikaler Buchdrucker gegen den 1896 beschlossenen Tarif im Buchdruckergewerbe hatte zur Gründung einer Sonderorganisation der Buchdrucker, der „Buchdruckergewerkschaft", geführt. Trotzdem, daß der Frankfurter Gewerkschaftskongreß den Vertreter dieser Gewerkschaft nicht als Delegierten anerkannt hatte, trotzdem derselbe Kongreß sich auch gegenüber den Tarifgemeinschaften nach Analogie des Buchdruckertarifs günstig ausgesprochen hatte, hielt die Leipziger Buchdrucker-Gewerkschaft an ihrer Sonderorganisation fest, und ihr Organ, die „Buchdruckerwacht", bekämpfte den Tarif. Auf ihr Betreiben wurde sogar im Leipziger Ortskartell im August 1899, gerade wie schon 2 Jahre vorher, beschlossen, „diejenigen Vertreter der Buchdrucker, welche Anhänger der Tarifgemeinschaft sind, infolgedessen auf Hirsch-Dunckerschem Standpunkt stehen, nicht anzuerkennen, da diese Bestrebungen mit denen des Kartells nicht in Einklang zu bringen sind." Aehnliche Vorgänge passierten in Stettin, Düsseldorf, Halle, Bremen, Dresden und an einigen andern Orten. Die Generalkommission war diesen Beschlüssen des Kartells nicht beigetreten und hatte die andern Organisationen aufgefordert, ihre Mitglieder in Leipzig zu veranlassen, ihre Delegierten von dem Leipziger Kartell zurückzuziehen. Die radikale „Leipz. Volkszeitung" nahm dagegen rückhaltlos Partei für die Sonderorganisation, und es entwickelte sich „ein in der Arbeiterbewegung unerhörter Skandal". Die Differenzen zwischen „Leipziger Volkszeitung" und Buchdruckerverband führten zum Streik, und die sozialdemokratische „Buchdruckergewerkschaft" stellte im angeblichen Interesse der Partei die Streikbrecher. Aus Anlaß dieser Zwistigkeiten war es auch zu Differenzen zwischen der Leitung des Buchdruckerverbandes und der sozialdemokratischen Partei gekommen. Alle diese Streitpunkte waren Gegenstand ausgiebiger Diskussion auf dem Kongreß. Abstimmungen darüber erfolgten nicht. Wohl aber wurden Einigungsverhandlungen angebahnt, die in der Folge auch zum Ziele führten.

In einigen Punkten wurde die äußere Organisation vervollständigt. Es wurde ein Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin zur Vertretung der Arbeiterinteressen vor dem Reichsversicherungsamt errichtet. Zu dem Zwecke wurde der Beitrag für die Generalkommission von 3 auf 4 Pfg. pro Person und Quartal erhöht. Der Sitz der Generalkommission wurde von Hamburg nach Berlin verlegt, unter

anderem mit folgender Begründung: „Es sei wünschenswert, daß die oberste Leitung der Gewerkschaften Deutschlands mit der Leitung der politischen Partei in engere Fühlung als bisher komme." (Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung, Dortmund, 21. 6. 1902.) Der Kongreß beschloß auch eine Versicherung der Gewerkschaftsbeamten.

Der 5. Kongreß zu Köln 1905 wies ein ganz außergewöhnliches Wachstum der freien Gewerkschaften nach. Die Krise von 1901—03 hatte der Bewegung nur einen kurzen Stillstand gebracht. Die bald darauf einsetzende Hochkonjunktur, das immense Anwachsen der Industriebezirke und der industriellen Bevölkerung, das allgemeine Streben nach Vereinigung auf allen Gebieten und unter allen Klassen der Bevölkerung, die allerorts mit Erfolg durchgeführten Lohnbewegungen, vor allem die vermehrte Anwendung der Tarifverträge, endlich die wachsende Einsicht in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens, führten den Gewerkschaften neue Scharen von Mitgliedern zu. Auf dem Kölner Kongreß waren 208 Delegierte als Beauftragte von 1 199 899 organisierten Arbeitern vertreten.

Die Arbeiten des Kölner Kongresses sollen in Verbindung mit den oben noch nicht besprochenen Verhandlungen der vorhergehenden Kongresse bei der Schilderung der *inneren* Entwicklung der freien Gewerkschaften näher dargelegt werden. An dieser Stelle interessiert zunächst ein Ueberblick über

die Bewegung der Mitgliederziffern und die Kassenverhältnisse in den freien Gewerkschaften.

Die diesbezüglichen umfassenden Angaben siehe im Anhang Tabelle I u. II. Nach dem Falle des Sozialistengesetzes waren im Jahre 1891 in 62 Zentralverbänden 277 659 Arbeiter organisiert. 1895 am Schluß der Krise waren auf Grund fortschreitender Zentralisation 53 Zentralverbände mit 259 175 Mitgliedern vorhanden, darunter waren weiblich 6697. Bis zum Jahre 1900 stiegen diese Ziffern auf 58 Zentralverbände mit 680 427 Mitgliedern, darunter weiblich 22 844. Nach einem kleinen Stillstand, während der Jahre 1901 und 1902, setzte im Jahre 1903 ein beträchtliches Wachstum ein, so daß die 64 der Generalkommission angeschlossenen Verbände im Jahre 1905 1 344 803 Mitglieder zählten, darunter 74 411 weibliche. Das Jahr 1906 brachte einen weiteren Zuwachs von 367 000 Mitgliedern. Ueber die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Verbände gibt Tabelle II im Anhang Aufschluß.

Die Finanzen der sozialdemokratischen Gewerkschaften nehmen naturgemäß in gleichem Maße zu, als die Mitgliederzahl steigt und die Bewegung merklich erstarkt. Dieselben beziffern sich bei den 64 Verbänden:

	Jahreseinnahme	Jahresausgabe	Kassenbestand
1904	20 190 630	17 728 756	16 109 903
1905	27 812 257	25 024 234	19 635 850

Im Jahre 1905 verfügten 6 Organisationen — Metallarbeiter, Maurer, Buchdrucker, Holzarbeiter, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter — über mehr als 1 Million Mark Jahreseinnahmen. Der Kassenbestand aller 64 Verbände betrug 19,6 Millionen Mark im Jahre 1905, davon waren in den Hauptkassen der Verbände 15,2 Millionen Mark.

Die Ausgaben gliedern sich nach der Zweckverwendung folgendermaßen.

Es verausgabten im Jahre 1905 für:

Verbandsorgan	64	Organisationen	1 415 397 M.
Agitation	64	„	1 305 132 „
Streiks im Beruf	55	„	9 149 708 „
Streiks in anderen Berufen	62	„	524 386 „
Rechtsschutz	57	„	311 239 „
Gemaßregeltenunterstützung	47	„	486 765 „
Reiseunterstützung	44	„	712 820 „
Arbeitslosenunterstützung	41	„	1 991 924 „
Krankenunterstützung	38	„	1 920 639 „
Invalidenunterstützung	7	„	273 960 „
Beihilfe in Sterbefällen	41	„	328 676 „
Beihilfe in Notfällen	42	„	296 128 „
Umzugskosten	39	„	175 551 „
Stellenvermittlung	14	„	12 996 „
Bibliotheken	27	„	37 256 „
Sonstige Zwecke	61	„	1 037 745 „
Konferenzen und Generalversamml.	56	„	312 798 „
Beitrag an die Generalkommission	62	„	182 449 „
Beitrag an Kartelle u. Sekretariate	38	„	224 984 „
Prozeßkosten	19	„	8 920 „
Gehälter	63	„	466 856 „
Verwaltungsmaterial	63	„	542 064 „

Bemerkenswert ist die Entwicklung des Unterstützungswesens in den sozialdemokratischen Verbänden. In früheren Zeiten hielt man das Unterstützungswesen für eine „harmoniebuselige" Einrichtung, heute rühmen die Jahesberichte die großen Fortschritte auf diesem Gebiete. Die Hauptausgaben entfielen natürlich auf die Streiks. Diese Aufwendungen waren im Jahre 1905 größer als sämtliche übrigen Auslagen. Beim eigentlichen Unterstützungswesen steht an erster Stelle die Arbeitslosenunterstützung. Während im Jahre 1898 15 Verbände Arbeitslosenunterstützung zahlten, waren es im Jahre 1905 41.

61 Gewerkschaftsblätter wurden im Jahre 1905 in 64 Verbänden der „freien" Gewerkschaften herausgegeben. Entgegen der englischen Praxis werden, abgesehen vom Buchdruckerorgan, alle Verbandszeitungen für den Verbandsbeitrag geliefert. Im Jahre 1906 erschien 1 Blatt (Korrespondent) dreimal wöchentlich, 29 erschienen wöchentlich einmal, 3 monatlich dreimal, 22 alle vierzehn Tage und 6 einmal

monatlich. Die Generalkommission gibt das wöchentlich erscheinende „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" und den „Operario Italiano" heraus. Sie unterstützt das polnische Blatt „Oswiata".

Internationale Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der einzelnen Länder anzuknüpfen hatte, wie oben dargelegt wurde, schon im Sinne der „Internationalen Gewerksgenossenschaften" gelegen. Aber die damaligen „internationalen" Beziehungen standen nur auf dem Papier. Die fortlaufenden Kämpfe um die Organisationsform im eigenen Lande, die Wirren infolge des Sozialistengesetzes ließen nichts Ernsthaftes auf diesem Gebiete zustande kommen. In den neunziger Jahren gingen einzelne Organisationen, z. B. Buchdrucker, Bergarbeiter u. a. dazu über, für ihre Berufe internationale Kongresse einzuberufen und internationale Sekretariate einzusetzen. Gelegentlich eines skandinavischen Arbeiterkongresses zu Kopenhagen im Jahre 1901 wurde auf einer ersten Konferenz der verschiedenen Landessekretäre zwar die Zweckdienlichkeit internationaler Gewerkschaftskongresse nicht anerkannt, wohl aber die Veranstaltung von internationalen Konferenzen der leitenden Gewerkschaftssekretäre befürwortet. Die zweite derartige internationale Konferenz fand statt in Stuttgart 1902 im Anschluß an den deutschen Gewerkschaftskongreß. Man entschied sich nochmals, vorläufig an der Konferenz der Sekretäre festzuhalten, die deutsche Landeszentrale wurde auch zur internationalen Zentrale (Vermittlungsinstanz) gewählt. Ihre Hauptaufgaben sollten sein die Anbahnung internationaler Unterstützung bei Streiks, Verständigung über die Methoden des Arbeiterschutzes und die Anfertigung einer einheitlichen internationalen Gewerkschaftsstatistik. Die dritte derartige Konferenz fand statt in Dublin (Irland) 1903. Dort wurde an Stelle der Landeszentrale ein Sekretär einer Landeszentrale mit den Arbeiten des internationalen Sekretariates betraut. Gewählt wurde Legien, Deutschland.

Ueber die Aufgaben des internationalen Sekretariates wurde folgendermaßen bestimmt:

„. . . . Bei Streiks und Aussperrungen, welche von den anderen Ländern unterstützt werden, ist den Landessekretären wöchentlich Bericht über die Lage einzusenden.

Die internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre ernennt einen „Internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen", welcher die Verbindung zwischen den Landeszentralen aufrecht zu erhalten, die jährlichen Berichte der Landessekretäre zu bearbeiten und den einzelnen Landeszentralen in den offiziellen Sprachen (englisch, französisch, deutsch) zugänglich zu machen hat.

Auf Erfordern einer Landeszentrale hat der internationale Sekretär ein Gesuch um Unterstützung bei größeren Kämpfen den sämtlichen Landeszentralen (zugleich mit detaillierten Angaben über die Lage) zuzusenden. Ueber die Gewährung der Unterstützung entscheiden die einzelnen Landeszentralen.

Jede Landeszentrale muß pro Jahr und pro 1000 angeschlossener Mitglieder 50 Pfg. an den Internationalen Sekretär zahlen."

Der erste internationale Jahresbericht (über 1903) erschien im Jahre 1905 und wird seitdem fortgesetzt. Die ursprünglich ziemlich verworrenen marxistischen internationalen Bestrebungen haben damit greifbare praktische Gestalt angenommen und werden anscheinend von Jahr zu Jahr belangreicher.

Anders dagegen ist über die verschiedenen internationalen Kongresse, die von einzelnen Berufen veranstaltet worden sind, zu urteilen. Im Verhältnis zu dem dazu notwendigen Aufwand ist dabei weniger herausgekommen. Internationale Sekretariate, die auch für einzelne Berufe bestehen, ließen sich, wie obige Erfahrung zeigt, auch auf anderem Wege schaffen. Sowohl derartige internationale Kongresse, wie diese Bestrebungen überhaupt, sind ebenfalls von sozialdemokratischen Tendenzen nicht völlig frei geblieben, insbesondere haben sich die deutschen Gewerkschaften nicht gescheut, auch auf diesem Gebiete ihre sozialistischen Nebenabsichten zur Geltung zu bringen. Noch im Jahre 1904 brachte man die Gewerkschaften mit dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam in Zusammenhang und gerade von deutscher Seite wurde dieses „Kartell" betrieben, während die Engländer zwar auch erschienen, aber doch nachher sehr ablehnend über diese Veranstaltung urteilten:

„Als Gewerkschaftler müssen wir von vornherein das eine sagen: abgesehen davon, daß es nötig ist, unsere Bewegung in Berührung mit zeitgenössischen, politischen Vorgängen zu erhalten, waren wir (auf dem Kongreß) nicht am Platze. Unsere Angelegenheiten hier aufzudrängen, unsere Position hier durchzusetzen, würde verlorene Liebesmüh gewesen sein. Die Gewerkschaftler in diesem Lande (in England) treten ein für eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse, ohne das bestehende besondere Regierungssystem dabei ins Auge zu fassen; die kontinentalen Sozialisten treten in erster Linie für eine vollkommenere Aenderung des Regierungssystems ein. Wir umschließen in unseren Reihen alle Arten und Schattierungen politischer Ueberzeugungen und lassen uns weniger von endgültigen Prinzipien als durch Zweckmäßigkeitserwägungen leiten; jene opfern alles und jedes dem beherrschenden Prinzip des Sozialismus, dem alle, die in ihre Reihen eintreten, sich unterwerfen müssen. Der Titel „Sozialistischer und Gewerkschaftskongreß" ist eine völlig falsche Bezeichnung. Die Gewerkschaftssache hat als solche keinen Platz in ihren Erörterungen. Alle die Gewerkschafter, die zum Kongreß delegiert waren, abgesehen von denen Großbritanniens, waren da, nicht so sehr wegen ihrer gewerkschaftlichen Interessen, sondern deshalb, weil sie Sozialisten waren. Das Eingeständnis, daß die gegenwärtige Regierung eine Regierung der Klasseninteressen anstatt der gemeinsamen Volksinteressen sei, daß solche Regierung zu Unrecht bestehe und durch Ueberführung des Privateigentums in öffentliches Eigentum und Kontrolle beseitigt werden könne, ist das grundlegende Prinzip, das die Erörterungen des Kongresses beherrscht. Alle hier vertretenen Organisationen, die dieses Grundprinzip nicht anerkennen, nehmen auf dem Kongreß eine zweifelhafte Stellung ein und sollten sich ganz gewiß nicht darauf einlassen, irgendwelche Anträge zu stellen, die wahrscheinlich doch nur den Ausklang der Verhandlungen noch verworrener machen würden."

So schrieb in seinem Vierteljahrsbericht der Generalsekretär der englischen General Federation of Trades Unions über den angeblichen „Sozialistischen und Gewerkschaftskongreß" in Amsterdam.

2. Die innere Entwicklung der freien Gewerkschaften nach dem Falle des Sozialistengesetzes.

War die erste Entwicklung der freien Gewerkschaften vornehmlich aufgegangen in Kämpfen um die Frage der Berechtigung der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt, um ihre Stellung zur sozialdemokratischen Partei und zur politischen Arbeiterbewegung, um die Frage der besten Form der Organisation, so konnten sich bald nach dem Falle des Sozialistengesetzes die freien Gewerkschaften mehr den Aufgaben der gewerkschaftlichen Praxis zuwenden. Freilich waren die beiden ersten Kongresse zu Halberstadt und Berlin noch vornehmlich mit Organisationsfragen belastet. Anders dagegen die folgenden Kongresse, insbesondere diejenigen zu Frankfurt und Stuttgart. Natürlich kommt der innere Entwicklungsgang der freien Gewerkschaften nicht bloß auf den genannten Kongressen zum Ausdruck. Die Generalversammlungen der einzelnen Verbände und die laufenden gewerkschaftlichen Arbeiten derselben zeigen noch deutlicher wie die genannten Kongresse den Wechsel in der Stellungnahme der freien Gewerkschaften zu den Fragen der gewerkschaftlichen Praxis. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist es nicht möglich, alle diese Einzelheiten zu verfolgen. Wir halten uns deshalb in der Hauptsache an die Darlegungen und Beschlüsse der allgemeinen Kongresse.

Die Frage der Organisation der gewerblichen Arbeiterinnen griff bereits der Halberstädter Kongreß auf. Er beschloß für die Folge eine Vertretung der Arbeiterinnen in der Generalkommission und ihre gemeinschaftliche Organisation mit den männlichen Arbeitern in denselben Gewerkschaften. Ausführlicher behandelte der Stuttgarter Kongreß diese Angelegenheit. Er betonte die Gefährlichkeit der Konkurrenz der Arbeiterinnen für die männlichen Arbeiter und die empfindliche Schädigung und Verschlechterung der gesamten Arbeitsverhältnisse durch diese Konkurrenz. Der Kongreß verlangte deshalb eine systematische Aufklärungsarbeit unter den weiblichen Arbeitern und deren Gewinnung für die Organisation. Als Mittel zu diesem Zweck wurde empfohlen: Hausagitation bei den weiblichen Arbeitern, Hinzuziehung derselben zu Werkstattsitzungen und Agitationsversammlungen, Anstellung von weiblichen Beamten in denjenigen Organisationen, die mit zahlreicher Frauenarbeit zu rechnen haben, ferner entsprechende Unterstützungseinrichtungen, nämlich Zuschüsse bei Krankheiten, Wöchnerinnenunterstützung, Hauspflege bei Schwerkranken usw. Besonderer Wert wurde gelegt auf die Aufklärung der Arbeiterinnen über Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die einschlägigen Arbeiterschutzgesetze. Bis dahin hatten, ähnlich den englischen Gewerkschaften in ihrer ersten Entwicklungsperiode, auch die deutschen Gewerkschaftsmitglieder die weiblichen Arbeiter als Gegner, als Streikbrecherinnen und so fort betrachtet und nicht als Kolleginnen. Praktisch behandelte man die Arbeiterinnen nicht als gleichberechtigt. Das trat auch bei Tarifverhandlungen zu tage. Von nun an wurde dieses anders. Man stellte sich nunmehr auf den Standpunkt: „So schwer die Agitation unter den Arbeiterinnen ist, müssen wir doch anderseitig betonen,

daß eine große Reihe von Kräften schlummern, die nur der Erweckung harren." Der Erfolg dieser Stellungnahme blieb nicht aus. Während im Jahre 1902 noch keine 30 000 Arbeiterinnen in den freien Gewerkschaften organisiert waren, belief sich deren Zahl im Jahre 1905 auf rund 75 000.

Die Regelung der Lohnfrage spielt naturgemäß in der gewerkschaftlichen Praxis die Hauptrolle. Der Halberstädter Kongreß verwarf die Akkordarbeit noch prinzipiell. Sozialistische Gedankengänge klingen deutlich aus seiner diesbezüglichen Resolution hervor:

„In Erwägung, daß durch die letzten großen Streiks und Ausstände nicht allein die Unzulänglichkeit der bisherigen Organisationsform, sondern auch bewiesen ist, daß die Kampfesformen ungenügend sind und andere werden müssen, erklärt der Kongreß: Den einzelnen Organisationen ist es zur Pflicht zu machen, in ihren Statuten die Forderung der möglichsten Beseitigung der Akkordarbeit aufzunehmen. Der Kongreß geht von der Voraussetzung aus, daß mit der Beseitigung der Akkordarbeit

1. ein gleicher nach Ortsbedürfnissen festgelegter Lohn für verschiedene Arbeiter bei gleicher Arbeitszeit möglich wäre;
2. die Hausarbeit fallen muß, dann
3. die Einführung eines engbegrenzten Arbeitstages und damit verbunden
4. eines Minimallohnes möglich wäre.

Der Kongreß einigt sich zu der Ansicht, daß, wenn auch die gänzliche Beseitigung der Akkordarbeit im Augenblick nicht durchzuführen ist, es trotzdem unser Bestreben sein muß, die Anschauungen nach dieser Richtung hin zu klären.

Der Zwang der Tatsachen nötigte die Gewerkschaften, von diesem durch die sozialistische Parteidoktrin diktierten Standpunkt nach und nach abzuweichen. Man fand sich mit dem Akkordlohn als dem für die meisten Arbeitsverhältnisse unvermeidlichen Lohnsystem ab und suchte für die Folge der Arbeiterschaft einen möglichst weitgehenden Einfluß auf die Regelung der Löhne, sowohl der Akkord- wie der Zeitlöhne zu verschaffen. Die einseitige Bestimmung der Löhne durch die Unternehmer zu beseitigen, wurde nunmehr das Ziel der Gewerkschaftsarbeit. Damit war die Frage der Tarifverträge aufgerollt. Das Wesen dieser Verträge besteht bekanntlich darin, daß beide Parteien auf dem Boden der Gleichberechtigung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse verhandeln und die beiderseitigen Abmachungen für bestimmte Zeiten festlegen. Gegen die letztere Eigenschaft der Tarifverträge erhob sich im Lager der freien Gewerkschaften großer Widerspruch, auch wiederum eine Folge der Abhängigkeit der freien Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei und ihrer Lehre. Die ersten Vorkämpfer für den Tarifvertrag waren die Buchdrucker. Als prinzipielle Befürworter des Tarifs standen sie bis in die neunziger Jahre hinein fast vereinzelt da. In ihren Reihen war allerdings der Tarifgedanke stets lebendig gewesen und auch während des Sozialistengesetzes lebendig geblieben. Um so mehr hatte dieser Verband in seinen eigenen Reihen die Folgen des Widerspruchs zwischen gewerkschaftlicher Praxis und sozialdemokratischer Parteilehre zu erfahren. Die Erscheinungen dieses Kampfes sind oben bereits geschildert worden. Aber auch außerhalb des Buchdruckergewerbes war der Widerspruch gegen

tarifliche Bindungen groß. Man glaubte besser daran zu tun, nur von Fall zu Fall zu beschließen, „auf dem Streikwege sei mehr zu erreichen als auf dem Vereinbarungswege“. Die Bindung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in einem Beruf hielt man für schädlich gegenüber den Interessen anderer verwandter oder abhängiger Berufe. Man war der Meinung, daß der Tarifvertrag in einem Gewerbe es für andere Gewerbe, die vom ersten abhängig seien, fast unmöglich mache, die Lohnverhältnisse zu ändern; andere betonten die Unmöglichkeit von Tarifverträgen infolge des Widerspruchs der Unternehmer. Besondere Schwierigkeiten erblickte man insbesondere in den durch die Tarifverträge festgelegten Kündigungsfristen und in der langen Geltungsdauer einzelner Tarife. Demgegenüber betonten die Anhänger des Tarifwesens, daß mit Streiks und Abmachungen von Fall zu Fall wohl etwas bei guter Konjunktur zu erreichen sei, daß aber die Gewerkschaften an und für sich nicht stark genug seien, diese Erfolge in schlechten Zeiten festzuhalten. Einschneidender als diese praktischen Differenzen waren die prinzipiellen. Die radikalen Marxisten sahen in den Tarifgemeinschaften eine verwerfliche „Harmonieduselei“, welche die „revolutionäre Energie“ lähme und den gewerkschaftlichen Kampfesgeist in Fesseln schlage. Wenn ernstliche Kämpfe entständen, würde es infolge der Tarife an dem „Kämpfermaterial“ fehlen. „Die Erziehung zum gewerkschaftlichen Kampf sei unter allen Umständen die Hauptsache.“ Diese Leute — und ihre Zahl war nicht klein — sahen in den Tarifgemeinschaften „die tiefste Schädigung der Verbände“!

Erst der dritte Gewerkschaftskongreß zu Frankfurt im Jahre 1899 sprach sich im Prinzip für die Tarifgemeinschaften aus. Auf Antrag Döblin (Buchdruckerverband) wurde beschlossen:

„Tarifliche Vereinbarungen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Berufen erstrebenswert, in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Dauer und Umfang der jeweiligen Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab.“

In der Folge hat sich die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zu tariflichen Vereinbarungen gebessert, zumal die Unternehmer selbst auf die Dauer mehr und mehr nach einer gewissen Ruhe im Gewerbe verlangten. Abgesehen vom Großgewerbe ist das Tarifwesen in Deutschland heute in den meisten Berufen eingeführt und auch das Großgewerbe kann sich demselben auf die Dauer nicht verschließen. Die freien Gewerkschaften haben selbst, vom unwiderstehlichen Drang der Entwicklung gezwungen, auf dem Gebiete der tariflichen Vereinbarungen seit dem Ende der neunziger Jahre Großes geleistet. Die Erfolge auf diesem Gebiete würden größere sein, wenn der Widerspruch zwischen gewerkschaftlicher Praxis und sozialdemokratischer Parteidoktrin nicht auch auf diesem

Gebiete bis auf die Gegenwart sich fortwährend geltend machte. Welche Schwierigkeiten sich für das Tarifwesen heute noch aus diesem Gegensatz ergeben, haben die erneuten Kämpfe innerhalb des Buchdruckerverbandes beim Abschluß des neuen Buchdruckertarifs im Jahre 1906 deutlich gezeigt. Die ganze klassenkämpferische Agitation der freien Gewerkschaften erschwert das Zustandekommen von Tarifen auch heute noch sehr und leistet der Reaktion Vorschub. Die Großindustrie beruft sich auf die bezeichnete Haltung der freien Gewerkschaften und benutzt dieselbe als Vorwand, um die Verhandlung mit den Arbeitern und den Abschluß von Tarifen abzulehnen und die Ablehnung der tariflichen Vertragstreue durch die Radikalen — als eines Hindernisses im proletarischen Klassen- und Emanzipationskampf — ist jedenfalls der Ueberwindung dieser Hindernisse nicht förderlich.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist ebenfalls lange Zeit ein Objekt des Streites innerhalb der freien Gewerkschaften gewesen. Zeitweilig war in den freien Gewerkschaften jedes Unterstützungswesen, abgesehen von der Streikunterstützung, verpönt. Diesen Standpunkt hat man in der Frage der Arbeitslosenunterstützung am längsten beibehalten. Beeinflußt vom Marxismus war man der Meinung, die Entwicklung der Technik würde immer mehr menschliche Arbeitskräfte entbehrlich machen, sodaß eine Arbeitslosenunterstützung „auf die Dauer gar nicht aufrecht erhalten werden könne". Eventuell sei eine Arbeitslosenunterstützung Aufgabe des Staates. Wenn die Arbeiter ihre eigenen Gelder hinein steckten, müßten sie politisch versumpfen und „würden in ihrer Kampfeslust ganz entschieden beeinträchtigt". Die Arbeitslosenunterstützung sei eine kapitalistische Einrichtung. Sie würde, so betonten die Gegner, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges den herrschenden Klassen nur Gelegenheit geben, den Notstand zu leugnen. Man verlangte sogar deshalb vereinzelt Abschaffung dieser Unterstützung, wo sie eingeführt sei. (!) Die Aussprache auf dem Berliner Kongreß (1896) führte zwar zu einem Siege der Anhänger der Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften. Die Mehrzahl der Kongreßdelegierten erkannte an, daß die Arbeitslosenunterstützung geeignet sei, das Angebot von Arbeitskräften zu regeln und den Mitgliederbestand der Gewerkschaften zu festigen. Die betreffende Resolution betonte aber nebenbei doch die Notwendigkeit, den Klassen- und Kampfescharakter der Organisationen nicht zu verwischen.

Die zweite Beratung der Arbeitslosenunterstützungsfrage auf dem Stuttgarter Kongreß zeitigte einen Fortschritt. Man hatte unterdessen die Schwierigkeiten einer Arbeitslosenunterstützung kennen gelernt und hörte auf, dieselbe sowohl als reine Arbeitersache wie als kapitalistische Einrichtung zu betrachten. Der Stuttgarter Kongreß stellte sich auf den Standpunkt, daß es Pflicht von Staat, Gemeinden, Unternehmern und Arbeitern sei, zum Zustandekommen einer wirksamen Arbeitslosenversicherung gemeinsam beizutragen. Die Gewerkschaften ihrerseits sollten durch Einführung der Arbeitslosenversicherung die Grundlage für einen

späteren Ausbau dieses Versicherungszweiges in der angedeuteten Richtung schaffen. Die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung will der Stuttgarter Kongreß ausschließlich in die Hände der Arbeiter gelegt haben.

Den **Arbeitsnachweis** wollten die freien Gewerkschaften ursprünglich ebenfalls als reine Arbeitersache betrachtet wissen. Man erklärte sich ausschließlich für einseitige Arbeitsnachweise durch die Gewerkschaften, auch in diesem Falle nicht unbeeinflußt von sozialistischen Lehren. Der Frankfurter Kongreß (1899) hielt sich zwar für verpflichtet, diesen prinzipiellen Standpunkt nochmals zu betonen. Er ließ aber wenigstens die Mitwirkung von Staat und Gemeinde zu, freilich wollte er prinzipiell diese Mitwirkung darauf beschränken, die nötigen Geldmittel für den Arbeitsnachweis zur Verfügung zu stellen. Praktisch erkannte der Kongreß jedoch an, „daß es unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen an manchen Orten für eine Reihe von Berufen von Vorteil sein kann, sich an kommunalen Arbeitsnachweisen zu beteiligen". Bei Beginn der Arbeitsnachweisbewegung stellten sich die Gewerkschaftler hartnäckig auf den Standpunkt, daß der Arbeitsnachweis bei Streiks seine Tätigkeit einstellen müsse und daß er sich auch um die Regelung der Arbeitsbedingungen zu kümmern habe. Dieser Standpunkt ist heute verlassen und auch Vertreter der freien Gewerkschaften erkennen an, daß die Regelung der Arbeitsverhältnisse außerhalb des Arbeitsnachweises durchgeführt werden muß. Es ist Sache der Arbeiterorganisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter über die Lage sachgemäß unterrichtet werden; das schließt natürlich nicht aus, daß beim Vorhandensein von Tarifverträgen im Einverständnis mit den Unternehmern Arbeitsvermittlungen lediglich auf Grund bestimmter Bedingungen erfolgen.

Die **Frage der Arbeitskammern** ist innerhalb der freien Gewerkschaften verschieden beantwortet worden. Die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei ist für Arbeitskammern, das heißt für eine gemeinsame Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in einer Körperschaft eingetreten. Aus den Reihen der Gewerkschaften erhob sich schon in den neunziger Jahren gegen diese Stellungnahme der Partei Widerspruch. Die Frage kam auf die Tagesordnung des Kölner Kongresses. Der Referent Umbreit sprach sich für paritätisch besetzte Arbeitskammern aus. Die Ausübung gewerblicher Hoheitsrechte (Aufsicht, Verfügungen usw.) seien nur möglich, wenn Unternehmer und Arbeiter in diesen Kammern vereinigt seien. Der Einfluß der Kammern sei auch hinsichtlich der Durchsetzung von Arbeiterforderungen bezüglich der Tarifverträge, der Arbeitsnachweise usw. größer bei Arbeitskammern als bei einseitig besetzten Arbeiterkammern. Die Befürworter der letztern befürchteten demgegenüber die Majorisierung der Arbeiter durch die Unternehmer in gemischten Kammern. Sie erklärten sich gegen eine „Bevormundung" der Arbeiterklasse und bekämpften die paritätischen Kammern als „Stärkung des heutigen Wirtschaftssystems". Gleichwohl war die Minorität zugunsten der gemischten Kammern eine sehr große.

Für reine Arbeiterkammern stimmten 151 Delegierte mit 771 000 Stimmen, für gemischte Arbeitskammern erklärten sich 48 Delegierte mit 379 000 Stimmen.

Die Stellung der freien Gewerkschaften zu den Genossenschaften ist ebenfalls durch die Zusammenhänge der Bewegung mit der sozialdemokratischen Partei und ihrer Lehre beeinflußt worden. Die deutschen „freien" Gewerkschaften haben in ihren Jugendjahren die Konsumgenossenschaftsbewegung verworfen und nur für die Produktivgenossenschaft geschwärmt. Es sind auch innerhalb der Gewerkschaften Versuche mit Produktivgenossenschaften gemacht worden. Aber auch diese Versuche haben auf die Lohnarbeit und die kapitalistische Ordnung des Betriebes nicht völlig verzichten können. Ihre Erfolge waren äußerst gering. Auf dem Gebiete der Konsumvereinsbewegung haben die deutschen Gewerkschaften weniger geleistet als die englische Arbeiterschaft. Es liegt das in den Tendenzen der deutschen Gewerkschaftsbewegung begründet, die sich viel streitbarer entwickelt hat als die englische. In der Konsumvereinsbewegung vollzieht sich noch eine weit größere Anpassung an das moderne Wirtschaftsleben als in der Gewerkschaftsbewegung, und der sozialistische Charakter der „freien" Gewerkschaften widerstrebte einer solchen Anpassung früher prinzipiell und widerstrebt ihr praktisch zum Teil noch bis auf den heutigen Tag. Trotzdem mußten sich die freien Gewerkschaften mit den Konsumvereinen befassen. Innerhalb der von Sozialisten gebildeten und geleiteten Konsumvereine fügte man sich vielfach den von den Gewerkschaften über die Regelung der Arbeitsverhältnisse aufgestellten Grundsätzen und Forderungen nicht. Sozialistische Arbeiter vertraten in den Konsumvereinen den Herrenstandpunkt, lehnten das Verhandeln mit der Organisation ab und vermieden die Tarifverträge. Die Konsumvereine bezogen von Firmen, die ihre Arbeiten im Zuchthause herstellen ließen. Man klagte überhaupt über schlechte Arbeitsbedingungen in manchen Konsumvereinen, schlechtere zuweilen wie in Privatbetrieben. Nach heißen Debatten sprach sich der Kölner Gewerkschaftskongreß für die Beteiligung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an den Konsumvereinen und für die Propagierung der genossenschaftlichen Ideen aus. Der Kongreß verpflichtete die Gewerkschaftsmitglieder, „in den Konsumvereinen das Bestreben zu fördern, auf Grundlage des organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfsartikel der großen Masse der Konsumenten zu schreiten". Der Kongreß empfahl den Genossenschaften: 1. Daß dieselben die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen; 2. die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters anzuerkennen; 3. bei ihren Einkäufen grundsätzlich die in Zuchthäusern, Strafanstalten und zu Hungerlöhnen hergestellten Fabrikate auszuschalten und Firmen, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Hausindustrie herstellen lassen, möglichst von der Lieferung auszuschließen. . . . . 4. Bei den von Zentralverbänden und örtlichen Gewerkschaftskartellen resp. von dem Gewerkschaftsausschuß als berechtigt anerkannten Boykotts die boykottierten

Firmen bei ihrem Warenbezug nicht mehr zu berücksichtigen. Die gewerkschaftlichen Organisationen verpflichteten sich demgegenüber in Fällen von Boykotts für die weitestgehende Aufklärung des konsumierenden Publikums zu sorgen.

Außer den hier des nähern dargelegten Fragen behandelten die Gewerkschaftskongresse noch das Koalitionsrecht, die Gewerbeinspektionen, die Errichtung von Arbeitersekretariaten (Frankfurt 1899), ferner das Submissionswesen und die Streikklausel, die Hausindustrie, das Koalitionsrecht der Eisenbahner und den Zolltarif (Stuttgart 1902), endlich auf dem Kölner Kongreß die Stellungnahme zur Maifeier und zum Generalstreik. Ueber die beiden zuletzt genannten Gegenstände soll im folgenden Abschnitt noch ausführlich berichtet werden.

9. Kapitel.

Das Verhältnis der „freien" Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1890.

Während des Sozialistengesetzes hatten die Organisationsbestrebungen auf gewerkschaftlichem Gebiete der Sozialdemokratie Gelegenheit zu agitatorischer Betätigung geboten. Die wieder auflebenden Fachvereine und von Sozialdemokraten gegründete freie Hilfskassen besorgten indirekt die Geschäfte der sozialdemokratischen Partei. Durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes erhielt die Partei wieder größere Bewegungsfreiheit. Dieser Umschwung blieb nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften.

1. Die Zurücksetzung der Gewerkschaften durch die Partei in der Krisis der neunziger Jahre.

In Anbetracht der Leistungen der Fachvereine zugunsten der Partei während der Geltung des Sozialistengesetzes beschloß der Parteitag zu Halle 1890 eine von Wohlwollen gegen die Gewerkschaftsbewegung getragene Resolution. Freilich ließ die Resolution immer noch durchblicken, daß man in der Gewerkschaftsbewegung nur ein Palliativmittel erkannte, das keine gründliche und definitive Besserung der Arbeiterlage zu schaffen geeignet sei. Diese Resolution hinderte indes nicht, daß grade die Führer der Partei nicht allzu viel von der Gewerkschaft erhofften, ihr sogar mißtrauisch gegenüberstanden. Schon die formelle Trennung der gewerkschaftlichen Organisation von der parteipolitischen Organisation, das Bestehen einer gewerkschaftlichen Generalkommission neben dem Parteivorstand erweckte großes Mißtrauen. Hatte schon die Reichstagswahl des Jahres 1890 der Sozialdemokratie eine Verdoppelung der Stimmenzahl von 700 000 auf 1 400 000 gebracht, so trug die kurz darauf folgende Entwicklung noch mehr dazu bei, alles Heil von der politischen Bewegung zu erwarten. Gewisse Wirren innerhalb der Partei und persönliche Differenzen, die noch in

Halle und Erfurt zutage traten, schwanden. Die Partei konnte sich nach dem Falle des Sozialistengesetzes neue Organisationen geben und auch politisch freier wie früher sich entfalten. Die lang andauernde schlechte Konjunktur in der ersten Hälfte der neunziger Jahre schien die Wahrheit des sozialdemokratischen Programms zu bestätigen. Während die Gewerkschaften in dieser Periode scheinbar mehr zurück als vorwärts gingen, wuchs der Anhang der Partei ungeheuer. Die Wahlen des Jahres 1893 brachten 300 000 sozialdemokratische Stimmen mehr und ließen den Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen von 19,7 auf 23,2 emporschnellen. Den politischen Erfolgen der Partei standen große Niederlagen der Gewerkschaften (in Hamburg, beim Buchdruckerstreik usw.) gegenüber. So kam es, daß man zur Zeit des Kölner Parteitages 1893 in den Reihen der Sozialdemokratie von der Hoffnung auf einen baldigen Sieg des sozialistischen Gedankens beseelt war und an die Nähe des Zukunftsstaates glaubte. Aus dieser Ueberzeugung heraus und aus der oben beschriebenen Lage wurde eine gewisse Geringschätzung der Gewerkschaftsbewegung geboren, die auf dem Kölner Parteitag deutlich in die Erscheinung trat. Wir führen zum Beweise die einschlägigen Bemerkungen Bebels darüber an:

„Die Gewerkschaftspresse muß sich mit den kleinen Fragen beschäftigen, und darin liegt die große Gefahr, daß sie das große Ziel aus den Augen verliert und so der allgemeinen Verwässerung Vorschub leistet .... In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal durch die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der grade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat. Weitere wichtige Gebiete, deren Bearbeitung mit zu den Hauptaufgaben der Gewerkschaften gehörte, sind ihnen durch die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung entzogen worden. ... Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Betätigung noch mehr eingeengt. ... Wir mögen gewerkschaftlich organisiert sein wie wir wollen, wenn das Kapital einmal allgemein eine solche Macht erobert hat, wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken Rheinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus, dann hilft nur noch der politische Kampf. Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten." (Prot. Seite 201.)

Hatte Bebel die Frage wenigstens noch ernsthaft behandelt, so wurde der gewerkschaftliche Redner und Führer Legien von dem Korreferenten Auer unter dem Gelächter des Parteitages mit Hohn und Spott übergossen. Im wesentlichen wurde zwar die Resolution von Halle wiederholt, der Geist der Tagung war aber ein anderer. Was in Halle nur gedacht und angedeutet worden war, das sprach man in Köln offen aus. Paul-Hannover rief dem Parteitag sogar zu: „Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden."

So ist es denn nicht zu verwundern, daß in jenen Zeiten die Arbeiter vielfach den Gewerkschaften den Rücken kehrten und daß auf

der anderen Seite manche Führer der Gewerkschaften die ganze Gewerkschaftsagitation auf das politische Gebiet hinüberspielten. Als trotzdem die Gewerkschaften, durch die Praxis gezwungen, begannen, sich auch mit sozialpolitischen Fragen (Arbeiterschutz, Gewerbeinspektion, Koalitionsrecht) intensiver zu befassen, als gar im Juli 1896 Dr. Quarck, Frankfurt, vier Thesen über die diesbezüglichen Aufgaben der Gewerkschaften veröffentlichte, begann ein neuer Sturmlauf gegen die Gewerkschaftsbewegung im sozialdemokratischen Lager. Man befürchtete von dieser Arbeit der Gewerkschaften eine Lahmlegung der Partei und eine Scheidung der Gewerkschaften von der Partei. Man redete von „dunklen Plänen" der Generalkommission und eröffnete einen förmlichen Feldzug gegen diese, alles von dem Bestreben getragen, die Gewerkschaften der Partei dienstbar und untergeordnet zu erhalten.

2. Scheinbare Neutralitätsbestrebungen innerhalb der „freien" Gewerkschaften.

Es kamen die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwunges von 1896–1900, der sich in den großen Bezirken Schlesiens, der Ruhr und der Saar am meisten geltend machte. Hier hatten bis dahin die großen Gewerkschaften der Metallarbeiter, Maurer, Holzarbeiter, und selbst der Bergarbeiter sehr wenig Boden gefunden. Die erstgenannten Verbände hatten in den großen und mittleren Städten, insbesondere in Mitteldeutschland, ihren Sitz. In den großen Industrierevieren waren sie zu Beginn dieser Periode fast bedeutungslos. Aber grade in diesen Bezirken war die Masse der Arbeiter der Sozialdemokratie abgeneigt und ihrer Agitation unzugänglich. Wollten die freien Gewerkschaften auch in diesen Bezirken Fuß fassen, so mußten sie anders wie bisher taktieren. (Vgl. Hue „Neutrale oder parteiische Gewerkschaften", 137.) Sowohl die Gewerkschaftsführer wie die Führer der sozialdemokratischen Partei konnten sich der Erkenntnis dieser Wahrheit nicht verschließen. Speziell im gewerkschaftlichen Lager wurde das Verständnis für die Notwendigkeit einer Aenderung der Taktik noch gefördert durch die oben beschriebenen Vorgänge im Buchdruckerverband und die beginnende Tarifbewegung. Infolgedessen erhoben sich nunmehr laute Stimmen zugunsten der politischen Neutralität der Gewerkschaften. Neben Rexhäuser, dem Redakteur des „Korrespondent", ging auf diesem Gebiete scheinbar Hue, der Redakteur der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung", am weitesten. Er schrieb in seiner bereits erwähnten Broschüre „Neutrale oder parteiische Gewerkschaften":

„Daß eine Berufsorganisation in allererster Linie berufliche Interessen verfolgt", ... daß auch die Aufstellung eines sozialpolitischen Programms „doch wieder vornehmlich der Förderung der beruflichen Interessen gilt" .... (S. 130) „Ich befürworte eine neutrale Haltung der Berufsverbände gegenüber allen Parteien .... Das Wort von der „einen reaktionären Masse", gilt heute noch nicht einmal für den Parteivorstand der Sozialdemokratie. Weit weniger hat dies Schlagwort Bedeutung für die Gewerkschaften, die doch Gegenwartsarbeit zu leisten haben,

also prinzipiell mit ehrlichen, bürgerlichen Sozialpolitikern nicht kollidieren . . . Ich kann daher eine Resolution wie die des Haller sozialdemokratischen Vereins, die einfach dekretiert, wohin sich die Gewerkschaftler politisch zu stellen haben, nur putzig finden .... Gesetzt den Fall, die neutrale Gewerkschaft wäre zur Hebung der Arbeiterlage absolut notwendig, — und daß es so ist darüber herrscht ziemlich Uebereinstimmung — aber die Neutralität führe auf antisozialistische Wege, so würde ich der Sozialdemokratie den Rücken kehren, da sie dann keine Arbeiterpartei wäre!" (S. 142—150)

Selbst Bebel schwang sich in jener Zeit zur Befürwortung einer gewissen politischen Neutralität auf. (Berliner Rede vom 31. Mai 1900.) Wer jene Vorgänge mit erlebt hat und heute die diesbezüglichen Preßerörterungen aufmerksam durchstudiert, kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß es sich bei den meisten Befürwortern der absoluten politischen Neutralität der freien Gewerkschaften damals mehr um ein taktisches Manöver als um ernstgemeinte Reformen gehandelt hat. Man sehe nur genau zu, wie Hue in der oben genannten Broschüre in der ihm eigenen Art durch einschränkende Beiwörter, durch allerhand Voraussetzungen oder nachträgliche Erläuterungen in einem Satz aufhebt, was er scheinbar in dem andern gesagt hat. Er versichert hoch und teuer, daß nach seiner Ueberzeugung auch die in seinem Sinne neutrale Gewerkschaft doch zur Sozialdemokratie führen müsse, denn ihre Arbeiterpolitik sei nichts anderes als das, was Kautsky „verschämte sozialdemokratische Politik" nenne. „Eben darum, weil die Sozialdemokratie die Arbeiterpartei par excellence ist, ... deshalb werden dieser Partei auch nur allein alle Maßnahmen nützen, die zur geistigen und körperlichen Gesundung der Proletarier führen. Eine neutrale Gewerkschaft wird doch keine arbeiterfeindliche Organisation sein!" (Hue a. a. O. 150.) Man braucht übrigens nur die von demselben Hue damals redigierte „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung" durchzusehen, um seine „Neutralitätstaktik" richtig einzuschätzen. Das genannte Organ hat niemals aufgehört, ein Schrittmacher der Sozialdemokratie zu sein. (Vergl. Imbusch „Ist eine Verschmelzung der Bergarbeiterorganisationen möglich?") Bebel selbst hat diese Art Neutralität später zutreffend charakterisiert, als er auf dem Parteitag zu Jena (1905) sagte:

„Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht als Anhängsel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihrer Mitte aufzunehmen (!) und diese Aufnahme (!) nicht von einem politischen Glaubensbekenntnisse abhängig machen dürfen. Die Gewerkschafts-Blätter und -Redner haben alle die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufklärung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheischig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redegieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit." Prot. 313.)

Mit Recht konnten selbst die sogenannten „Neutralitätsduseler" in Jena versichern, daß sie soweit in ihrer Neutralität nicht einmal gegangen

seien. Der Gewerkschaftsführer Robert Schmidt, wahrhaftig kein Radikaler, kennzeichnete die Situation auf demselben Parteitag ganz richtig wie folgt:

Sie müssen einen Unterschied machen zwischen Partei und Gewerkschaften, in die Partei können nur die eintreten, die Parteigenossen sind und das Programm anerkennen, die Gewerkschaften aber haben nicht zu fragen, wo kommst du her, welche politische, welche religiöse Anschauung hast du? Nein die Gewerkschaften müssen die Massen zusammen fassen, und da haben sie nicht lauter zielbewußte Klassenkämpfer, sondern eine große Anzahl von Mitläufern, die schließlich erst in der Gewerkschaft das werden, was wir von ihnen verlangen und wünschen. (!) Daß diese Mitläufer in der Ueberzahl meinen, daß sie die Leitung hätten, das bestreite ich. (!) An der Spitze unserer deutschen Gewerkschaften stehen immer noch Männer, die die Gewähr dafür bieten, daß sozialdemokratische Anschauungen auf wirtschaftlichem Gebiete die Oberhand haben. (!) (Prot. 245.)

Aber auch die zeitweilig aus taktischen Gründen proklamierte politische Neutralität fand bei der sozialdemokratischen Partei wenig Anerkennung. Trotzdem, daß selbst Bebel anscheinend eine Lanze für sie brach, wandte sich das leitende wissenschaftliche Organ der Partei „Die Neue Zeit" von 1899/1900 energisch gegen diese Bestrebungen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebour fühlte sich sogar bemüßigt, ins Ruhrgebiet zu reisen, um den Neutralitätsbefürwortern entgegenzuwirken. Auf einer dortigen Versammlung im Herbst 1901 erklärte er: „Wenn dieselben (die freien Gewerkschaften) die rote Fahne wie ein Schnupftuch in die Tasche steckten und mit den christlichen Gewerkschaften in neutrale Gewerkschaften sich vereinigen, dann — ja dann — Sozialdegmokratie bist du ruiniert." (Zitat der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" 1901, Nr. 46.) Die nächste radikale Schwenkung der sozialdemokratischen Partei bewirkte auch einen Rückzug der freien Gewerkschaften in der Neutralitätsfrage. Bekanntlich bedeutet der Parteitag der Sozialdemokratie zu Dresden 1903 einen Wendepunkt zum Radikalismus hin. Das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung, das Eindringen der Gewerkschaftsführer in die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Bildung „eines rechten Flügels" innerhalb der Fraktion vornehmlich durch die Gewerkschaftsführer: alle diese Dinge hatten nicht wenig dazu beigetragen, daß der Dresdener Parteitag dem Revisionismus, der unter den Gewerkschaftlern seine stärkste Vertretung fand, eine Absage erteilte. Vergessen waren nunmehr mit einem Male die Neutralitätsschwärmereien. Schon kurz vor dem Dresdener Parteitag und noch deutlicher nachher wurde mit starkem Nachdruck wiederum der Zusammenhang zwischen der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaftsbewegung betont. Selbst die sozialistischen Monatshefte, das Organ der Revisionisten, hob die Zusammengehörigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung hervor: „In dem Grundgedanken wie in den Gezenwartsforderungen decken sich die Bestrebungen der Gewerkvereine mit denen der sozialdemokratischen Partei", so versicherte das genannte Organ (1903 Nr. 5, Seite 323), und Kautsky schrieb in der „Neuen Zeit" vom 3. September 1903:

„Seit jeher trotz zeitweiser Friktionen (Reibungen) einzelner Stellen, waren Partei und Gewerkschaften aufeinander angewiesen, haben sie einander gefördert. Die kommenden Kämpfe werden diesen inneren Zusammenhalt noch fördern, einen Zusammenhalt, der nichts an Innigkeit verliert durch die äußere Selbständigkeit der beiden Organisationsarten."

„Die Sozialdemokratie hat stets dahin zu trachten, daß die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen von sozialistischem Geiste erfüllt sind. Die sozialistische Propaganda unter den Gewerkschaften hat Hand in Hand zu gehen mit der Propaganda für die Gewerkschaften in der Parteiagitation. Besonders wertvoll für Gewerkschaften wie Sozialdemokratie wirkt die Personalunion beider in der Form, daß Vertrauensämter der einen wie der andern in einer Hand vereinigt werden."

Die „Neutralitätsapostel" der letzten neunziger Jahre verstummten infolgedessen bald. Dresden, Jena und Mannheim haben ihnen den Mund geschlossen und ihre Feder verrosten lassen. Die Huesche Broschüre über „Neutrale Gewerkschaften" ist nur antiquarisch zu haben, weil auch ihr Inhalt veraltet ist. Mit einer neuen Phraseologie suchte man den Rückzug zu decken. Den Neutralitätsgedanken sofort ganz preiszugeben ging aus taktischen Gründen nicht gut an. Darum wurde die formelle Selbständigkeit der Organisation der Gewerkschaften neben derjenigen der Partei betont, eine nie bestrittene Tatsache, mit deren Hervorhebung man nur offene Türen einrennt, ferner wurde hingewiesen auf die Statuten der Gewerkschaften, die jedem ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit die Aufnahme (!) gewährleisten, als wenn dadurch schon die gewerkschaftliche Arbeit innerhalb der Organisation neutralisiert wäre! Auf die letzte allein kommt es an. Da heißt nun die neue Zauberformel der früheren Neutralen „ideelle Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften" (Hue „Partei und Gewerkschaft" in der „Neuen Gesellschaft", 1905, Nr. 25). Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, kann das gar nichts anderes heißen, als was auch der Parteitag zu Mannheim (1906) proklamiert hat, daß nämlich „die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht" sein muß. Wenn Hue als die gemeinsame Idee die „Hebung der arbeitenden Klasse" bezeichnet (a. a. O.), so ist das wiederum nur ein Trick, um dem oberflächlichen Beurteiler gegenüber noch einen Schein von Neutralität zu bewahren. Die „Hebung der Arbeiterklasse" erstreben nach Hues eigenem Zeugnis auch bürgerliche Sozialpolitiker. (Hue „Neutrale Gewerkschaften" 142, 144, 145 usw.) Diese Idee der „Hebung der arbeitenden Klasse" kann demnach unmöglich die Proklamation der ideellen Einheit zwischen sozialdemokratischer Partei und „freier" Gewerkschaft rechtfertigen. Hue hat auch mehr im Sinne. Er, der ehemalige „Neutralitätsapostel", steht ebenfalls auf dem Boden des Mannheimer Parteitages und proklamiert heute die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens zwischen den „freien" Gewerkschaften und der sozialdemo-

kratischen Partei auf Grund gegenseitiger Verständigung unter den Führern.

Man lese und vergleiche:

Hue im Jahre 1900.

„Ich befürworte eine neutrale Haltung der Berufsverbände gegenüber allen Parteien." (Hue „Neutrale Gewerkschaften" S. 142.)

„Gesetzt ... die Neutralität führe auf antisozialistische Wege, so würde ich der Sozialdemokratie den Rücken kehren." (Hue a. a. O. S. 150).

„Wohin die gewerkschaftliche Neutralität die Arbeiter politisch führt, das kann und muß dem Gewerkschaftsführer gleichgültig sein." (Hue a. a. O. S. 155.)

Hue im Jahre 1905 und 1906.

„Boenielburgs Wort: „Partei und Gewerkschaften sind eins" kann nur als eine Betonung der ideellen Einheit verstanden werden. Diese Einheit ist unzweifelhaft, ich betone sie stets, zuletzt noch vor Gericht in einem Prozeß gegen ein Zentrumsblatt. Auch Rexhäuser anerkennt in seiner Besprechung des Jenaer Parteitages: „Die Gewerkschaftsbewegung führt konsequent zum Sozialismus ..." (Aus dem Geheimprotokoll über die Konferenz der Gewerkschaftsführer im Februar 1906.)

„Was zur Förderung beider Teile der modernen Arbeiterbewegung dient, ist die gegenseitige Achtung der Ansichten .... kollegiale Aussprache der beiderseitigen Repräsentanten über die im Interesse der Gesamtheit zu unternehmenden Schritte. Gebe man der Gewerkschaft, was ihr gebührt, die Gewerkschaftler üben dann gern Gegenseitigkeit .... Ich kenne auch ein „neues Mittel" (ist gesagt mit Bezug auf den politischen Massenstreik), welches unfehlbar unseren Sieg verbürgt, es heißt: „Einigkeit macht stark!" (Gemeint ist die Einigkeit zwischen den sozialdemokratischen Parteipolitikern und Theoretikern einerseits und den Gewerkschaftlern anderseits). Hue „Partei und Gewerkschaft in der Neuen Gesellschaft", 1905 Nr. 25.)

Der Verlauf der angeblichen Neutralitätsbestrebungen ist einer der klarsten Beweise für die Abhängigkeit der „freien" Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei und ihrer Entwicklung.

3. Neue Streitigkeiten zwischen den „freien" Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei und deren vorläufiger Abschluß auf dem Parteitag zu Mannheim (1905—1906).

Der seit dem Parteitag zu Dresden auf den Schild erhobene Radikalismus machte sich in dem Suchen nach neuen radikalen Agitationsmitteln geltend. Die verschiedenen Massenstreiks in Holland, Italien usw. während der Jahre 1902—1905, ferner die Agitation der Lokalisten für den Generalstreik, über die weiter unten noch näher gehandelt wird,

veranlaßte die sozialdemokratische Partei, wenn auch nicht den allgemeinen Generalstreik, so doch wenigstens den Massenstreik für politische Zwecke zu befürworten und von den Gewerkschaftlern ein Eintreten für den politischen Massenstreik zu verlangen. Infolgedessen setzten die Gewerkschaften die Frage des politischen Massenstreiks auf die Tagesordnung des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905). Dieser tagte vor dem sozialdemokratischen Parteitag desselben Jahres zu Jena. In der vorliegenden Frage beschloß der Gewerkschaftskongreß wie folgt:

„Die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art (um die Volksrechte d. V.) hat sich genau so wie jede andere Taktik (bei Bewegungen zu wirtschaftlichen Zwecken d. V.) nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten. Der Kongreß hält daher auch alle Versuche, durch die Propaganda des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegen zu treten. Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für indiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen."

Eine erneute Hetze von seiten der herrschenden radikalen Richtung in der Partei und von den leitenden Parteiorganen gegen die Gewerkschaftsführer war die Folge dieser immerhin sehr bescheidenen und rücksichtsvollen Stellungnahme des Kölner Kongresses. Trotzdem der Kongreß den politischen Massenstreik nicht für alle Fälle abgelehnt hatte, wurden die Gewerkschaftsführer wegen ihrer Haltung persönlich verdächtigt und verunglimpft. Man redete von „Gewerkschaftsbureaukraten", von „Leuten in gehobener Lebensstellung", von „bornierten Verächtern der Theorie", von „theoretischer Verwahrlosung der Gewerkschaftsmitglieder" usw.; und der kurz darauf folgende Parteitag zu Jena beschloß entgegen dem Kölner Gewerkschaftskongreß eine *förmliche Empfehlung* des politischen Massenstreiks und machte seine Anwendung beim Kampf um gewisse Volksrechte *zur Pflicht*. Er beschloß merkwürdigerweise sogar unter Zustimmung mancher Revisionisten und Gewerkschaftsführer:

„. . . Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder auf das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklichst anzuwenden. Als eins der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren, oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag die **umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung** . . ." (Prot. 143).

Bebel hatte in Jena zur Begründung der Resolution in breiten Ausführungen auf die Möglichkeit eines Wahlrechtsraubes hingewiesen, derselbe Bebel, der noch im Jahre vorher in der „Neuen Zeit" geschrieben hatte: „Das geplante oder befürchtete Attentat auf das Reichstagswahlrecht zum Gegenstand einer Debatte auf dem Parteitag zu machen, wäre ein grober taktischer Fehler, den kein Politiker, am wenigsten eine

Partei, machen darf.“ (Vgl. Prot. Jena 318.) Schon auf dem Parteitag zu Jena wurde von Gegnern der Propaganda des politischen Massenstreiks darauf hingewiesen, daß es gar nicht abzusehen sei, warum die Verteidigungswaffe, wenn sie überhaupt anwendbar und siegverheißend sei, nicht auch als Angriffswaffe dienen solle (z. B. zur Erlangung eines neuen Wahlrechts in Preußen). Es war ferner in den vielen Erörterungen über den Massenstreik auch deutlich genug darauf hingewiesen worden, daß die Stillegung der Produktion nur „der erste Schritt jeder revolutionären Massenaktion“ ist, deren zweite Phase „Aufstände, Straßenkämpfe, Zusammenstöße mit Polizei und Militär“ sind. (Roland Holst „Generalstreik und Sozialdemokratie“ S. 149 ff.)

In dem Stile des Parteitages zu Jena wurde nach demselben die tonangebende sozialdemokratische Parteipresse redigiert, vor allem der radikal revolutionäre „Vorwärts“. Einzelne Gewerkschaftsblätter und Gewerkschaftsführer wagten gleichwohl gegen die Haltung des Parteitages in Sachen des politischen Massenstreiks und gegen die entsprechend gestimmten Parteiblätter Front zu machen. Daher tobte der Kampf zwischen Partei und Gewerkschaft über die Frage des Generalstreiks und Massenstreiks fort. Genährt wurde dieser Kampf durch die Haltung der Lokalisten. Deren gewerkschaftliche Bedeutungslosigkeit ließ sie umsomehr in politischem Radikalismus machen. Ihr Wortführer Dr. Friedeberg vertrat nicht bloß den politischen Massenstreik, sondern den noch allgemeineren Generalstreik. In dem Organ der Lokalisten, in der „Einigkeit“, wurde sowohl die parlamentarische Betätigung der Sozialdemokratie wie auch die Augenblicksarbeit der „freien“ Gewerkschaften zur Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht bloß als völlig ungenügend, sondern als dem Marxismus schnurstracks widerstrebend verworfen und grimmig bekämpft. An Stelle der bisherigen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Taktik sollte die Revolutionierung der Köpfe“ treten, vor allem vermittels der Schaffung „sozialrevolutionärer Gewerkschaften, welche alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Bewegungen zusammenfassen und ihre vornehmlichste Kraft der Propaganda und Herbeiführung des Generalstreiks widmen.“ (Einigkeit 1905, Nr. 35.) Schon vor dem Parteitag zu Jena und vor dem Kölner Gewerkschaftskongreß hatte diese Agitation der Lokalisten für den Generalstreik eingesetzt. In Berlin, wo die Lokalisten ihren größten Anhang haben, sprachen sich Massenversammlungen von mehreren tausend Personen für dieses revolutionäre Programm der Gewerkschaften aus. Nicht Gegenwartsarbeit, sondern revolutionäre Ideen sollten in den Gewerkschaften gefördert werden. Nicht einmal der Sozialismus sollte als Endziel genügen, sondern er wurde nur noch als Uebergangsstadium zur Anarchie im Programm der Lokalisten beibehalten. Daher der Name „Anarcho-Sozialisten“ für diese Gruppe. Der Kölner Kongreß der freien Gewerkschaften desavouierte diese Bestrebungen in seiner diesbezüglichen

Resolution. Auf dem Parteitag zu Jena verurteilte Bebel zwar die Agitation der Anarcho-Sozialisten, man vermied aber, auf ihre Bestrebungen näher einzugehen oder gar dieselben in der Resolution über den Massenstreik ausdrücklich zu verwerfen, wie dies der Kölner Gewerkschaftskongreß getan hat. Auf der anderen Seite wurde in Jena den Gewerkschaftlern zur Pflicht gemacht, der Sozialdemokratie beizutreten. Es heißt in der oben schon zum Teil wiedergegebenen Resolution zum Massenstreik:

„Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist, oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse. — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken."

Mit 287 gegen 14 Stimmen wurde diese Resolution angenommen. Legien hatte zwar beantragt, die Empfehlung des Massenstreiks aus der Resolution zu entfernen, im übrigen erklärte auch er sich mit derselben einverstanden. Der offenbare Widerspruch zwischen dem Geiste der Kölner Tagung und demjenigen des Jenaer Parteitages wuchs sich nunmehr aus zu einem regelrechten

Kompetenzstreit zwischen Partei und Gewerkschaften.

Beide Organisationen nahmen zu derselben Frage Stellung; welche von beiden sollte entscheiden? Sollte sich die Partei der Gewerkschaft, oder umgekehrt die Gewerkschaft der Partei fügen, oder wie sollte eine Vermittlung möglich sein? Das war die Frage, die nunmehr die Geister beschäftigte und zu fortgesetzten, höchst erbitterten Preßfehden zwischen Partei und Gewerkschaft führte. Um diesen Kämpfen ein Ende zu bereiten, fand im Februar 1906 eine Konferenz der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände statt. Müller, der Vertreter des Seemannsverbandes, der diese Konferenz mit der Tagesordnung „Partei und Gewerkschaften" angeregt hatte, sprach sich gleich zu Beginn der Konferenz dahin aus, daß er es für nötig finde, „mit der Partei, der Parteileitung und speziell der Parteipresse ein besseres Einvernehmen" herzustellen, bei dem die oberste Instanz der Gewerkschaften möglichst konsequent und ernst die gewerkschaftlichen Interessen zu vertreten hätte. Als Voraussetzung der Verständigung bezeichnete Müller die Anerkennung der Gleichberechtigung und Selbständigkeit beider Organisationen. Eine förmliche Verständigung brachte diese Konferenz zwar nicht, obschon Bebel auf einer andern voraufgegangenen Konferenz zwischen Parteivorstand und Generalkommission nicht mehr in den gleich scharfen Tönen wie in Jena seinen Standpunkt hinsichtlich des Massenstreiks vertreten hatte. Wohl aber kamen die großen Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und radikal sozialistischer Taktik auf dieser Konferenz von neuem zur Erscheinung. Bringmann vom Zimmererver-

band ging sogar so weit, die Notwendigkeit zu betonen, eine neue gewerkschaftliche Theorie zu entwerfen, speziell im Gegensatz zur Gewerkschaftstheorie der radikalen Sozialdemokratie. Das Protokoll über diese Konferenz, dem ein von Silberschmidt (Generalkommission) verfaßtes Protokoll über die voraufgegangene Aussprache zwischen Parteivorstand und Generalkommission über die Propaganda des Massenstreiks beigefügt war, gelangte in den Besitz der Lokalisten. Diese veröffentlichten aus demselben die Bebelschen Ausführungen über die Propaganda des Massenstreiks und beschuldigten Bebel, in dieser Frage eine andere Haltung als in Jena eingenommen zu haben. Trotz des Widerspruchs der Gewerkschaften veröffentlichte daraufhin der Parteivorstand den größten Teil des Protokolls der Konferenz, insbesondere auch die Debatten über das Verhältnis der Partei und Gewerkschaften zueinander. Der nunmehr folgende Parteitag zu Mannheim 1906 mußte sich deshalb notgedrungen mit derselben Angelegenheit befassen. Ein Antrag Kautsky und Genossen, die Oberherrschaft der Partei über die Gewerkschaften zu proklamieren und von den Gewerkschaftsmitgliedern zu verlangen, „sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder andern öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen" (Prot. 138) wurde zwar in dieser Form nicht angenommen, ebenso wurde ein Antrag Legien „der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht", verworfen, weil diese Lösung den Anschein erweckte, als beanspruche man für den Kölner Gewerkschaftsbeschluß den Vorrang und verlange von Parteitagbeschlüssen, daß sie einem Gewerkschaftskongreß nicht widersprechen dürften. In einer geheimen Kommissionssitzung wurde die Einigungsformel gefunden, ohne daß die Frage prinzipiell völlig geklärt wurde. Die Radikalen von der Partei mußten darauf verzichten, von den Gewerkschaften blinde Unterwerfung zu fordern. Auf der andern Seite mußten die Gewerkschaften, um dieses Zugeständnis zu erkaufen, die Versicherung geben, daß sie sich nicht innerlich von der Partei entfernen, sondern im Gegenteil im Geiste der Partei wirken wollten. Die schließlich angenommene diesbezügliche Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteibeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht in Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.

Der Parteitag empfiehlt nochmals nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der Bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen. Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken." (Prot. 473).

Die Maifeier, ein sozialdemokratisches Demonstrationsstück, hatte von jeher auch die Gewerkschaften in Mitleidenschaft gezogen. Die Partei beschloß die Maifeier und die Gewerkschaften mußten die Kosten zahlen. Oft genug bestanden diese Kosten nicht bloß in der Entschädigung für Gemaßregelte, sondern eine dauernde Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse für einzelne sowohl wie für ganze Branchen war die Folge dieser sozialdemokratischen Demonstration. In dieser Beziehung bemerkte Silberschmidt-Berlin auf dem Jenaer Parteitag mit Recht:

„Der Streit geht nicht um die Maifeier selbst, sondern um die Form der Feier. Daß nur Gewerkschaftsführer Zweifel an der Durchführbarkeit der Arbeitsruhe hätten, ist falsch. Ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder teilt diese Zweifel. Ich bin ferner ermächtigt, zu erklären, daß die ganze schlesische Parteiorganisation die Beseitigung der Arbeitsruhe wünscht. Die Geldfrage ist für uns in zweiter oder letzter Linie maßgebend. Es steht aber fest, daß durch die Arbeitsruhe die Entwicklung der Organisationen unter Umständen schwer geschädigt wird. Da werden häufig große industrielle Betriebe wieder auf Jahre hinaus von Organisierten entblößt und es vergehen wieder Jahre, bevor die Organisation wieder den früheren Einfluß gewinnt. Die Arbeitsruhe verhindert uns, die Lohnbewegungen so zu führen, wie es die Taktik fordert. In diesem Sinne ist gesagt worden, daß die Maifeier die Taktik der Gewerkschaften durchkreuzt. Die Maifeier zwingt uns, zu ganz bestimmtem Zeitpunkte uns auf Lohnbewegungen einzulassen; die Unternehmer können sich darauf vorbereiten und unsere Aufgabe ist uns erschwert." (Prot. 263.)

Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß (1905) war infolgedessen auch die Abneigung gegen die Feier des ersten Mai durch Arbeitsruhe deutlich zutage getreten, wenngleich man des lieben Friedens wegen von einer Resolution in diesem Sinne Abstand nahm. Der Parteitag

in Jena dagegen hielt sich, wie in der Frage des Massenstreiks, so auch in dieser Frage für berufen, ein Gegengewicht gegen die gewerkschaftlichen Abwiegelungen in Punkto Maifeier zu schaffen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 beschloß er einstimmig „die allgemeine Arbeisruhe als die würdigste Form der Feier". Der Parteitag machte es den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, „neben den andern Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen". (Prot. 141.) Auch dieser Fremdkörper in der Gewerkschaftsbewegung, die sozialdemokratische Maifeier, wird für die freien Gewerkschaften noch lange ein Zankapfel bleiben, dank ihrem engen Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei.

Das Resultat der zuletzt beschriebenen Auseinandersetzungen war eine Anerkennung und offene Dokumentierung der innigen Verbindung zwischen der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften. Das Korrespondenzblatt der freien Gewerkschaften bringt in zwei Artikeln Nr. 36 und 37 des 16. Jahrganges 1906 diese Auffassung kurz vor dem Mannheimer Parteitag in symptomatischen Erörterungen über das Thema Partei und Gewerkschaften zum Ausdruck. Wir geben die charakteristischen Teile dieser Ausführungen hier wörtlich wieder:

„Die Gewerkschaften fußen heute, ebenso wie vor und nach dem Ausnahmegesetz auf der Theorie des Klassengegensatzes zwischen Kapitalist und Arbeiter und sie erkennen den Klassenkampf als die notwendige Folge dieses Gegensatzes und die Aufhebung der Kapitalistenklasse (!) die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung als die einzige Lösung dieses Verhältnisses an. An dieser Lösung mit zu arbeiten ist die gewerkschaftliche (!) und genossenschaftliche Organisation (!) nicht minder, als die politische Organisation der Arbeiterklasse berufen . . . Es fallen ihnen (allen diesen Organisationen) auch eine Reihe gemeinsamer Aufgaben zu, über die sie sich zu verständigen haben. Verständigung bedeutet natürlich nicht Unterordnung der einen unter die andere Organisation, sondern freiwilliges Zusammenwirken gleichberechtigter Faktoren im Interesse des Gesamtwohls . . . . Soweit die Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften Parteigenossen sind, werden sie sich selbstredend bei ihrer Entscheidung zugleich von ihrer parteigenössischen Ueberzeugung oder Empfindung leiten lassen. Das dürfte auf die Leiter unserer Gewerkschaften wohl ausnahmslos zutreffen (!) . . . Die Gewerkschaften müssen möglichst alle Berufs- und Klassengenossen umfassen, sie können auf keinen Mitarbeiter wegen einer andern politischen Ueberzeugung desselben verzichten. Sie können auch keinen Zwang auf ihre Mitglieder zum Eintritt in die Partei ausüben, sondern lediglich darüber Aufklärung verbreiten, daß für die politische Vertretung gewerkschaftlicher Interessen nur die Sozialdemokratie Gewähr bietet (!) daß die sozialdemokratische Presse allein eine Arbeiterpresse ist (!) die dem Arbeiter unbedingt zur Verfügung steht und daß die beste politische Organisation daher die in sozialdemokratischen Wahlvereinen ist (!) . . . . Wenn die Gewerkschaften ihre Mitglieder im Sinne des Klassenkampfes erziehen, wenn sie ihnen sagen, daß nur die Sozialdemokratie wirksam die Arbeiterinteressen auf

politischem Gebiete vertrete, kann man denn noch mehr von ihnen verlangen? .... Aber die Gewerkschaften tun weit mehr; ihre Presse und Redner vermeiden keineswegs das Wort Sozialdemokratie, sondern heben die Wirksamkeit der Partei sehr eindringlich hervor. Und in der Tat leisten die Gewerkschaften ein eminentes Erziehungswerk für den Sozialismus (!) ...."

Das Resultat der letzten Auseinandersetzung zwischen Partei und Gewerkschaften 1905—1906 ist also dies: Die äußere und innere Erstarkung der freien Gewerkschaften hat es zuwege gebracht, daß die gewerkschaftliche Organisation nicht mehr als Aschenbrödel neben der Parteiorganisation gilt, die Leitung der erstern hat sich „Respekt" und „Berücksichtigung" bei der Parteileitung verschafft im Gegensatz zum Kölner Parteitag 1893. Was aber auch heute noch, ja heute erst recht abgelehnt wird, ist eine Trennung der „freien" Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei. Die Einheit der Grundsätze, die ideelle Uebereinstimmung der leitenden Gewerkschaftskreise mit der Sozialdemokratie, die Notwendigkeit einheitlicher Aktion auf Grund gegenseitiger Verständigung zwischen den beiden Körperschaften wird heute offener, als es früher zeitweilig geschah, anerkannt und als notwendig von beiden Teilen gefordert. Darin stehen die Revisionisten nicht zurück hinter den Radikalen. Schrieben doch die „Sozialistischen Monatshefte" 1906, 1. Band 87) anläßlich des Kampfes zwischen Partei und Gewerkschaft nach dem Jenaer Parteitag:

„Der Kenner der Verhältnisse weiß aber, daß beide Bewegungen sich in den grundsätzlichen Fragen durchaus einig sind, und daß auch das Mißtrauen einiger Parteigenossen gegen die angeblich frondierenden Gewerkschaften jeder Berechtigung entbehrt."

Die „freien" Gewerkschaften haben niemals von der Auffassung abgelassen, als ob die Sozialdemokratie die einzig richtige politische Arbeitervertretung darstelle. Dieser Satz gilt ihnen als unumstößliches Glaubensbekenntnis. Und bis auf den heutigen Tag ziehen sie aus diesem Grundsatz die Konsequenz, daß die Gewerkschaft auch mit sozialistischem Geiste erfüllt werden und einheitlich mit der Partei operieren müsse.

Die Ortsgruppen der freien Gewerkschaften im Lande machen die praktische Anwendung auf diese neueste Stellungnahme natürlich nicht so vorsichtig und diplomatisch wie manche Führer, und so wissen denn die Arbeiter davon zu erzählen, daß in den Jahren 1905 und 1906 der parteipolitische Fanatismus und Terrorismus und die Unduldsamkeit gegen jede andere nicht sozialistische Ueberzeugung in den freien Gewerkschaften mehr wie je grassiert haben. Selbst innerhalb des Buchdruckerverbandes, bei dem man auf Grund früherer Entwicklungsgänge etwas anderes hätte erwarten sollen, sind ähnliche Erscheinungen zutage getreten. Nicht bloß die Generalkommission und der Parteivorstand verständigen sich bei wichtigen Anlässen und operieren gemeinsam, auch draußen im Lande wird nach dem gleichen Rezept verfahren. Der „Vorwärts" (1907, Nr. 35)

stellt fest, daß der „Korrespondent" das einzige Gewerkschaftsorgan war, welches bei der Reichstagswahl 1907 nicht offen zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel aufgefordert habe, daß aber dieses eine Organ mit seiner Haltung im Widerspruch mit den Angehörigen des Verbandes sich befunden habe, die eine Stellungnahme für die Sozialdemokratie von seiten des Verbandes teils formell gefordert, teils praktisch vollzogen hätten. (Leipzig, Berlin, Frankfurt.) Reichliche Wahlgelder (die Summe von 100 000 M. bei der Wahl 1907 ist sicher nicht zu hoch gegriffen) sind aus den Kassen der „freien" Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei zugeflossen, die Arbeitslosen wurden systematisch der Partei als Agitatoren im Wahlkampf zur Verfügung gestellt (so beispielsweise beschlossen im Dortmunder Gewerkschaftskartell); die Vertrauensmänner der Gewerkschaften warben für die Parteipresse und kolportierten zugleich mit den Aufnahmescheinen der Gewerkschaften auch die Abonnementseinladungen auf die sozialdemokratische Parteipresse, Statistiken wurden von den Gewerkschaften aufgestellt über die Zahl der Abonnenten dieser Presse innerhalb der Gewerkschaften, auch für den sozialdemokratischen Verein legten sich die Gewerkschaften ins Zeug. In den Hochburgen der Sozialdemokratie, wie in unseren Hafenstädten, in Leipzig, Berlin usw. wurde diese Propaganda ganz offen getrieben, anderwärts mit einiger Vorsicht und Zurückhaltung, aber nirgends fehlte sie ganz. Und wie hat erst die gewerkschaftliche Praxis unter der Abhängigkeit der freien Gewerkschaften von der doktrinären Sozialdemokratie gelitten! Oben wurde bei Behandlung der einzelnen Fragen der klare Nachweis dafür geliefert.

Mehr konnten die „freien" Gewerkschaften wirklich nicht tun, um ihre „Einheit mit der sozialdemokratischen Partei" handgreiflich zu beweisen.

Nach alledem erübrigt es sich, auch noch durch Zitate aus der sozialdemokratischen Literatur und aus der Presse der „freien" Gewerkschaften den Nachweis über die innige Verbindung zwischen den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zu erbringen. Derartiges Material steht so reichhaltig zur Verfügung, daß unmöglich von einzelnen Entgleisungen der Gewerkschaftspresse auf diesem Gebiete die Rede sein kann. Die Geschichte der freien Gewerkschaften von Anbeginn bis auf den heutigen Tag ist der beste Beweis dafür, daß die angeblich „freien" Gewerkschaften mit Recht sozialdemokratische Gewerkschaften genannt werden. Die Ehrlichen unter ihren Anhängern haben diesen Namen ja auch als „Ehrentitel" ausdrücklich akzeptiert.

Das Verhältnis der freien Gewerkschaften zur Religion

folgert mit natürlicher Konsequenz aus ihrer Stellung zur sozialdemokratischen Partei. Die religions- und kirchenfeindliche Agitation, die anerkanntermaßen innerhalb der sozialdemokratischen Partei bis auf die Gegenwart betrieben worden ist, mußte sich bei der engen Verbindung

zwischen Partei und Gewerkschaften auch auf die letztere übertragen. Der Geist, der in der Agitation der freien Gewerkschaften lebt und sich betätigt, ist dem Christentum feindlich. Wenn von sozialdemokratischer Seite behauptet wird, Gewerkschaften und Religion hätten nichts miteinander zu schaffen, so bedeutet dieses Wort in sozialdemokratischem Munde durchaus nicht: Die Behandlung religiöser Fragen liegt außerhalb der Zwecke der Gewerkschaftsbewegung, im übrigen aber sollen die Gewerkschaften in ihrer ganzen Tätigkeit die religiöse Ueberzeugung ihrer Mitglieder praktisch respektieren und in keiner Weise verletzen. Diese letztere, durchaus berechtigte und selbstverständliche Bedingung erfüllen die Sozialdemokraten in ihrer Gewerkschaftsbewegung nicht und sie hüten sich auch, die religiöse Neutralität so zu kennzeichnen. Daß die Gewerkschaften andere Zwecke verfolgen als religiöse oder gar kirchliche Vereine, ist selbstverständlich. Trotzdem oder besser gerade deswegen haben sie aber die Pflicht, die religiösen Ueberzeugungen der Arbeiter in jeder Hinsicht, sowohl in Versammlungen, wie in der Presse, wie in der ganzen gewerkschaftlichen Praxis zu achten. Aber das geschieht nicht. Man predigt in den Gewerkschaften nicht bloß einen berechtigten Klassenkampf, der auch dem vierten Stand zur Anerkennung und zu seinen Rechten verhelfen will, sondern man predigt geradezu den Klassenhaß und den Kampf der Klasse gegen Klasse unter allen Umständen und mit allen Mitteln. Keine rechtlichen Gesichtspunkte, sondern nur Machtfragen sollen dabei entscheidend sein. Der Geist des krassen und nackten Materialismus ist sowohl theoretisch wie praktisch durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften stets und ständig verbreitet worden. (Vergl. hierüber auch Imbusch „Ist eine Verschmelzung der Bergarbeiterorganisationen möglich?") Der Mangel an gewerkschaftlicher Disziplin, die Oberherrschaft der Leidenschaften über die ruhige Vernunft, das Unterliegen der Führer unter dem Fanatismus der Massen legen das beste Zeugnis für diesen gewerkschaftlich grundfalschen aber auch unchristlichen Geist innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung ab. Weil christliches Denken und Fühlen einem solchen Radikalismus widerstrebt, darum hält sich die Presse der freien Gewerkschaften ebenso wie die sozialdemokratische Partei für berufen, Christentum und Kirche als angebliche Feinde der Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Es erübrigt sich an dieser Stelle, die hunderte, im Laufe der Zeit aus der freien Gewerkschaftspresse gesammelten Belege, für diesen Kampf gegen Religion und Kirche wiederzugeben. Diese Tatsachen leugnet kein ehrlicher Beurteiler. Es ist auch bekannt und wissenschaftlich nachgewiesen, daß die Bibliotheken der freien Gewerkschaften eine reiche, antireligiöse Literatur aufweisen und daß gerade diese am meisten gelesen wird.

Unter den am meisten gelesenen Werken dieser Bibliotheken befinden sich nach Dr. Pfannkuche „Was liest der deutsche Arbeiter?" Tübingen 1900: Corvin, „Pfaffenspiegel", Bebel, „Die Frau", Dulk, „Der Irrgang des Lebens Jesu", Dodel, „Moses oder Darwin"? Renan, „Leben Jesu" und andere grundsätzlich antireligiöse Schriften.

Man wende nicht ein: Diese Schriften sollen den „Bildungsbestrebungen" der Arbeiter dienen; niemand ist gezwungen sie zu lesen. Die Erfahrung lehrt, daß von der Einstellung dieser Bücher in die Bibliotheken der Gewerkschaften bis zu ihrer agitatorischen Ausnutzung nur ein Schritt ist. Die soziale Bildung der Arbeiter, deren Pflege Aufgabe einer neutralen Gewerkschaft ist, hat mit diesen gehässigen Kampfes- und Schmähschriften nichts gemein. Hätten die freien Gewerkschaften Achtung vor der religiösen Ueberzeugung ihrer Mitglieder, so würden sie solche Literatur aus ihrem Arsenal fern halten und es ihren sozialdemokratischen Mitgliedern überlassen, ein so geartetes Bildungsbedürfnis anderwärts zu befriedigen. Ebenso wie es für die Mehrzahl der sozialdemokratischen Gewerkschaftler unumstößlicher Glaubenssatz ist, daß die sozialdemokratische Partei die einzige Vertreterin der Arbeiterinteressen sei, ebenso ist es für die führenden Kreise in der freien Gewerkschaftsbewegung ausgemachte Tatsache, daß Vernunft und Wissenschaft auf der einen Seite und Religion und Kirche auf der andern, sich gegenseitig ausschließen. Der Führer der freien Gewerkschaften, Genosse Legien, bezeugte diese Tatsache bei Gelegenheit einer „öffentlichen Sitzung" des fünften Kongresses der freien Gewerkschaften zu Köln am 26. Mai 1905 mit den Worten: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen geworden sind! Wir sehen zu viel um zu glauben. Wir werden ja einst dafür in der Hölle braten müssen, aber laßt uns doch". — Unter diesen Umständen mußten die freien Gewerkschaften bis auf die Gegenwart ebenso sehr ein Kampfmittel gegen Religion und Kirche wie eine Rekrutenschule für die sozialdemokratische Partei werden.

* * *

Für den gewerkschaftlichen Praktiker ist es müßige Arbeit, die Frage zu beantworten, welche Entwicklung von der freien Gewerkschaft in Zukunft zu erwarten ist. Die einen erwarten eine Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Partei in einen radikalen Flügel und in einen reformerischen Flügel, der sich dann dem radikalen Liberalismus anschließen werde. Die Folge dieser Entwicklung würde entweder eine Neutralisierung der freien Gewerkschaften, oder auch eine Teilung in eine radikale und eine reformerische Richtung sein. Andere sind der Meinung, daß die Gewerkschaften die ganze Sozialdemokratie in eine radikale Reformpartei der Arbeiter umbilden werden und wenn der Vorsitzende des freien Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlicke, auf der letzten Generalversammlung dieses Verbandes (München 1907), das bekannte Wort Bömelburgs „Partei und Gewerkschaften sind eins" umgeprägt hat in die neue Formel „Die Gewerkschaften sind die Partei", so gewinnt es fast den Anschein, als sollte diese Meinung Recht behalten; aber uns scheint, diese Ansicht trägt der ideellen Seite des politischen Lebens zu wenig Rechnung, und jedenfalls wird die sozialdemokratische Partei sich auch sobald in die ihr dabei zugedachte Rolle nicht ergeben. Endlich erachten andere Kritiker, darunter auch

linksstehende Vertreter der Wissenschaft, die freien Gewerkschaften unzertrennlich mit der sozialdemokratischen Partei verbunden, ganz gleich ob der Radikalismus oder der Revisionismus in der letzteren herrscht. In diesen Dingen läßt sich nichts prophezeien; soviel steht fest, daß in Vergangenheit und Gegenwart eine so innige Verbrüderung zwischen der sozialdemokratischen Partei und den „freien" Gewerkschaften bestanden hat und besteht, daß für absehbare Zukunft mit einer Selbständigkeit der freien Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Partei nicht gerechnet werden kann und damit ist für jeden nicht sozialistischen Arbeiter die Notwendigkeit und die Pflicht gegeben, sich außerhalb der sozialdemokratischen Verbände gewerkschaftlich zu organisieren.

10. Kapitel.

Die Weiterentwicklung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart.

Wie oben dargelegt, wurde gleichzeitig mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften auch die Gründung der deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker vollzogen. Im Jahre 1869 war ihre Organisation im wesentlichen ausgebaut. Ende März 1869 konnten vier Gewerkvereine gegründet werden, die sich zu Pfingsten desselben Jahres zu dem Verbande der deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker zusammenschlossen. Gleichzeitig trat das Verbandsorgan „Der Gewerkverein" ins Leben und wurde die Verbands-Invalidenkasse gegründet. Ihren größten Anhang fanden die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vornehmlich unter den Maschinenbauern und in Berlin. Unter den 25 Delegierten, welche den ersten Verbandstag vom 26.—29. August 1871 besuchten, befanden sich 17 Delegierte aus Berlin. Die Berliner Maschinenbauer allein stellten sechs. Der Nachdruck der Arbeit der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine lag von vornherein auf dem Kassenwesen. Nach Analogie der englischen Verhältnisse erstrebte Dr. Hirsch die freiwillige Selbstversicherung der Arbeiter durch die Gewerkvereine. Neben dem Organ „Der Gewerkverein" bildeten daher die Kassenfragen den Hauptgegenstand der Verhandlungen auf den ersten Kongressen der Gewerkvereine. Die Invalidenkasse trat zuerst ins Leben, dann beriet man über eine Witwen- und Waisenversicherung, dann über die Gründung von Kranken- und Begräbniskassen, ferner schon über die allgemeine Auszahlung der Invalidenrenten im 55. Lebensjahre. Diese Frage bildete einen Gegenstand der Verhandlungen schon auf dem ersten ordentlichen Verbandstag im August 1871. Neben diesen Unterstützungsaufgaben ließ Dr. Hirsch die Interessenvertretung der Arbeit gegenüber dem Kapital in den Hintergrund treten. Hatten doch seine Anhänger schon vor dem sozialdemokratischen Kongreß des Jahres 1868 gegen die Vereinsbildung „zur Organisation des sozialen Krieges" protestiert.

Man hoffte auf dem Wege freiwilliger Verständigung die Schaffung von Kriegskassen und den Streik selbst überflüssig machen zu können. Schon im Jahre 1869 mußten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und ihre Leitung bei dem Streik der 7000 Waldenburger Bergleute die Probe auf den Wert dieser Theorie für die damalige Zeit machen. Alle Bemühungen zur Vermittlung schlugen fehl und der Streik verlief resultatlos.

1. Die Stellung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu den politischen Parteien

wurde gerade wie diejenige der „freien" Gewerkschaften durch damalige Zeitverhältnisse und durch die Art der Gründung beeinflußt. Zwar sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nicht in dem Maße Gründungen der Fortschrittspartei gewesen, wie die freien Gewerkschaften anfangs Teilverbände der sozialdemokratischen Partei-Organisation waren. Aber der innige Zusammenhang und die Abhängigkeit der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine von der Fortschrittspartei schon gleich bei und nach der Gewerkvereins-Gründung sind nicht zu verkennen. Die neuesten Bemühungen, diese Zusammenhänge zu leugnen, verfehlen ihren Zweck und weisen im Gegenteil die Arbeit der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine für die Fortschrittspartei nach. So schreibt „Der Gewerkverein" 1870 Nr. 46:

„Wochenschau. Der gestrige Tag der Vorwahlen für das preußische Abgeordnetenhaus war wenigstens in unserer großen Hauptstadt ein Siegeszug der entschieden liberalen Partei (Fortschrittspartei) . . ." Unter der Ueberschrift: Die Wahlen zum deutschen Reichstag, heißt es in demselben Blatt 1871 Nr. 5: „. . . . Aber nicht allein, daß jeder wähle, sondern wie er wähle, ergibt sich aus der ganzen Richtung der Gewerkvereine . . . . Ja selbst unsere speziellen Interessen fordern gebieterisch die Wahl nach einer bestimmten Richtung. Das Vereins- und Versammlungsgesetz und das Gesetz über die Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen, beide in nächster Zeit bevorstehend, berühren den Lebensnerv unserer Organisation und sie werden nur dann den mäßigen Anforderungen genügen, wenn eine energische liberale Majorität im Reichstag vorhanden ist. Das fühlt, das weiß jeder — und es sollte jemand schwanken, ob er entschieden liberal wählen soll?" Derselbe Artikel empfahl den Mitgliedern der Gewerkvereine, da, wo eine „entschieden liberale Partei" vertreten wäre, sich dieser anzuschließen, wenn nicht, „sich als besondere Wahlpartei selbständig zu organisieren." . . . „Es gilt jetzt die Probe abzulegen in entscheidender Stunde, daß die Mitglieder unserer Organisation treue und energische Bundesgenossen der entschieden liberalen Partei sind, deren kräftige Unterstützung sie dadurch erwerben." (Vergl. „Geschichte des Verbandes der deutschen Gewerkvereine H.-D." S. 19—23.)

Wenn auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit dieser Stellungnahme noch nicht zu einer „Wahlmaschinerie" der Fortschrittspartei wurden, partei-politisch neutral war diese Haltung sicher nicht. Die Gewerkvereine traten mit diesen Kundgebungen für eine ganz bestimmte Partei ein, sie plaidierten nicht bloß im allgemeinen für eine liberale Politik, sondern sogar für eine bestimmte Richtung innerhalb

der liberalen Parteien, für die Fortschrittspartei. Das war um so weniger berechtigt, als auch außerhalb der liberalen Parteien, bei andern Abgeordneten, das „Vereins- und Versammlungsrecht, Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen" die nötige Unterstützung fanden.

War schon bei der Gründung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine trotz deren innigem Anschluß an die Fortschrittspartei nur ein Teil der Führer dieser Partei für die Gewerkvereine eingetreten, so erkaltete nach dem siebziger Krieg und nach dem Waldenburger Streik die Begeisterung für die Gewerkvereine auf Seiten der Fortschrittspartei immer mehr. Der Anwalt der Gewerkvereine, Dr. Max Hirsch, gab ihr 1873 das Zeugnis:

„Man kann sagen, negativ hat sie (die Fortschrittspartei) in den meisten Fällen ihre Schuldigkeit getan . . . aber gerade weil ich von ihrer Gründung an ein eifriges Mitglied der Fortschrittspartei gewesen bin, beklage ich es um so mehr, daß sie denn doch jetzt altersschwach geworden ist." (Gleichauf a. a. O. 70.)

Infolgedessen wurde damals innerhalb der Gewerkvereine für Aufstellung selbständiger Arbeiterkandidaturen Stimmung gemacht. Aber nur an wenigen Orten, geschweige denn in ganzen Wahlkreisen waren die H.-D. Gewerkvereine mit beträchtlicher Mitgliederzahl vertreten. Ende 1874 zählten 14 H.-D. Gewerkvereine in 347 Ortsgruppen nur 22 000 Mitglieder. Im Verlauf der folgenden Jahre ließ man deshalb von diesen müßigen Bestrebungen ab. Trotz des völligen Versagens der Fortschrittspartei auf dem Gebiete der sozialen Politik trat das Verbandsorgan „Der Gewerkverein" immer noch offen für die Fortschrittspartei ein. (Gleichauf a. a. O. 124.) Die gewaltigen Verluste der Fortschrittspartei in den siebziger Jahren veranlaßten diese, im Interesse ihrer Erfolge bei den Wahlen wieder erneut Anschluß an die Gewerkvereine zu suchen. „Der Gewerkverein" brachte in Nr. 49 des Jahrgangs 1876 eine entsprechende offizielle Kundgebung des Zentralwahlkomitees der deutschen Fortschrittspartei, auf welche „Der Gewerkverein" mit folgender Auslassung antwortete:

„. . . Wir stehen nicht an, die Erklärung der Fortschrittspartei für eins der wichtigsten Ereignisse unserer Zeit zu erklären, dessen ganze Tragweite erst die Zukunft dartun wird. . . . Vor allem aber ist es nun Sache unserer Mitglieder und Anhänger, in ganz Deutschland durch sofortiges tatkräftiges Eintreten in die Wahlbewegung für unsere und die gesamte Volkssache schon bei den bevorstehenden hochwichtigen Wahlen zu wirken. Die Situation ist jetzt klar . . . also überall wolle man schleunigst Wahlkomitees bilden oder mit den bestehenden, entschieden liberalen Wahlkomitees in Verbindung treten, wie es auch vielfach schon geschehen ist. Bei der Aufstellung der Kandidaten aber mögen unsere oft allzu bescheidenen Genossen wohl bedenken, daß die Fortschrittspartei selber die Wahl einiger Kandidaten aus den Kreisen der Gewerkvereine als höchst wünschenswert erklärt." (Gleichauf a. a O. 134, 135.)

Als in Berlin die christlich-soziale Arbeiterpartei Stöcker'scher Richtung gegründet wurde (1877/78), nahmen die H.-D. Gewerkvereine sofort Stellung gegen dieselbe und verpflichteten ihre Leute auf das

liberale Programm. Dieser enge Anschluß der H.-D. Gewerkvereine an die in liberalem Fahrwasser schwimmende Fortschrittspartei verkettete das Schicksal der ersteren aufs innigste mit dem Rückgang der letzteren. Die Arbeitermassen kehrten von Jahr zu Jahr mehr der Fortschrittspartei den Rücken und die Folge davon war die, daß auch die H.-D. Gewerkvereine keine Organisation der Massen wurden, wozu sie doch berufen waren. Ende 1880 zählten sie in 540 Ortsvereinen nur rund 21 000 Mitglieder, obschon das Sozialistengesetz ihnen wenig Eintrag getan hatte.

Die Gewerkvereine und vor allem der Zentralrat, verlegten sich vornehmlich auf das Kassenwesen und gingen in der Begeisterung für ihre Verbandskassen sogar soweit, daß sie gegen die obligatorische Versicherung durch Staatsgesetz Einspruch erhoben und ihre Kassen als Ersatz für die staatliche Zwangsversicherung anpriesen. Zu gleicher Zeit aber befürchteten sie das Eindringen der Sozialdemokraten in ihre Kassen und dadurch die Sprengung ihres Verbandes und Schaden für die Fortschrittspartei. Auf dem Verbandstag im Jahre 1876 wurde deshalb von Dr. Hirsch beantragt, im § 4 des Statuts zu bestimmen:

„Mitglied kann jeder . . . Arbeiter werden, welcher die Hebung des Arbeiterstandes zu Selbständigkeit und Gleichberechtigung mit allen anderen Klassen auf dem Wege der gesetzlichen Reform, insbesondere durch Berufsorganisation, Bildung und Genossenschaft erstrebt und überhaupt den Grundsätzen der deutschen Gewerkvereine (H.-D.) huldigt und demgemäß durch einen Revers mit seiner Unterschrift erklärt, weder Mitglied noch Anhänger einer anderen, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu sein. . . ."

Wie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine politisch dachten, wurde oben nachgewiesen. Der Antrag Hirsch kam also einer Verpflichtung auf das politische Programm des Liberalismus, speziell der Fortschrittspartei gleich. In dieser Schärfe gelangte er nicht zur Annahme, sondern in folgendem Wortlaut:

„Mitglied kann jeder . . . Arbeiter werden, welcher . . . überhaupt den Grundsätzen der deutschen Gewerkvereine H.-D. huldigt und demgemäß durch einen Revers mit seiner Unterschrift erklärt, weder Mitglied noch Anhänger der Sozialdemokratie zu sein. . ."

Die Grundsätze der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine fußten auf der liberalen Wirtschaftslehre. Daß die Gewerkvereine auf diesem Boden aufbauend sogar so weit gingen, obligatorische Versicherungen zu verwerfen, wurde oben bereits betont. Nur hinsichtlich des Arbeiterschutzes machten sie eine Ausnahme und nahmen auf verschiedenen Verbandstagen zu den wichtigsten Fragen des Arbeiterschutzes in verhältnismäßig anerkennenswerter Weise Stellung. Derartige Resolutionen standen aber lediglich auf dem Papier. Die Fortschrittspartei, der sich die Gewerkvereine verschrieben hatten, konnte und wollte ihnen keinen Nachdruck verleihen. Zu einer Agitation in den Volksmassen zugunsten derartiger Bestrebungen kam es deshalb auch nicht.

Zur Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse wußten die Gewerkvereine auf ihren Verbandstagen bis zum Jahre 1895

nichts anders zu empfehlen als: Rechtsschutz, Arbeitsnachweis, Hilfsgelder, Unterstützung für Reisende und Arbeitslose und Schiedsgerichte. Damit war natürlich in dieser Periode nichts zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse geleistet. Als man unter dem Zwang der Tatsachen im Jahre 1895 im äußersten Fall auch den Streik zugestand, geschah dieses so verschämt und verklauseliert, daß man ruhig sagen kann, bis in die neueste Zeit hinein haben die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine bei dem unvermeidlichen Kampf der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen versagt.

2. Organisation und Agitation der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine

sind ebenfalls durchaus verfehlt gewesen. Herr Dr. Hirsch hat sich auch in diesen Punkten zu sehr an das englische Vorbild gehalten und die Eigenart der deutschen Verhältnisse zu wenig berücksichtigt. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vermieden ängstlich die Freistellung von Beamten im Lande. Nur an der Zentralstelle wurden einige wenige Kräfte für die Verbandsarbeit angestellt. Im Lande begnügte man sich damit, den Vertrauensleuten gewisse Prozentsätze von den Einnahmen der Kassen als Entschädigung für ihre Arbeit zuzubilligen. Auch dadurch wurde das Hauptgewicht der Werbearbeit auf die Ausbreitung der Kassen gelegt und weniger auf die Agitation für die Gewerkschaftsidee unter den Massen der Arbeiter. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hatten in den ersten Jahren gewerkschaftlicher Entwicklung in Deutschland mehr Bargeld in ihren Kassen als die sozialistischen Gewerkschaften, hatten auch einen festeren Mitgliederbestand, aber in der Organisation und Agitation — und darauf kam es doch in jener Zeit hauptsächlich an — waren die sozialistischen Gewerkschaften den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen hundertfach überlegen. Der Charakter der G. V. H.-D. brachte es mit sich, daß unter den Mitgliedern viele waren, die kaum als „Proletarier" gelten können, und so ist es geblieben bis auf die Gegenwart. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, von unten herauf Wandel zu schaffen, aber die verknöcherte Form der Zentralisation, welche in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen bestand, ließ es auf diesem Gebiete nur sehr spät zu Reformen kommen. Erst im Jahre 1904 schwang man sich dazu auf, in einzelnen Orten und Bezirken Auskunftsbüros (!) und auch diese nur im Nebenamt zu errichten. Statt dessen ließ man neben der eigentlichen Gewerkvereinsorganisation und außerhalb ihres Rahmens, sogenannte Ausbreitungsverbände für Agitationszwecke aufkommen, die von Mitgliedern und Delegationen der Gewerkvereine gebildet wurden, aber im übrigen eine selbständige Wirksamkeit neben den Gewerkvereinen entfalten konnten. Solche Ausbreitungsverbände wurden gegründet für Bayern, Schlesien, für die Lausitz, für Sachsen, Thüringen und für Rheinland und Westfalen; letzterer mit dem Sitz in Düsseldorf. Da diese Verbände nicht dem Organismus der Gewerkvereine eingegliedert waren, konnten sie natürlich auf der einen Seite nicht das nötige zur Reorganisation des Verbandes leisten, boten aber

auf der andern Seite die beste Gelegenheit, Differenzen in den Verband hinein zu tragen. Speziell die Düsseldorfer Ortsgruppen traten in scharfe Opposition gegen den Zentralrat.

In Düsseldorf wurde der Kampf gegen den Revers geführt, der für die Maschinenbauer auf deren Generalversammlung im Jahre 1902 abgeschafft wurde, in Düsseldorf bemühte man sich Ende der neunziger Jahre um ein selbständiges Arbeiter-Sekretariat im Hauptamt, im Jahre 1900 ging man sogar zur Gründung einer eigenen, einmal wöchentlich erscheinenden Zeitung über („Der Gewerkvereinsbote"). Man sprach von einer Düsseldorfer Richtung innerhalb der Gewerkvereine Hirsch-Duncker. Der Kampf zwischen dieser und dem Zentralrat und seinem Anwalt nahm so scharfe Formen an, daß der Redakteur des „Gewerkvereinsboten" sogar aus dem Gewerkverein der Maschinenbauer ausgeschlossen wurde. Darauf gründete man den Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverband, um die Düsseldorfer Bewegung auf breiterer Grundlage weiterzuführen.

Im Verfolge dieser Bestrebungen wurde auch in Düsseldorf für den rheinisch-westfälischen Bezirk im Dezember 1905 eine dreimal wöchentlich erscheinende politische Zeitung, „Die Westdeutsche Abendpost", gegründet. Dieselbe sollte, ohne sich einer bestehenden Partei zu verschreiben, „Arbeiterpolitik" treiben. Aus den Erfahrungen von 1873 hatte man wenig gelernt. Wie damals schlugen diese Bestrebungen nach Bildung einer Arbeiter-Partei in Verbindung mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen auch in der neuen Auflage fehl. Schon am 31. Mai 1906 mußte die kaum geschaffene politische Zeitung unter der Spitzmarke „Aufwärts" ihren wenigen Lesern verkünden, daß es abwärts mit ihr ging und daß sie fortan als „Westdeutsche Arbeiterpost" nur einmal wöchentlich erscheinen werde. Die Redaktion übernahm Bruno Poersch, der vom sozialdemokratischen Verband der Gemeindearbeiter zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen übergetreten war.

Eine starke Annäherung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine an die sozialdemokratische Partei vollzog sich in jener Zeit. Zwar hatten die Gewerkvereine nach der Abschaffung des Sozialistengesetzes während des industriellen Aufschwungs an Mitgliedern zugenommen. Sie zählten um das Jahr 1900 etwa 90 000 Mitglieder. Aber was war das für eine Bewegung, die über 30 Jahre alt war? Nicht die angebliche Neutralität war es gewesen, welche diese langsame Entwicklung verschuldet hatte, sondern grade der frühere enge Anschluß an die Fortschrittspartei. Als deren Stern erloschen war, fehlte den Anhängern der Gewerkvereine Hirsch-Duncker auch außerhalb der Gewerkschaften die Gelegenheit, ein zugkräftiges politisches Programm zu vertreten und in der hochgehenden politischen und ideellen Arbeiterbewegung Deutschlands eine Rolle zu spielen. Von der liberalen Politik wollte man nicht lassen, die damaligen liberalen Parteien kamen aber den Arbeitern nicht entgegen. Die Folge davon war, daß zahlreiche Gewerkvereinler bei der Sozialdemokratie Anschluß suchten und fanden. Die Zollkämpfe der Jahre 1901—1903 boten den für viele willkommenen Anlaß.

„Der Gewerkvereinsbote" gab sogar zu, daß als Anhänger der Sozialdemokratie so ziemlich jeder Gewerkvereinler gelten könne (1901 Nr. 33). In Köln-Ehrenfeld benutzten damals die Gewerkvereine Hirsch-Duncker die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" als ihr Publikationsorgan, obschon genug andere viel weiter verbreitete parteilose Blätter zur Verfügung standen. Manche Versammlungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wurden damals zu Wahlversammlungen der sozialdemokratischen Partei gemacht. In Düsseldorf machten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine offen Propaganda für die sozialdemokratischen Stadtverordneten-Kandidaten. Bezeichnend für die Situation war insbesondere die ablehnende Haltung der Gewerkvereine Hirsch-Duncker gegenüber dem Frankfurter nicht sozialistischen deutschen Arbeiter-Kongreß des Jahres 1903.

Auffallen konnte diese Entwicklung keineswegs, da innerhalb der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine schon seit deren Gründung eine dem positiven Christentum feindliche Weltanschauung gelegentlich vertreten worden ist,*) da ferner ein beträchtlicher Teil der Nachfolger der „entschieden liberalen" Fortschrittler aus den bürgerlichen Kreisen ebenfalls mit der Sozialdemokratie sympatisierte und eine kleine Rechtsschwenkung der „freien" Gewerkschaften und damit deren Bündnisfähigkeit mit dem „entschiedenen Liberalismus" erhoffte. (Naumann, Barth usw.) Aber diese Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Die freien Gewerkschaften entwickelten sich in der entgegengesetzten Richtung und mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen wollte es angesichts ihrer Ueberholung durch die christlichen Gewerkschaften auch nicht vorwärts. Im Jahre 1904 hatten sie trotz der Hochkonjunktur erst 110 000 Mitglieder und an vielen Orten ging es eher zurück als vorwärts.

8. Ein Reorganisationsversuch der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Dieser Stillstand, ja diese Gefahr der völligen Zerreibung zwischen den sozialdemokratischen und den christlichen Gewerkschaften, dann der Tod des alten Anwalts Dr. Max Hirsch im Jahre 1905 bewirkten eine Wandlung in der Taktik der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Dieselbe kam zum Ausdruck in der Generalversammlung zu Pfingsten 1907. Die Leitung des Verbandes wurde auf eine andere Grundlage gestellt. Die Stelle des Verbandsanwalts, der bisher die Leitung des ganzen Verbandes in der Hand gehabt hatte, wurde aufgehoben. Als Verbandsvorsitzender wurde der Abgeordnete Goldschmidt gewählt und angestellt, dem noch einige freigestellte Beamte im Vorstand zur Seite stehen. Der alte

*) Vgl. die Broschüren: „Sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wirklich neutral?" Bochum 1906 Verlag des kath. Arbeitersekretariates A. Gilsing; ferner: „Kann ein evangelisch-nationaler Arbeiter sich den H.-D. Gewerkvereinen anschließen?" Kommissionsverlag: Buchhandlung der sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland Berlin-N. 31. (Von Hirsch-Dunckerscher Seite erschien die Gegenschrift Appell „Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeiter". 8° (23 Seiten) Düsseldorf 1906, Westd. Verlagsanstalt 0,15 M.)

Zentralrat wurde zu einer Kontrollinstanz umgewandelt. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Erörterung über die Stellung zur Politik. Die Richtung, welche eigene Arbeiterwahlvereine oder wenigstens politische Arbeiterbildungsvereine befürwortete, unterlag. Man proklamierte offiziell politische Neutralität, forderte aber gleichzeitig eine „volkstümlich freiheitliche“, gemeint war von vielen eine „liberale“ Grundlage. Die alte Zaghaftigkeit gegenüber dem Streik wurde preisgegeben und auch ein sozialpolitisches Programm aufgestellt. Die einzelnen Berufsgruppen sollen ihre Berufsforderungen ebenfalls programmatisch formulieren. Das Gesamtprogramm fand in folgender Fassung Annahme:

„Die Entwicklung der Weltwirtschaft und mit ihr die beherrschende Stellung der Großbetriebe und des Großkapitals schafft eine stark wachsende Bevölkerungsmasse, die keine weitere Sicherung ihrer Existenz und ihres Fortkommens hat, als ihre Arbeitskraft. Die günstige Verwertung dieser Kraft, die Verhinderung ihrer ungebührlichen Ausnutzung sowie die Sicherung des kulturellen Fortschritts der breiten Bevölkerungsmassen, ihre ethische Hebung ist Aufgabe aller wahren Volksfreunde, in erster Linie aber der Arbeiterschaft selbst. Das wertvollste Mittel zur Lösung dieser Aufgabe ist der Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen in Gewerkvereinen. Die Gewerkvereine stehen auf nationalem Boden, sie erwarten daher die Besserung der Arbeiterlage nicht von einer internationalen Verbrüderung, wohl aber erstreben sie den Austausch der Erfahrungen mit ausländischen Gewerkvereinen und die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen. Die Gewerkvereine sollten, um die Durchführung ihrer Aufgabe wirksam zu fördern, alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen. Sie sind mithin religiös neutral und parteipolitisch unabhängig. Die grundlegende Richtung der Gewerkvereine ist eine volkstümlich freiheitliche. (Hier hat die zur Beratung des Entwurfs eingesetzte Kommission eine Korrektur vorgenommen. Im ursprünglichen Entwurf lautete der letztere Satz: „Die grundlegende Weltanschauung der Gewerkvereine soll eine demokratisch-liberale sein.“) Die Gewerkvereine fordern die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung beider Geschlechter, sie erstreben in wirtschaftlicher Hinsicht für den Arbeiter einen wachsenden Anteil an dem Ertrage der Arbeit. Die Festsetzung der Arbeitsbedingungen hat unter gleichberechtigter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erfolgen. Der geeignete Weg hierzu ist der Abschluß von Tarifverträgen. Sie geben grundsätzlich hierbei dem Wege der Verständigung den Vorzug, scheuen aber den Kampf nicht, wo ihren berechtigten Forderungen die Anerkennung versagt wird oder ihre Rechte und Interessen verletzt werden. Die Gewerkvereine verlangen von der Gesetzgebung: umfassende Sicherung des allgemeinen Arbeiterschutzes in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung, Erweiterung der Fürsorge insbesondere für kranke, alte und invalide Arbeiter, Beseitigung aller Gesetze, die die Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft hemmen, sowie ausgedehnte Einwirkung auf bessere geistige und sittliche Erziehung des Volkes. Die Durchführung dieser Forderungen verlangt eine entschiedene Beteiligung aller Gewerkvereinler am politischen Leben. Im Sinne dieser Grundsätze zur Durchführung ihrer Aufgaben auf dem Wege der Selbsthilfe bedienen sich die Gewerkvereine folgender Mittel: 1. Des gemeinsamen Vorgehens bei Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern und der Gesetzgebung; 2. der Arbeitsvermittlung durch eigene oder paritätische Nachweise; 3. der materiellen Unter-

stützung der Mitglieder in allen Notlagen des Lebens; 4. der Förderung der beruflichen und allgemeinen Bildung; 5. des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zur gemeinsamen Beschaffung der Wirtschaftsbedürfnisse und von Wohnungen."

Wie die genau unterrichtete „Hilfe" (13. Jahrgang Nr. 22) mitteilt, war „der politisch nichtssagende Ausdruck ›volkstümlich freiheitlich‹ . . . . nur ein Kompromiß zwischen vorwärtsdringenden (linksliberalen d. V.) Politikern und den ängstlichen Neutralitätsschwärmern. Soviel steht fest: die Gewerkvereine H.-D. sollen nach der Absicht gewisser Kreise dazu dienen, dem Linksliberalismus den nötigen Resonanzboden unter den Arbeitern zu verschaffen und der alte „entschieden liberale" Kern der H.-D. Gewerkvereine und seine jüngeren Gesinnungsgenossen finden in dieser Entwicklung die endliche Befreiung von der verhängnisvollen politischen Ohnmacht und Hilflosigkeit, der die Mitglieder der H.-D. Gewerkvereine auf politischem Gebiete jahrzehntelang überantwortet waren.

Ob diese Entwicklung die Bewegung befruchten wird? — Die Zukunft muß es lehren. Die christlichen Gewerkschaften können ihr unbesorgt entgegensehen. Vorläufig haben die H.-D. Gewerkvereine trotz beinahe vierzigjährigem Bestande kaum den dritten Teil des Mitgliederbestandes der christlichen Gewerkvereine aufzuweisen. Sogar in der Hochkonjunktur der Jahre 1904—1907 verzeichneten die H.-D. Gewerkvereine nur einen Zuwachs von 8000 Mitgliedern. Sie stiegen in dieser Periode von 110 000 auf 118 000 Mitglieder; und selbst unter diesen befinden sich noch manche Nichtarbeiter.

Die christlichen Gewerkvereine zählten zu Ende 1906 nach 10 bis 12jährigem Bestande insgesamt 335 247 Mitglieder und verfügen zur Zeit über eine Jahreseinnahme von rund 4 Mill. Mark. Die Jahreseinnahme der Gewerkvereine Hirsch-Duncker betrug im Jahre 1905 nur 1,1 Mill. Mark. Von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen hat, wenn man die „Kaufleute" nicht in Betracht zieht, nur der Gewerkverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter Bedeutung für die Gesamtbewegung, und selbst dieser geht an vielen Orten stark zurück. Der einzige andere Verband, der noch über 10 000 Mitglieder zählt, der G.-V. der Fabrik- und Handarbeiter, ist, wie der Name schon andeutet, so gemischt in seinem Mitgliederbestande, daß er als gewerkschaftliche Berufsorganisation wenig in die Erscheinung tritt. (Vgl. Tabelle III. im Anhang.)

Schließlich wäre noch einer Gruppe von einzeln für sich bestehenden sog. „unabhängigen" gewerkschaftlichen Organisationen Erwähnung zu tun. Die erste Stelle unter denselben nimmt „der deutschnationale Handlungsgehilfenverband" mit 81 000 Mitgliedern im Jahre 1905 ein; ihm zunächst kommen der Gastwirtsgehilfenverband mit 18 000 und der süddeutsche Eisenbahnerverband mit 10 000 Mitgliedern im Jahre 1905. Die sämtlichen etwa 20 derartigen Vereine, die zum Teil keinen streng gewerkschaftlichen Charakter tragen, verfügten im Jahre 1905 über 148 000 Mitglieder. (Siehe Tabelle IV.)

Die „freien“, besser gesagt, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, konnten einer Arbeiterschaft, die auf dem Boden des Christentums und der bestehenden Gesellschaftsordnung stand, nicht genügen; deren Grundsätze und deren Taktik zwangen die christlich und patriotisch denkende Arbeiterschaft, andere, reinere und darum bessere Gewerkschaftsgebilde zu suchen. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine befriedigten ebenso wenig; prinzipiell und praktisch waren sie zu beanstanden; ein verknöchertes, weil für deutsche Verhältnisse verkehrt konstruiertes Gebilde, übten sie keine Zugkraft aus, im Gegenteil, sie schreckten ab. Die christlichen Gewerkschaften waren daher eine Notwendigkeit geworden im wirtschaftlichen sowohl wie im ideellen Interesse der deutschen Arbeiterschaft. Darum muß ihre äußere Ausbreitung und innere Erstarkung die Parole aller christlich und national denkenden Arbeiter sein und bleiben.

Anhang.

Tabellen.

I. Die Entwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaften seit dem Jahre 1890.

Jahr	Zentral-Organisationen	Mitgliederzahl im Durchschnitt der Jahre	Davon weibliche Mitglieder	In Lokalvereinen zirka	Zusammen
1891	62	277 659	—	10 000	387 659
1892	56	237 094	4 3b5	7 640	244 734
1893	51	223 530	5 384	6 280	229 810
1894	54	246 494	5 251	5 550	252 044
1895	53	259 175	6 697	10 781	269 956
1896	51	329 230	15 265	5 858	335 088
1897	56	412 359	14 644	6 803	419 162
1898	57	493 742	13 481	17 500	511 242
1899	55	580 473	19 280	15 946	596 419
1900	58	680 427	22 844	9 860	690 287
1901	57	677 510	23 699	9 360	686 870
1902	60	733 206	28 218	10 090	743 296
1903	63	887 698	40 666	17 577	905 275
1904	63	1 052 108	48 604	20 686	1 072 794
1905	64	1 344 803	74 411	27 736	1 372 539
Ende 06	62	1 797 285	?	?	?

II. Mitgliederzahl und Kassenverhältnisse der einzelnen sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1905.

Organisation der	Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt 1905	davon weibl.	Zahl der Zweigvereine	Jahreseinnahme der Organisation für Vereinszwecke ℳ	Jahresausgabe der Organisation ℳ
1. Asphalteure	568	—	4	11 602	10 772
2. Bäcker	10 285	31	98	202 958	183 614
3. Barbiere	1 321	—	49	21 735	19 611
4. Bauhilfsarbeiter	46 308	—	308	1 017 124	836 883
5. Bergarbeiter	124 976	—	587	1 265 557	786 846
6. Bildhauer	4 843	—	102	206 058	190 461
7. Blumenarbeiter	475	115	4	1 705	1 374
8. Böttcher	6 825	—	143	89 928	95 124
9. Brauereiarbeiter	21 697	133	222	436 278	426 411
10. Buchbinder	16 787	6 261	104	353 654	278 639
11. Buchdrucker	43 251	—	22	2 407 770	1 850 971
12. Buchdrucker Els.-Lothr.	907	—	4	42 988	35 258
13. Buchdruckereihilfsarb.	6 896	3 778	30	55 577	40 434
14. Bureauangestellte	667	27	8	8 040	6 496

15. Dachdecker	4 750	—	158	34 351	44 965
16. Fabrikarbeiter	66 689	5 836	474	916 230	796 863
17. Fleischer	2 238	3	48	25 407	18 034
18. Formstecher	517	—	26	19 063	17 189
19. Gärtner	3 936	—	59	58 251	56 942
20. Gastwirtsgehilfen	3 656	41	42	76 645	62 244
21. Gemeindearbeiter	17 926	406	51	204 370	157 444
22. Glasarbeiter	8 940	249	—	153 917	93 279
23. Glaser	4 412	—	84	67 587	86 710
24. Graveure und Ziseleure	2 313	—	40	50 518	36 389
25. Hafenarbeiter	14 229	—	69	282 744	335 075
26. Hand- u. Transportarb.	46 906	1 070	215	773 530	637 072
27. Handlungsgehilfen	4 796	2 372	43	47 405	42 492
28. Handschuhmacher	3 050	46	40	87 328	109 193
29. Holzarbeiter	119 925	1 205	714	3 245 075	2 856 303
30. Hutmacher	5 158	873	44	152 120	147 683
31. Konditoren	3 071	1 307	31	38 218	30 919
32. Kürschner	1 939	221	34	29 767	39 329
33. Kupferschmiede	3 721	—	84	93 386	69 319
34. Lagerhalter	1 429	35	38	19 534	16 043
35. Lederarbeiter	6 403	12	112	123 613	230 083
36. Lithographen	12 270	—	149	543 866	430 464
37. Maler	29 470	41	217	633 195	593 369
38. Maschinisten und Heizer	10 477	—	196	113 015	97 988
39. Maurer	155 911	—	956	3 126 826	2 485 041
40. Metallarbeiter	233 323	9 097	459	5 357 728	5 387 580
41. Müller	3 880	—	78	82 304	89 138
42. Notenstecher	433	—	2	25 526	25 465
43. Portefeuiller	3 318	299	28	55 732	24 441
44. Porzellanarbeiter	10 084	775	156	232 452	226 604
45. Sattler	5 606	150	84	120 850	104 014
46. Schiffszimmerer	2 788	—	36	46 249	37 421
47. Schirmmacher	327	24	17	2 370	1 412
48. Schmiede	15 820	—	162	242 193	226 849
49. Schneider	28 626	2 085	279	369 672	563 220
50. Schuhmacher	26 366	3 092	271	521 540	448 964
51. Seeleute	3 348	—	20	56 884	41 736
52. Steinarbeiter	13 869	—	276	196 007	167 042
53. Steinsetzer	7 157	—	191	146 467	110 113
54. Stuckateure	7 091	—	93	173 112	86 416
55. Tabakarbeiter	24 619	11 422	365	600 129	637 867
56. Tapezierer	6 638	90	117	165 202	147 133
57. Textilarbeiter	66 959	20 598	338	785 670	1 078 193
58. Töpfer	10 941	—	182	244 999	184 075
59. Vergolder	1 807	74	29	32 949	32 218
60. Wäschearbeiter	2 884	2 442	12	101 400	97 148
61. Werftarbeiter	4 192	—	30	70 724	138 335
62. Zigarrensortierer	1 718	206	55	47 822	45 173
63. Zimmerer	42 249	—	622	1 033 293	880 859
64. Zivilmusiker	722	—	14	11 048	9 493
Summe	1 344 803	74 411	9 525	27 812 257	25 024 234

III. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine im Jahre 1905.

Laufende Nr.	Gewerkverein der	Mitgliederzahl	Zahl der Ortsvereine	Gesamt-Einnahme ℳ	Gesamtausgabe ℳ
1	Bauhandwerker	1 238	47	12 170	11 676
2	Bergarbeiter	2 189	59	30 137	25 336
3	Bildhauer	441	16	4 584	3 221
4	Brauer	210	1	—	—
5	Fabrik- und Handarbeiter . .	19 598	392	130 603	130 340
6	Graphische Berufe	1 018	73	16 057	13 200
7	Kaufleute	14 614	203	137 093	105 022
8	Kellner	60	1	1 278	1 235
9	Klempner u. Metallarbeiter .	—	—	42 595	33 096
10	Konditoren	303	13	2 622	2 212
11	Maschinenbau- u. Metallarbeit.	49 516	742	656 183	574 544
12	Reepschläger	47	1	146	85
13	Schiffszimmerer	235	5	1 258	1 184
14	Schneider	3 840	95	29 968	25 262
15	Schuhmacher u. Lederarbeiter	5 210	141	106 886	94 792
16	Stuhl- (Textil-) Arbeiter . .	5 365	84	27 214	25 596
17	Tischler	8 078	170	113 730	106 055
18	Töpfer	1 673	38	10 118	6 182
19	Zigarren- u. Tabakarbeiter .	1 399	33	9 621	6 788
20	Deutschen Frauen	1 063	44	4 388	4 393
	Summa	117 097	2 158	1 336 651	1 170 219

IV. Deutsche gewerkschaftliche Organisationen insgesamt.

	Mitgliederzahl		1905	
	1904	1905	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-ausgabe ℳ
Zentralverbände	1 052 108	1 344 803	27 812 257	25 024 234
Lokale Vereine	20 686	27 736	—	—
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	111 889	117 097	1 336 651	1 170 219
Christliche Gewerkschaften*) (im Gesamtverband) . .	107 556	188 106	2 443 122	2 150 511
Christliche Gewerkschaften (nicht im Gesamtverband)	99 928	76 926	231 068	273 043
Unabhängige Vereine . . .	130 584	148 675	—	—
Summa . . .	1 522 751	1 903 343	31 823 098	28 618 007

*) Eine ausführliche Statistik über die christlichen Gewerkschaften wird in Heft 2 dieser Arbeiter-Bibliothek gegeben. Die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften belief sich Ende 1906 auf 260 040, die christlichen Gewerkschaften außerhalb des Gesamtverbandes zählten damals rund 75 000 Mitglieder.

Literatur.

Schmöle: Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlasse des Sozialisten-Gesetzes. 2 Bände. 8°. (XVIII und 212, VII und 300.) Jena 1896/98, Fischer. Mk. 10,50.

Bringmann: Geschichte der deutschen Zimmerer-Bewegung. 2 Bände. 8°. (XII und 400, XXXII und 340.) Stuttgart 1903/05, Dietz Nf. Mk. 11,—.

Kulemann: Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und der Arbeitgeber aller Länder. 8°. (XXII und 730.) Jena 1900, Fischer. Mk. 10,—.

Heilborn: Die „Freien" Gewerkschaften seit 1890. Ein Ueberblick über ihre Organisation, ihre Ziele und ihr Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei. 8° (VI und 196.) Jena 1907, Fischer. Mk. 4,—.

Gleichauf: Geschichte des Verbandes der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker). 8°. (VII und 301.) Berlin-Schöneberg 1907, Buchverlag der „Hilfe". Mk. 3,—.

Goldschmidt: Die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker). Eine kurz gefaßte Geschichte ihrer Begründung und Entwicklung. 8°. (68.) Berlin 1907, Verband der deutschen Gewerkvereine. Mk. 0,80.

Meyer: Der Emanzipationskampf des vierten Standes. I. Band. 2. Aufl. 8°. (532.) Berlin 1882.

Die ersten deutschen Sozialisten-Kongresse) 1865—1875.) Herausgegeben von der Frankfurter Volksstimme. 8°. (148.) Frankfurt 1906, Buchhandlung Volksstimme. 50 Pfg.

Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 1. Teil. Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. 8°. VI und 404.) Berlin 1907, Vorwärts. Mk. 7.50.

Quarck: Die Arbeiterverbrüderung 1848/49. Erinnerungen an die Klassenkämpfe der ersten deutschen Revolution. 8°. (XVI und 144.) Frankfurt a. M. 1900, Gerhold. M. 0,50.

Troeltsch und Hirschfeld: Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung. 1895—1903. 8°. (XVI und 298, 147*.) Berlin 1905, Heymann. Mk. 12,—.

Kongresse der freien Gewerkschaften: Protokolle Halberstadt 1892, Berlin 1896, Frankfurt a. M. 1899, Stuttgart 1902, Köln 1905.

Internationale Berichte über die Gewerkschaftsbewegung. I., II. und III., 1903, 1904, 1905. Herausgegeben von dem internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Berlin 1904, 1906 und 1907, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Jeder Band Mk. 1,50.

Sozialdemokratische Parteitage: Protokolle Dresden 1903, Bremen 1904, Jena 1905, Mannheim 1906.

Bürger: Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890. Nebst einer graphischen Darstellung der Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1885—1890. 8°. (XVI und 576.) Hamburg 1899, Kommissionsverlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Comp. Mk. 3,—.

Rexhäuser: Zur Geschichte des Verbandes der deutschen Buchdrucker. Seine Einrichtungen, sein Wirken und seine Bedeutung. 8°. (95.) Berlin 1900, Im Selbstverlage des Verbandsvorstandes.

Klüß: Die älteste deutsche Gewerkschaft: Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes. 8°. (68.) Karlsruhe 1905, Braun. Mk. 2,—.

Paeplow: Die Organisation der Maurer Deutschlands. 1869—1899. 8°. (304.) Hamburg 1900, Bömelburg.

Hue: Neutrale oder parteiische Gewerkschaften? 8°. Bochum. 1900.

Imbusch: Ist eine Verschmelzung der Bergarbeiterorganisationen möglich? Kritische Betrachtungen zur Frage der Verschmelzung der beiden großen Bergarbeiterverbände. 8°. (80.) Essen-Ruhr 1906, Fredebeul & Koenen. Mk. 0,50.

Neue Zeit: Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart, Singer. Erscheint wöchentlich einmal zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal. Jahres-Abonnement Mk. 13,—.

Neue Gesellschaft: Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber Dr. Heinr. Braun und Lily Braun. Berlin, Verlag der neuen Gesellschaft. Preis pro Quartal Mk. 2,50.

Sozialistische Monats-Hefte: Herausgegeben von J. Bloch. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis pro Quartal Mk. 1,50. Einzelheft Mk. 0,50.

Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Erscheint jeden Sonnabend. Redaktion: P. Umbreit, Berlin S. O. 16, Engelufer 15. Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1,50.

Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Herausgegeben vom Gesamtverband. Erscheint alle 14 Tage. Druck u. Expedition: Joh. van Acken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65. Preis pro Quartal Mk. 0,50.

Der Gewerkverein: Verbandsorgan der deutschen Gewerkvereine. Berlin O 27, Andreasstr. 75. Erscheint wöchentlich. Preis pro Quartal Mk. 1,—.

Kann ein evangelisch-nationaler Arbeiter sich den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften anschließen? 16°. (47.) Hagen i. W., Evangelisches Arbeitersekretariat. Mk. 0,30.

Sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wirklich neutral? 16°. (16.) Bochum 1906, Katholisches Arbeitersekretariat, A. Gilsing, Mk. 0,15.

Das wahre Gesicht der „freien" Gewerkschaften: Nr. 6 der Sozialen Volksbibliothek. 8°. (16.) Verlag der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland, M.-Gladbach. Mk. 0,05. (Belege aus der Literatur der „freien" Gewerkschaften über deren antireligiöse und sozialdemokratische Propaganda.)

Inhalts-Verzeichnis.

Seite

Erster Abschnitt: Grundlegung . . . . . 3—28

1. **Kapitel:** Die Bedeutung der industriellen Lohnarbeit in der Gegenwart 3

2. **Kapitel:** Die Lage der gewerblichen Arbeiter 11

3. **Kapitel:** Ursachen und Wesen der Gewerkschaften im allgemeinen 21

Zweiter Abschnitt: Die „freien" (sozialdemokratischen) und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften . . . . . 28—90

4. **Kapitel:** Die Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 28

5. **Kapitel:** Die Gründung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1868 36

6. **Kapitel:** Das erste Jahrzehnt deutscher Gewerkschaftsbewegung bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes (1868—1878) . . . 41

7. **Kapitel:** Die Gewerkschaften unter dem Sozialistengesetz 1878-1890 47

8. **Kapitel:** Die Entwicklung der „freien" Gewerkschaften nach der Beseitigung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 49

9. **Kapitel:** Das Verhältnis der „freien" Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1890 64

10. **Kapitel:** Die Weiterentwicklung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart . . 81

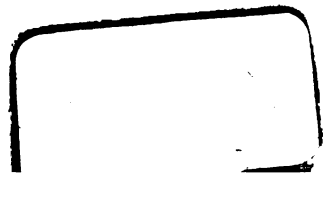
Anhang . . . . . 91—93

Literatur . . . . . 94—95

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.
This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

APR 26 1967 9 4
LD
JUN 19 '67 -12 M

LD 21A–60m-7,'66
(G4427s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

YC166932